

asta ZEITUNG

UNI
FFM

AUSGABE 2 - 2012

0 EUR = kostenlos oder 0,2 Walfische





Das Protestplenum trifft sich Montags um 18 Uhr im Studihaus-Keller

<http://ffmdieunibrennt.wordpress.com>



Zur letzten Ausgabe

In der letzten Ausgabe unserer Zeitung ist uns ein Fehler widerfahren, für den wir uns hiermit bei euch, unseren Leser_innen, entschuldigen wollen. In dem Text zum arabischen Frühling „Frieden oder Gerechtigkeit?“ wurde ein Vergleich zwischen einer Nichtintervention in den Syrien-Konflikt und der Appeasementpolitik der dreißiger Jahre vorgenommen. Zu recht ist dies einigen von euch in besonderem Maße unpassend erschienen. Auch wenn die Situation in Syrien schrecklich sein mag, jeglicher wenn auch indirekter Vergleich mit dem nationalsozialistischen Deutschland ist hier in keinsten Weise angebracht. Wir entschuldigen uns dafür, dies übersehen und unkommentiert abgedruckt zu haben.

Die AStA-Zeitungsredaktion

In der letzten Ausgabe der AStA-Zeitschrift wurde ein Artikel des Redaktionsmitglieds Jonathan Klein abgedruckt mit dem Titel „Tanz im Kreuzfeuer der Krise“. Dieser Artikel folgte unmittelbar auf einen Artikel der LiLi. Diese Positionierung könnte den Eindruck entstehen lassen, Jonathans Artikel sei in irgendeiner Art als Antwort oder Reaktion auf den LiLi-Artikel zu verstehen. Wir wollen dem entgegen nachdrücklich darauf verweisen, dass es sich bei diesem Artikel um eine reine Selbstdarstellung unseres Zeitungsprojekts handelt und er, von der thematischen Überschneidung („Blockupy“) abgesehen, in keinem Verhältnis zu dem der LiLi steht.

Die Redaktion von „Tanz auf dem Vulkan“



Günstige Kleintransporter für Studierende

Das KFZ-Referat („Kraftfahrzeug-Referat“) existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugstransporter zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nichtstudenten. Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen.

Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten. Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung. Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises bei Anmietungen Montags bis Freitags einen Studierendenrabatt von 20% auf den Mietpreis.

Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: www.kfz-referat.de

Frankfurt Bockenheimer Landstr. 133; Mo-Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469

Editorial

Liebe Leser_innen,
während die uns aufgezwungene Jagd nach CreditPoints im neuen Semester für viele so langsam wieder an Fahrt gewinnt – für einen Teil von euch vermutlich sogar zum ersten Mal – erscheint nun endlich die dazugehörige Ausgabe der AStA-Zeitung im Wintersemester.

Auch diese Ausgabe erscheint wieder im kleineren Magazinformat, zu dem wir zu unserer besonderen Freude immer wieder positive Rückmeldungen erhalten. Für einige Verwirrung sorgte offenbar jedoch der „Kaufpreis“ der letzten Ausgabe in Höhe von ½ Kamel. Nachdem wir also mit den halben Kamelen der letzten Ausgabe den neuen Uni-eigenen Kleintierzoo mit sehr großen Tieren eröffnet hatten, beschlossen wir, diesmal um fünfteil Walfische für die diversen Campus-Brunnen zu bitten.

Die Nummer 2 unserer AStA-Zeitung 2012 hat das emanzipatorische Potenzial von Kunst zum Schwerpunkt, andere wichtige Themen wie der Dauerbrenner „Mangel an studentischem Wohnraum“ finden ebenfalls wieder Platz. Darüber hinaus beschäftigen wir uns im Zuge des Umzugs der großen, in Bockenheim alteingesessenen Fachbereiche an den neuen IG-Farben-Campus (im Uni-Präsidium-Sprech: Uni Campus Westend) mit dessen besonderer Rolle im Nationalsozialismus. Abseits von dieser Reflektion gibt es auch kleine studentische Lichtblicke an jenem Campus zu vermelden: Für die dort im Exil Studierenden hat ein neues selbstverwaltetes studentisches Café eröffnet, welches Getränke zu solidarischen Preisen anbietet. Mehr dazu findet ihr im Artikel „Campus-Trinkhalle am IG-Farben“. Für die eingangs erwähnten Studienanfänger_innen, liebevoll auch „Erstis“ genannt, ist wahrscheinlich im besonderen Maße die in dieser Ausgabe geschaltete Anzeige des AStA-Verkehrsreferats zum RMV-Semesterticket samt Übersicht über alle Fakten interessant. Natürlich findet ihr auch noch viele weitere interessante Artikel in dieser Ausgabe. Wir möchten euch daher dazu einladen, die Zeitung einmal durchzublättern und/oder im Gegensatz zum für euch bereits vorgeplanten modularisierten Studienverlaufsplan mal etwas nicht „verwertbares“ zu tun und zumindest gedanklich aus dem tristen CP-Alltag auszubrechen.

Eure Redaktion.

Impressum

Mitgliederzeitung der verfassten Studierendenschaft der Universität Frankfurt a.M.

Hrsg.: AStA der Universität Frankfurt a.M.

V.i.S.d.P.: AStA-Vorstand (David Malcharczyk, Daniel Katzenmaier)

Anschrift: Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt a.M.

Web: www.asta-frankfurt.de | info@asta.uni-frankfurt.de

Redaktion: Laura Elsebach, Tobias Lauterbach, Sarah Tolba

E-Mail: zeitung@asta.uni-frankfurt.de

Gestaltung: construct-communication.com

Druck: Amper Druck

Auflage: 45000

Jahrgang: 2012

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Mitglieder des AStA oder der Redaktion wieder.

Die Rechte der Artikel liegen bei den Autoren. Die Rechte der Bilder im Hintergrund liegen bei construct. Die Rechte der Bilder im „Widerstand und „Widerstand“ in Griechenland heute“ liegen bei aftershow. Die Rechte der Bilder im Blockupy Artikel liegen bei der Rosa Luxemburg Stiftung.

Eigentumsvorbehalt: Keiner..Geben Sie diese Zeitung gerne jeder x-beliebigen Person weiter.

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt: Das emanzipatorische Potenzial von Kunst

- 2 „Kunst-Erkenntnis-Problem“ - Eine Tagung im IVI
- 3-5 Kunst, Erkenntnis und Entfremdung
- 6-7 Thesen zur Kunst
- 8-9 Das erkrankte Lied und seine Folgen
- 10 OTIUM - Flyer zur Kunst am IG-Farben-Campus
- 11-13 Verkehrsbeilage
- 14 Campus-Trinkhalle am IG-Farben
- 15 AI Netz und Konsorten
- 16-17 Wir werden leerer - Auf dem Weg zum Sprachrohr des Kultusministeriums
- 18-19 Es gibt kein richtiges Leben auf dem falschen Campus
- 20-21 Mieten? Ja wat denn?
- 22-23 Studentisches Wohnen in Bockenheim
- 24 Emil Behr - Briefzeugenschaft vor/aus/nach Auschwitz
- 25 Bericht zur Tagung „Das Nachkriegs-kino in Deutschland. Reflexionen des beschädigten Lebens?“
- 26-29 Monowitz. Nie gehört? - Zu einer Leerstelle im Gedenken
- 30-33 Nazi-Ideologie heute und die Bedeutung mit der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit
- 34-37 Widerstand und „Widerstand“ in Griechenland heute
- 38-41 „Blockupy“ - Aktionstage in Frankfurt: Wie Protest demokratisch fertig gemacht wird
- 42-43 Buchrezensionen
- 44 TuCa im Exil
- 45 Adressen und Termine

Kunst-Erkenntnis-Problem

Eine Tagung im IVI

Gespannte Stille. Alle Augen sind auf den Mann gerichtet, der in der Mitte des Podiums im IVI-Hörsaal vor einem Notenständer sitzt und sich mit beiden Händen die Ohren bedeckt.

Fast glaubt man das Rauschen in seinen Ohren zu hören, als er in unterschiedlichen Rhythmen abwechselnd die Hände von den Ohrmuscheln entfernt und sie wieder anlegt: Eine tonlose Musik, eine Musik der Stille.

Nur vereinzelt hört man neugieriges Rascheln: Zu sehen ist eine Darbietung von Robin Hoffmann im Rahmen der Eröffnungsvorträge zur Tagung „Kunst-Erkenntnis-Problem“, wie die Programmhefte verraten, die sich im Eingangsbereich auf einem Tisch stapeln. Um die Auslotung des Verhältnisses zwischen Kunst und Emanzipation soll es gehen.

An den folgenden drei Tagen des Juniwochenendes vom 22. bis zum 24. Juni 2012 sind in den Räumen des Instituts für vergleichende Irrelevanz (IVI) verschiedene Vorträge von Referent_innen aus ganz Deutschland zu hören. Es herrscht reges Treiben in dem seit Wochen von Räumung bedrohten, selbstverwalteten Haus.



Die Eingangstür ist geöffnet, die Fensterbarrikaden sind abgebaut. Tageslicht durchflutet wieder die im vormaligen „Befestigungszustand“ halbdunklen Räume. Viele Helfer_innen, Künstler_innen, Köch_innen, Redner_innen und Besucher_innen beleben das Haus in kreativer, gelöster Stimmung. Zahlreiche Teilnehmer_innen nutzen das Workshopangebot, besuchen die Ausstellung und nehmen an verschiedenen Diskussionen teil.

Diskutiert wird unter anderem, wie die Kunst in ihrer bestehenden bürgerlichen Form zur Entfremdung des Subjekts beiträgt und damit die bürgerliche Ideologie stützt. Wie kann eine Kunst aussehen, die über die Grenzen der bürgerlichen Verhältnisse hinausweist? Kann überhaupt in den bestehenden Verhältnissen Kunst produziert werden, die emanzipatorischen Charakter hat?

Im Diskurs der politischen Linken würde diese Frage sicherlich verneint. Meist wird Kunst dabei ausschließlich in ihrer bürgerlichen Form wahrgenommen – und abgelehnt. Immer wieder begegnet man Künstler_innen mit Skepsis, die einen emanzipatorischen Anspruch vertreten, da die Kunst nichts mit emanzipatorischer Politik zu tun habe. Durch die Kunst könne keine rationale Erkenntnis vermittelt werden. Eine rationale Gesellschaftsanalyse und -kritik sei dazu jedoch fähig, wodurch sie allein als Voraussetzung und Teil sinnvoller, politischer Praxis gelten könne.

Einen rationalen Erkenntnisgewinn bietet die Kunst sicherlich nicht. Über die Wahrnehmung vermittelt sie jedoch Erkenntnisse in einer unmittelbaren, sinnlichen Form. Sie kann daher Einfluss auf das

Subjekt und dessen Wahrnehmungsweisen und Selbstverständnis nehmen. Auf der Tagung wurde diskutiert, ob und inwiefern Kunst damit zu einer Emanzipation des Subjekts von gesellschaftlichen Zwängen beitragen kann.

In welchem Verhältnis steht die Kunst überhaupt zu unserer gesellschaftlichen Realität? Die Teilnehmer_innen diskutierten zum einen, ob Kunstschaaffende durch das Festhalten verschiedener Realitätsebenen im Kunstwerk neue Perspektiven erkennen machen können, oder ob sie durch die Gestaltung der Wirklichkeit nur neue Grenzen für das Denken festlegen. Zum anderen wurde über die Realität der künstlerischen Produktionsverhältnisse gesprochen. In der scheinbar autonomen, abgegrenzten Sphäre der bürgerlichen Kunst sind Künstler_innen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den Anforderungen des Kunstmarkts unterworfen. Wie können sich Künstler_innen zu den gegebenen Produktionsverhältnissen verhalten? Wie können sich Kunstschaaffende in der heutigen Gesellschaft emanzipieren, sich befreien, sich mündig machen, wird doch gleichzeitig von ihnen erwartet, etwas zu postulieren, vorzuschlagen, ins Bild zu setzen oder in Stein zu meißeln?

Hell leuchtend kriechen die projizierten Neonfarben an den Kanten der Dreiecke auf der weißen Installation entlang, die im Konzertsaal des IVI aufgebaut ist. Sie markieren Grenzen, während sie gleichzeitig Grenzen überschreiten. Virtuelle Projektionen treten in

den realen Raum. „Wie kann die virtuelle Realität für emanzipatorische Kunstprojekte genutzt werden?“, fragt Paul Wiersbinsky in seinem Workshop, in dem er mit 3-D-Brillen experimentiert. In der Ausstellung im 2. Stock kratzen Geräusche zerstörter Filmstreifen, während Olaf Berg über das Potential filmischer Dokumentation spricht, geschichtliches Wissen zu übermitteln und dadurch ein emanzipatorisches Eingreifen in die Gegenwart zu fördern.

Ist das emanzipatorische Kunst? Eine abschließende Antwort auf diese Frage zu geben, ist sowohl schwer, als auch nicht im Sinne einer emanzipatorischen Theoriebildung. Vielmehr geht es um das Erforschen, das Erfahren und den Austausch von Gedanken. Mit dem Ziel, die Realitäten der Theoretiker_innen und der Kunstschaaffenden zusammenzubringen, Kunst in politischen Kreisen zu diskutieren, gab die Tagung verschiedenartige Denkanstöße. Ziel der Tagung war es auch, einen Raum zur Vermittlung und Diskussion von Inhalten zu schaffen, in dem, unabhängig von einem Personenkult, sowohl akademische, als auch nicht-akademische Wissenschaftler_innen ihre Überlegungen vorstellen und

gemeinsam diskutieren können. Schnell wurde jedoch deutlich, dass die Realität des Kunst- und Universitätsbetriebs anders aussieht: Gerade die Vorträge bereits bekannter Referent_innen waren besonders gut besucht, während anderen Referent_innen nur von wenigen Interessierten gelauscht wurde.

Langsam nimmt der Mann auf dem Podium die Hände von den Ohren und legt sie auf seine Knie. Niemand hat etwas gehört, oder doch? Der einzige, der die Interpretation der verschlungenen Notation auf dem Notenständer erfahren hat, war der Künstler selbst. Er hat sich von der Produktion für die Erwartungen eines Publikums emanzipiert. Und doch bleiben den Besuchern Eindrücke, und vielleicht auch die ein oder andere neue Erfahrung oder Erkenntnis.

Unser Kreis wird auch weiterhin an den Themen der Tagung dranhängen. Wenn Ihr Euch dafür interessiert, nach Diskussion oder der Zusammenarbeit in weiteren Projekten sucht, kontaktiert uns gerne unter: kunsterkenntnisproblem@gmail.com.

Lena Trüper / Initiative zur Emanzipation der Kunst

Auf www.kunst-erkenntnis-problem.de sind Materialien zur Tagung zu finden wie die Tagungsidee, ein ausführliches Programm und anderes mehr. Ab 10.11.2012 wird die Website eine Dokumentation der Tagung enthalten: Filmaufnahmen der Vorträge, Fotos, Schriftfassungen der Beiträge, Interpretationen zur Theateraufführung und die Beiträge der Lyriklesung.

Kunst, Erkenntnis & Entfremdung

Was ist das Reaktionäre an Bands wie Rammstein, den Böhsen Onkelz oder Wagners Opern? Ist es okay oder sogar subversiv, wenn Bands wie Laibach mit einer solchen Ästhetik experimentieren, um sie zu persiflieren? Haben dezidiert antifaschistische Künstler wie Bertolt Brecht, John Heartfield oder Ernst Busch einen substantiellen Beitrag für den antifaschistischen Kampf geleistet? Ist es okay, trotz offensichtlich sexistischer Texte Hip-Hop gut zu finden? Und wie sieht nicht-sexistischer Hip-Hop aus? Ausgehend von solchen Fragen wird das Verhältnis von Kunst und Politik in der Linken meist diskutiert. Aber in diesen Fragen, die auf eine Bewertung nach „gut“ und „böse“ und eine Ineinssetzung von Kunst und Politik hinaus wollen, ist gleichgültig geworden, wie sich der Mensch in der Kunst verhält, wie Kunst überhaupt rezipiert wird – was für eine politische Kraft von Kunst doch erst die Voraussetzung wäre.

Die Tagung „Kunst – Erkenntnis – Problem. Möglichkeiten emanzipatorischer Kunst heute“, die vom 22. bis 24. Juni diesen Jahres im Ivl stattfand, hatte sich daher zum Ziel gesetzt, den emanzipatorischen Sinn der Kunst von diesem geänderten Gesichtspunkt aus zu diskutieren: Sie sollte untersuchen, was es heißt, Kunst vom Menschen her, als Medium seiner Erkenntnis, zu verstehen – eine Erkenntnis seiner Entfremdung, die ihm daher emanzipatorische Praxis ermöglicht. Im Folgenden werden wir nach einer eingehenderen Kritik der Gleichsetzung von Kunst und Politik zunächst diese beiden Thesen erörtern. Dann werden wir aufzeigen, warum die Form der Kunst unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen nur unvollkommen realisiert werden kann. Am Schluss des Artikels werden wir dann kurz Schlussfolgerungen unserer Überlegungen für eine politische Praxis darlegen, die sich zur Kunst anders verhält als eingangs skizziert.

Kunst ist nicht politisch.

Wir denken also nicht, dass Kunst unmittelbar politisch ist. Das Verhältnis von Kunst und Politik, wenn man es so direkt ausdrückt, ist für uns recht nachrangig. Wir würden sogar sagen, dass das, was an der Kunst hier ausschlaggebend ist, nicht zu fassen ist, wenn man unmittelbar an die Kunst herangeht und an sie die Frage stellt, was an ihr politisch ist. Wir sprechen daher lieber vom emanzipatorischen Sinn der Kunst. Umgekehrt glauben wir, dass man Kunstwerke gar nicht richtig als Kunst auffasst, wenn man sie in unmittelbaren Beziehungen zu Politik betrachtet.

Der Grund ist folgender: Politik hat den Zweck der Wirkung auf die Zustände innerhalb eines Gemeinwesens, zum Beispiel das Asylrecht betreffend, es geht ihr um ein Handeln, das etwas an der Welt ändert. Das kann in einem bestimmten Bereich der Politik auch die Änderung der Überzeugungen der Menschen sein; hier wäre der Gehalt der Politik dann ein politischer Standpunkt, zum Beispiel der Antirassismus und die Nichtexistenz von (rasenmäßigen) Wertunterschieden zwischen den Menschen. Wird deshalb Kunst in Beziehung auf Politik betrachtet und ihr so ein emanzipatorischer Charakter zugeschrieben, dann ist Kunst ein Mittel, um für politische Standpunkte zu werben. Der Gehalt der Kunst kann dann nur als allgemeine Aussage, verpackt in ein möglichst wirksames sinnliches Äußeres, gefasst werden. Dann müsste man von den Künstlern vor allem fordern, Politiker zu werden, die in einer eigentümlichen Form Werbung für ihre Sache machen. Tatsächlich ist das eine wirkungsmächtige Position in der Tradition politischer Kunst, etwa hatte Brecht den expliziten Anspruch, „Lehrtheater“ zu machen. Den eigentlichen Erlebnisgehalt der Kunst trifft das aber nicht. Das Emanzipatorische an der Kunst ist gewissermaßen sehr viel subtiler, und zugleich „kann“ Kunst in dieser Hinsicht einiges mehr, als ein bloßes Verständnis von Kunst als politischem Mittel vermuten ließe.

Was heißt: Kunst ist Erkenntnis?

Wir betrachten daher Kunst aus der Perspektive des Subjekts und seiner sinnlichen Erkenntnis in der Kunst. Wir wollen diesen Punkt ganz subjektiv einführen: Es geht darum, dass, wenn man sich mit einem Kunstwerk beschäftigt, man das Gefühl einer Wahrheit in diesem Kunstwerk hat, das Gefühl, auf etwas Wichtiges gestoßen zu sein, endlich etwas zu „sehen“. Es wird einem möglich, die Verbohrtheiten und Selbstbezogenheiten, mit denen man normalerweise durch die Welt geht, aufzugeben. Das wiederum ermöglicht einen freien Blick auf die im Kunstwerk verhandelten Dinge. Man erfährt ganz anschaulich und emotional zum Beispiel seine eigene Situation in der Welt oder was mit dieser möglich wäre. Gleichzeitig schwingt vieles aus dem eigenen Leben an, was mit dem Kunstwerk in Verbindung steht, und unverstandene Fragen mögen sich klären, Fixierungen lösen, oder eine Haltung und Perspektive, die man lange gesucht hat, wird einem aufgezeigt. In einem Roman kann sich das nur an einem einzigen Satz festmachen, der einem im Gedächtnis bleibt, aber zugleich ist damit viel



mehr verbunden, als nur mit diesem einen ausgesprochenen Satz gesagt wird. Dies ist ungefähr der Punkt, den wir mit sinnlicher Erkenntnis in der Kunst meinen.

Adorno hat etwas über Kafka geschrieben, das uns sehr inspiriert hat und einen sehr guten Eindruck auf unsere Sichtweise der Kunst vermittelt: „Wen einmal Kafkas Räder überfahren, dem ist der Friede mit der Welt ebenso verloren wie die Möglichkeit, bei dem Urteil sich zu bescheiden, die Welt sei schlecht; das bestätigende Moment wird weggeätzt, das der resignierten Feststellung von der Übermacht des Bösen innewohnt.“ Wir wollen daher Kafkas „Prozess“ nutzen, um am Material zu beschreiben, was wir mit subjektiver, sinnlicher Erkenntnis durch die Kunst meinen.

Wenn wir uns in den „Prozess“ versenken, ist es nicht nur so, dass wir die „absurde Welt“, die Kafka beschreibt, rein betrachtend vor unserem inneren Auge sehen. Vielmehr bringt uns die Struktur des Romans fast beiläufig dazu, eine Haltung zu den geschilderten Ereignissen zu entwickeln und sie so auf uns selbst zu beziehen. Beim Lesen identifiziert man sich entweder mit K., hält ihn für unschuldig und regt sich über die verrückten Praktiken des Gerichts auf – oder umgekehrt, man regt sich furchtbar über K. auf, weil er ja scheinbar selbst den Prozess immer wieder neu ins Rollen bringt und sich teilweise völlig unverständlich zu verhalten scheint. Welche Seite recht hat – ist aber die Frage des Romans selbst, darum geht es gerade im Kapitel „Im Dom“. Und sie ist mehr als nur die Frage des Romans, sie ist die Frage, die wir an uns selbst richten: Schuldig oder nicht schuldig? In dieser Weise werden wir von K.'s Schicksal unmittelbar und emotional angegangen.

Und so ertappt man sich zwischen den Lektüresitzungen des „Prozesses“ dabei, für Augenblicke die Welt mit den paranoiden Augen K.'s zu sehen. Die Lehrer in der Schule oder die Professoren

an der Universität bekommen plötzlich das Antlitz von korrupten Gerichtsdienern, die Freundin wird zu einer jener „Helferinnen“, von denen K. spricht. Die Gesellschaft wird zu einem feindlichen, undurchschaubaren und übermächtigen Apparat, einem Prozess, der über einen hergeht und gegen den man unmächtig ist; und der einem gleichzeitig überall in Gestalt von Helfern entgegentritt. Das ist Kafkas Welt – aber ist sie nicht die Realität? Meine eigene Welt? Scheint in der Übertreibung Kafkas nicht gerade mehr Wahrheit auf als in der von frühester Kindheit an eingeübten Untertreibung des alltäglichen Schreckens, für den der Prager Jude so sensibel war?

Dieses Bewusstsein ist uns von unseren Verhältnissen aufgezwungen. Die subjektive Entfremdung hat in unseren materiellen Lebensverhältnissen, in letzter Instanz den ökonomischen, ihren Grund. Aber trotzdem sind wir das, was uns hier aufgezwungen wird, wir leiden hier und heute konkret darunter. Ohne eine subjektive Überwindung, einen Selbstbezug in Sachen Emanzipation, einen Kampf gegen die Gespenster in uns selbst kommen wir aus unseren subjektiven Problemen nicht heraus. Wir sind diese Subjekte des Müssens selbst, das Müssen beherrscht uns, ohne dass wir es wahrnehmen, meistens; wir sind insofern selbst das Müssen. Und ohne die Emanzipation des Bewusstseins, das uns durch die Verhältnisse aufgezwungen wird, lassen sich diese Verhältnisse nicht bekämpfen, denn deren Bekämpfung und Revolutionierung muss der Akt bewusster Subjekte sein.

Ohne diese Kritik der eigenen Lebensweise wären politische Projekte solche des Spektakels, des Selbsterlebens, der „Guten und Gerechten“ (Nietzsche), einer höheren Moral, einer nach Effektivitätskriterien berechneten Politik der Erzeugung von Meinungshoheiten (Hegemonien). Was sie ja auch ganz oft sind.

Die Befreiung des Subjekts, die Überwindung seiner Selbstbezogenheit, ist notwendig: Für sein eigenes Glück wie als subjektives Moment in der Gestaltung einer neuen Gesellschaft. Die Kunst hat diese Kraft, unsere Verhaftung an uns selbst aufzulösen und uns die Erfahrung eines anderen Zustands unserer selbst zu ermöglichen: In ihr wird, für einen Augenblick, das Subjekt des Müssens durch das Subjekt der Freiheit ersetzt. Die Imperative werden auf einmal unnötig, wir können in einem Modus des Scheins frei denken, uns frei in unseren Gefühlen bewegen, können den Dingen begegnen, ohne sie für irgendetwas nutzen zu wollen und zu müssen,

können als wir selbst Beziehungen erleben, ohne in ihnen Souveränitäts-, Distanz- oder Darstellungsbedürfnisse zu haben. So können wir auch Erfahrungen machen, in denen wir uns unvoreingenommen auf unsere Gefühle und Überzeugungen beziehen können: Wir erhalten die Freiheit, sie ungerührt und „objektiv“ einschätzen, reflektieren, verändern zu können – und das mit unseren innersten Angelegenheiten!

Was wäre, wenn das ganze Leben so aussehen würde wie im Augenblick des Kunstgenusses? Jedenfalls ist das ein legitimer Gedanke, so etwas wie ein utopischer Impuls. In der Kunst können wir die Welt und uns selbst von bestimmten Gesichtspunkten eines befreiten menschlichen Lebens aus betrachten. Weil sie die Erfahrung dieser ideellen Befreiung bietet, kann Kunst als Folie und Anhaltspunkt für wirkliche Befreiungen in zwischenmenschlichen Beziehungen dienen, weil die Gefühle, der eigene „Leib“⁴¹ den Weg der Befreiung bereits kennengelernt haben.

Warum kann die Kunst nicht, was sie kann?

Es ist offensichtlich, dass Kunst in ihrer überwiegenden Gestalt nicht so viel kann, wie wir ihr hier sehr enthusiastisch zuschreiben. Wie die Gesellschaft existiert auch sie unmittelbar nur in entfremdeter Form. Aber das hängt zusammen mit den Strukturen, in denen sie existiert, es widerlegt nicht unser Konzept von den Wirkungspotentialen von Kunst. Hielte man ihm die „normale“ politische Kommunikation der argumentativen Ebene als das Mittel der Wahl entgegen, so ist ebenso offensichtlich, wie erfolglos diese ist. Die gegebene Struktur der Kunst ist – abgesehen von ihren spektakulären Strukturen der Events, der Hypes und des Star-Fetischismus – die bürgerliche Kunst, die wir als soziale Formation von Rezeptions-, Produktions- und Distributionsformen begreifen. Als veredelnde und scheinhafte Befreiung des bürgerlichen Subjekts von seiner Entfremdung raubt die bürgerliche Form der Kunst gerade die Potenz, kritische Erkenntnis zu sein, und damit eine Emanzipation des Bewusstseins zu ermöglichen. In der bürgerlichen Kunst rezipiert man stets als „der Mensch“, man ist sich von sich selbst weg erhöht zu einem allgemeinen Kunstzuschauer. In klassisch-pathetischen Gemütszuständen der Erhebung,



Man könnte jetzt hergehen und die Inhalte dieser Wahrheit theoretisch ausbuchstabieren und die „Aussage“ des Werks explizieren. Das ist nicht falsch, aber wesentlich ist, dass diese Aussage eben nicht abstrakt vermittelt ist, sondern intuitiv erfasst wird und uns dadurch auch anders angeht. Kunst betrifft vielmehr den konkreten, lebendigen, sinnlichen Menschen, in seinen wirklichen, von ihm geführten Beziehungen, seinen Vorhaben, den Selbstverständlichkeiten, die sein Denken, Fühlen und Verhalten strukturieren. Deshalb ermöglicht einem die Kunst ein anderes Verhältnis nicht nur zur Welt, sondern vor allem auch zu sich selbst.

Was ist der emanzipatorische Sinn der Kunst?

Das ist nun der Punkt, von dem wir denken, dass er Kunst für emanzipatorische Bestrebungen wichtig macht, also der emanzipatorische Sinn der Erkenntnis in der Kunst: Kunst vermag zu einem Bewusstseinswandel beizutragen, weil sie den Menschen Entfremdung gegenständlich, bewusst und erkennbar machen kann – und weil dies von einem innerhalb der Kunsterfahrung veränderten, befreiten Subjekt vollzogen wird.

In unserer Gesellschaft sind die Verhältnisse auf Zwecke außerhalb der Menschen gerichtet und nehmen diese immer nur dazu her, um etwas Jenseitiges zu erreichen. Unser Bewusstsein ist ein Moment dieses unseres gesellschaftlichen Lebens, und auch unser Bewusstsein, oder besser gesagt: wir selbst sind auf etwas Abstraktes aus, das nicht sehr viel mit unserem Leben zu tun hat, obwohl es uns so vorkommt, als wäre das gerade das Leben. In allen unseren Tätigkeiten denken wir in Kategorien der Leistung, wir sind beherrscht von einem impliziten Zwang zur Leistung. Immer schon sind wir in unserem Tun über dieses hinaus bei einem anderen. Kein Ding können wir frei genießen, unser Leben nicht zu einer Fülle führen, sondern nur nach einem abstrakten Prinzip ausrichten, das es kategorisiert und beherrschbar macht. In unseren Beziehungen regiert das Streben nach Selbstwert, selbstbezogen stellen wir unseren Wert dar und erleben ihn. Und oft, wenn wir meinen, frei zu sein, sind wir nur in ein „höheres“ Selbsterleben befreit.

der Versöhnung mit der Welt, dem Gefühl einer eigentlichen inneren Schönheit und Güte der Dinge; oder auch zeitgenössischer im Gefühl der umfassenden ironischen Gleichgültigkeit, dass es auf nichts wirklich ankommt und dass es so, wie es läuft, eigentlich ganz nett ist, erweist sich die Kunstbürgerin. Dieses Auflösen von Widersprüchen in Wohlgefallen ist der Tod von Erkenntnis: Erkenntnis beginnt mit der Gewissheit einer Klinge im Fleisch.

Eine andere Kunst ist möglich und nötig zugleich.

Gegen diese bürgerliche Kunst müssen andere Strukturen aufgebaut werden und in diesem Sinne eine Kunstpolitik betrieben werden, die darauf hinarbeitet, dass die Menschen sich der Kunst als einem Medium der Erkenntnis öffnen können. So wie es eine progressive Gegenöffentlichkeit gibt – die ausgebaut werden sollte –, gibt es auch eine progressive Subkultur der Kunst, in der es nicht um ästhetischen Erfolg, Gefallen und Gefälligkeit geht. Allerdings wäre es falsch, von einer solchen Subkultur eine Sortierung nach politischer Gesinnung, wie es in der Gegenöffentlichkeit der Fall ist, vorzunehmen. Das ist einerseits nicht nötig, weil aus Kunstrezeption und -produktion keine Aktion mit politischem Charakter folgt, andererseits ginge es gerade an der Kunst vorbei, die, wie wir hier aufgezeigt haben, nicht unmittelbar in politische Kategorien übersetzt werden kann.

In einer solchen Subkultur müsste reflektiert werden, mit welcher Haltung und welchen Fragestellungen ein sozial konkret bestimmtes Publikum ausgestattet ist, wie sich die Strukturen der Kunstrezeption (negativ: das Museum, die Vernissage, der Star) zu emanzipierter Erfahrung von Kunst verhalten, und schließlich natürlich, wie Kunst gemacht wird, gerade in einer Zeit, in der eine sinnleerte Kunst meist keine positiven Erkenntnisse mehr enthält. Ein Teil dieser Kunstpolitik ist freilich auch eine Politik innerhalb der Gegenöffentlichkeit selbst. Kunst, und zwar anspruchsvolle und kritisch reflektierte Kunst, kann und soll einen größeren Stellenwert in der Kommunikationspraxis der Linken erhalten. Wir kommen als Linke in der Vereinseitigung unserer Kommunikation auf Theorie nicht in unserer Subjektivität und dem vollen Gehalt unserer Erfahrung zur Geltung. Gerade das erfüllen aber unseres Ermessens Kunstwerke wie das Theaterstück „Die Blümchenfrage“ von James Cooper und Nani Bengel, das sie 2011 für ihre „Community“ in Frankfurt, die linke Szene, geschrieben hatten, und das einem ein ganzes Füllhorn von Problemen linker Projekte aufzeigt: informelle Hierarchien, unhinterfragbare Dogmen, Prozesse der psychischen und moralischen Zerfleisungen, identitäre Ausgrenzungen und dergleichen. Im Stück erlebt man diese Dinge nicht in der abstrakten Form, wie wir sie eben aufgezählt haben, und wie sie wohl vielen geläufig sind, sondern ganz konkret in ihrer Entstehung, von all den bekannten Gefühlen und Bedürfnissen begleitet – aber so, dass zugleich das kritische Licht der Erkenntnis darauf geworfen wird: Wir selbst machen das genauso, und wir brauchen das eigentlich gar nicht zu machen.

Paul Stephan und Emanuel Kapfinger

1 Mit „Leib“ meinen wir hier, was vielleicht nicht allgemein verständlich ist, nicht den Körper als biologisches Substrat, sondern den Körper als intuitives Selbsterleben, als vorbewusste emotional-triebhaftige Grundlage unseres Bewusstseins.

Literaturempfehlungen:

Hegel: *Vorlesungen über die Ästhetik*, Bd. 1-3, Suhrkamp.

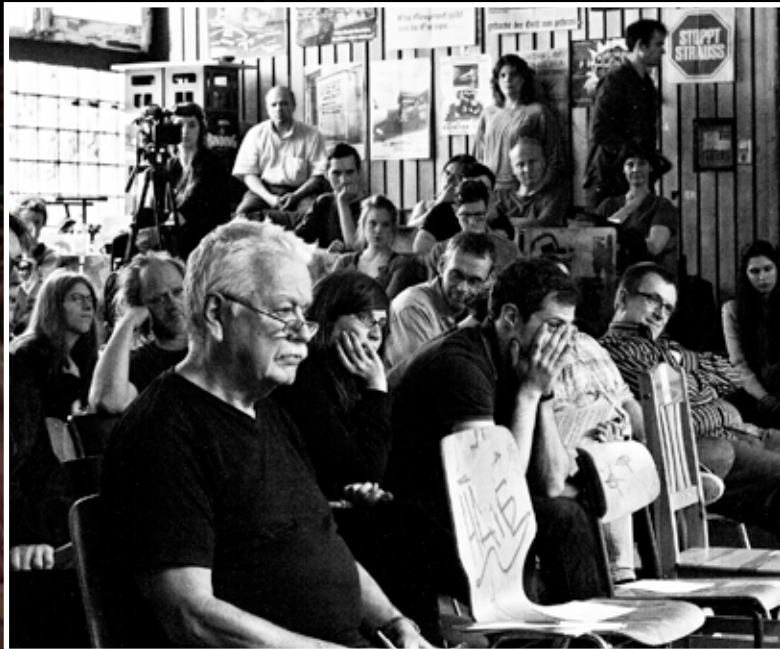
Sartre: *Was ist Literatur?*, Rowohlt.

Brecht: *Kleines Organon für das Theater*, in: *ders.: Schriften zum Theater. Versuch einer nicht-aristotelischen Dramatik*, Suhrkamp.

Nietzsche: *Die Geburt der Tragödie*, in: *ders.: Kritische Studienausgabe*, Bd. 1, dtv.

Adorno: *Philosophie der Neuen Musik*, Suhrkamp.

Adorno: *Noten zur Literatur*, Suhrkamp.



Thesen zur Kunst

I.

Zeiten des Niedergangs sind kunstaffin. Nicht nur deshalb, weil Kunst einen besonders sensiblen Apparat zur Verarbeitung von Brüchen und Erschütterungen zur Verfügung stellt, sondern weil Kunst keine Produktionsmittel und wenig Produktivkräfte erfordert: Kunst ist billig. Wer nichts hat, macht Kunst.

II.

Kunst paßt einem Zeitgeist in den Kram, der von materiellem Reichtum auf fiktive Kapitalströme umgeschaltet hat. Wie Aktienpakete, Derivate oder ähnliche Spielereien von Bankerhirnen hat Kunst keinen eigentlichen Gebrauchswert sondern nur sein fiktives Komplement: einen Tauschwert.¹ Weil der Tauschwert aber auf kein Substrat von Arbeitskraft zurückgeführt werden kann, bestimmen sich Wert und Preis von Kunst wie von Aktien hochvolatil oder salopp gesagt: willkürlich. Der Unwirklichkeit der Realität paßt Kunst in den Kram.

III.

Die allgegenwärtige und hippe Reflexion von Kunst im Medium der Philosophie ist in hohem Grade unsinnig. Weder die Gestalt, noch die Funktion, noch irgend etwas anderes an Kunst läßt sich einheitlich und überzeitlich erfassen: es variiert je nach und innerhalb von Gattungen und Epochen in einem Maße, daß sich ein gemeinsames Drittes, (tertium comparationis) auf daß sie sich insgesamt zurückführen ließe, nicht findet: nicht im Material, nicht in der schöpferischen Arbeit, nicht in der Rezeption, nicht kognitiv, nicht sensuell usf.

IV.

Wer wissen will, was Kunst ist und was sie kann, muß es erfahren. Niemand kann den Geschmack einer Apfelsine erklären, wer es wissen will, muß reinbeißen. Wer wissen will, wie Kunst aussieht und funktioniert, muß sich Konkretes anschauen. Und so unsinnig es wäre, den Geschmack und die Wirkung von Früchten von einigen Exemplaren ableiten zu wollen, so unsinnig verhält sich das nämliche Unterfangen in der Kunst. Gleichwohl müssen sich die Kategorien, mit denen einzelne Werke vorläufig und tentativ eingeordnet werden, aus der immer partiellen Erfahrung mit und von Kunst ergeben. Wer in eine Frucht beißt, läuft Gefahr auf Saures, Bittres oder Fauliges zu stoßen. Aber nur, wer es immer wieder wagt, wer immer und immer wieder zuviel wagt, hat die Chance nicht so zu sterben, wie sie oder er geboren wurde: nämlich borniert und dumm.

V.

Kunst hat also keine Funktion sondern Funktionen, keine Wirkung sondern Wirkungen, keine Wahrheit sondern Wahrheiten, keine Gestalt sondern Gestalten. Kunst ist ein Teil von Bildung, ein Bereich in dem und durch den sich Menschen unserer Kultur formen: wenn Kunst etwas taugt, dann in diesem Zusammenhang.

¹ Wem die Unterscheidung zwischen Gebrauchswert und Tauschwert nicht geläufig ist, hat die drei Kapitalbände (MEW 23 – 25) zu lesen. Nicht weil die Marx'sche Theorie alleinseligmachend wäre, sondern weil sie zum basalsten Grundwissen jeder_jedes Studierenden gehört.

Statt über Kunst zu reden, ein Text (anstatt anderer):

Ich brauche Zerstörung, um nicht mehr zerstören zu müssen. Mein Destruktionstrieb wurde von anderen ausgelebt. Ich habe dich auch sehr lieb. Aber es ist nun mal so, wie es ist: und das ist nichts, schwarz. Und alle Farben und alle Schattierungen und alle Nuancen. Sie waren. Ja auch nicht verkehrt. Oder sind es nicht. Sie haben uns so viel Hoffnung gegeben. Und genommen. Und wiedergegeben. Und wiedergenommen. Irgendwann wusste niemand mehr, welche Jahreszeit gerade ist. Da einigte man sich auf einen Kompromiß: Es haben einfach immer beide Seiten recht. Die Farbe an der Wand ist gleichzeitig grell, grün und unmöglich. Also einfach Wand. Und Farbe. Und Hoffnung gereinigt im Licht. Was heißt: keine Hoffnung – und Hoffnung. Ich verspreche mir nichts mehr.

Wenn ich es versuche, gelingt es mir, halbwegs gewöhnliche Sätze zu schreiben. Nicht so gewöhnlich, daß sie wirklich jemand sprechen würde. Aber gewöhnlich genug, um meinen pathologischen Intellektualismus zu verschleiern. Wir bauen uns Mauern aus Intelligenz, bis wir irgendwann vergessen, daß nicht die Mauern unser Schatz sind. Wir drücken auf Speichern bevor wir schreiben, und wundern uns, warum das Blatt leer bleibt. Universitäre Intelligenz besteht darin, Dummheit elaboriert zu kaschieren. Hinter Kaskaden von Fremdwörtern. Benötigen sie noch eine Exemplifizierung? (...) Oh, du verwaltete Welt, die von Verwaltern gerettet werden sollte. Professoren gegen Vernunft, Christen für Krieg, Intellektuelle gegen Geist. Lebenshilfe für alle. Wir kommen nicht klar. Aber am Ende steht hinter der Vernunft eine zweite Ordnungsinstanz. Offengelegte Formen sind sichtbar: Ersatz von Freiheit in einer Welt, die für Freiheit nicht gemacht. Der private Aberglaube ist allemal schlechter als der kollektive. Und der ist schon schlimm genug und wurde in die Wüste gejagt, wo er auf einem Kamel sitzt und aufs Paradies wartet. Unserer Vorstellung nach mit Bart.

Was soll es denn heißen das Verrückte zu retten? Man wollte ihm seine Geschwister nehmen, das Gewöhnliche und Normale. Alles, woran es sich in seiner Kindheit entworfen hatte. Die Rettung des Verrückten wäre auf seine Abschaffung hinausgelaufen. Sollte die kranke Vernunft diesen letzten Sieg einfahren? Zum Glück lag sie damals bereits im Krankenbett und konnte den Bissen nicht schlucken. Sie kaute eine Weile, aber das Fleisch war zäher als sie. Da mußte sie würgen und spucken und Normalität und Verrücktheit waren wieder da. Ramponiert, sicher, aber doch klar voneinander zu unterscheiden. An all den Begriffen hatte sie sich irgendwann den Magen verdorben. Sie lag eine ganze Weile flach und erhielt wenig Krankenbesuch. Nur ein gewisser Habermas soll sie gelegentlich unsittlich berührt haben. Aber ich selbst war damals noch zu jung, um wirklich etwas zu verstehen. Nur manchmal fror ich nachts und spürte daß es besser wäre, wenn jemand Kohlen ins Feuer legt.

Was dazwischen geschah? Ich erinnere mich so schlecht. Ich hatte verlernt, meine Träume von der Wirklichkeit zu unterscheiden. Wissen war Rhetorik: lerne sprechen, wie jemand, der recht hat. Ich lernte. Und weil ich nie gestand, daß alles, was ich sage, erfunden ist, strahlte ich eine gewisse Ruhe aus. Und Sicherheit. Feuer zogen um den Planeten. Bei uns machten sie keinen Halt. Das war vorher so kalkuliert worden. Wir sind ein Netz. Tausch meine Wahrheit gegen deine Erfahrung. Nur was sich auf Informationen im binären Code reduzieren läßt, kann übers digitale Datennetz gejagt werden. Der Rest ist Anachronismus. Lauf oder stirb. Aber eigentlich wollte man nur, daß wir laufen. Nicht daß wir sterben.

Wer am Laptop sitzt, kann mit der Faust nicht schreiben.

Willkommen zurück, sagte die Vernunft eines Tages. Und, wenn wir ehrlich waren, hatten wir sie vermisst. Die Lücke, die etwas hinterläßt, ist auch nur ein schlechter Abklatsch. Und weil die Vernunft im Krankenbett milder geworden war, hielten wir es ganz gut aus miteinander. Manchmal erwischte ich mich sogar, wie ich ihr am Rockzipfel hing und die Wärme genoß. Von Paris habe ich in jener Zeit nur selten geträumt.

Epilog

*die kinder lachen und sterben
wo glänzt es so schön wie in messerfabriken?
das rot der lippen ein rauschendes bad
und wenn du nicht antwortest, sag
wie soll ich, ein mensch sein?*

(Der Text wurde für die nächste Ausgabe von otium eingereicht, die Zeitschrift wird einmal im Semester publiziert und enthält literarische und philosophische Texte sowie Photographien. otium ist in Buchläden und unter www.fuer-otium.de zu bekommen.)

Postskriptum: VI.

Und wer sich wirklich noch subjektiv ausdrücken möchte, der möge sich einfach im Arsch lecken (Goethe).

A.

Das erkrankte Lied und seine Folgen

Über die Hälfte der Schriften Adornos zählt zu den „Musikalischen“. Die Grundgedanken der kritischen Gesellschaftstheorie ergeben sich erst wirklich aus ihrer Auseinandersetzung mit der Musik. Aber auch die „Dialektik der Aufklärung“, für viele das zentrale Werk der kritischen Theorie, erschließt sich in seiner Gänze erst über einen musikphilosophischen Zugang. Folgender kleiner Text geht der These nach, dass der kritische Begriff von Herrschaft und Ausbeutung, wie er in diesem vor dem Hintergrund des deutschen Nazifaschismus niedergeschriebenen Werk entfaltet wird, eng an eine Auseinandersetzung mit der Musik geknüpft ist.

Ihren Begriff der Aufklärung als Verquickung von Herrschaft und Befreiung entfalten Horkheimer und Adorno anhand von Homers Epos der Odyssee, die sie als zentralen Text der Begründung der bürgerlichen Gesellschaft interpretieren. Odysseus geht als Prototyp des modernen Bürgers, des Kapitalisten, des modernen Herrschers, im Gegensatz zu seinen „Gefährten“ (bei denen es sich eher, frei nach Marx, um elende, geknechtete und verächtlich gemachte Wesen handelt) nicht körperlicher, sondern geistiger Arbeit nach: indem er die Befehle erteilt. Und schließlich ist die ganze Apparatur, die wir auf dem Schiff des Odysseus besichtigen können, eine von Herrschaft und Unterwerfung, von ihm selbst, dem „Listenreichen“, erdacht: Die Gefährten rudern und mit verstopften Ohren – er: an den Mast gefesselt und lauschend. Der infolge eines Fluches auf dem Ägäischen Meer umherirrende Kriegsheld und Seefahrer kommt auf diese Weise überhaupt erst in die Lage, den Gesang der Sirenen hören zu können, die Lieder jener sagemuwobenen Gestalten, deren Klänge Jedem von der eigenen Vergangenheit künden und die so wundervoll sein sollen, dass jene, die ihnen lauschen, handlungsunfähig Hungers sterben, anstatt jenes Minimum an Realitätsprinzip aufzubringen, dass es ihnen ermöglichen würde, sich wenigstens ab und an Speis und Trank zu verabreichen. Dem Klang der Sirenen gegenüber zergeht die mühsam errichtete Grenze zwischen dem Ich und der Außenwelt, dem Subjekt und dem Objekt, dem, der ihre Gesänge hört, verschwimmen Traum und Wirklichkeit, Lust und Realität.

Odysseus begründet mit seinen Maßnahmen, die er auf seinem Schiff einleitet, den Genuss von Musik als Kunst und erbringt damit ein hartes und vor allem historisch folgenreiches Opfer: Er trennt den Genuss von der Praxis. Den Liedern ist nach dieser Begegnung des listigen Abenteurers mit den Sirenen ihre einstige Kraft verlustig gegangen. Zu Kunst geronnen werden sie als hübsch anzuhörende Schönheiten genossen aber gelten nicht mehr als Aufruf, das Leben zu verändern, greifen nicht mehr intervenierend in dieses ein. Mit dieser Trennung werden das Denken und die Fähigkeit zur Erfahrung vom realen Lebensprozess abgeschnitten. Sie verkapseln sich in sich selbst, verlieren ihren Bezug auf die gesellschaftliche Praxis. Das hat das sinnliche Verarmen beider zur Folge. Odysseus selbst gibt in dieser Konstellation sein Leben an eine versachlichte, über ihm stehende Macht ab. Er trennt sich von seinem Leben. Er opfert es, um zu überleben. Der Preis des Überlebens ist der Tod. Die Herrscher und Ausbeuter sind dabei genauso scharf von dem, was wirklich Leben hieße, getrennt und abgeschnitten, wie jene, die von ihnen ausgebeutet und beherrscht werden. Die Unterdrückten sind davon überzeugt, dass die Mächtigen und Einflussreichen so etwas wie ein Leben hätten und eifern ihnen (bis heute) nach. Die Letzteren selbst hingegen ahnen, dass auch sie kein Leben kennen, dass sie aus ihrer Herrschaft keinen Nutzen zu ziehen vermögen, jedenfalls nicht jenen, den sie sich im Innersten davon versprechen, also das zu haben, was sich per se nicht haben lässt: Das Leben lebt nicht, da, was ein solches sein könnte, in geistige und körperliche Arbeit, Theorie und Praxis, Aktivität und Kontemplation, Sehen und Hören zerfällt. Macht und Geld suggerieren (viel mehr denen, die nichts davon haben, den Armen

und Einflusslosen) man könnte alles damit haben, wenn man es hätte. Aber alles eben nur in jener zerrissenen Form, in der es wie Sand zwischen den Fingern zerrinnt.

In diesem Sinne fällt Subjektconstitution mit Selbstnegation zusammen. Das Verstummen der Musik in der Praxis und ihre Abtrennung von der Praxis befinden sich am Quell dieses Geschehens. Musik gehört damit zur Basis der bürgerlichen Gesellschaft, ist nicht als irgendeine Art von Überbau abzuleiten. Ästhetik wird so zur Gesellschaftskritik, insofern sie diese gesellschaftlich verursachte Aufspaltung attackiert und auf eine ästhetische Praxis zielt.

Der Musik kommt also im Prozess der Aufklärung als Selbstconstitution durch Selbstnegation eine tragende Rolle zu. Im polaren Verhältnis von Herrschaft und Knechtschaft, wie es sich auf dem Schiff des Odysseus modellhaft darstellt, sind die Arbeitenden überhaupt nicht zu hören in der Lage. Eine Einstellung zur Musik, nach der es an ihr nichts zu verstehen gäbe, da sie ausschließlich die Gefühle anspräche, eine Musik schließlich, die, wie nahezu die gesamte Popmusik unserer Tage, in vielen Fällen nichts zu bieten hat, was verstanden werden könnte, die sich also einer intellektuellen Aneignung grundsätzlich verschließt, ist die logisch folgerechte Schwund- und Erfüllungsstufe explizit dieser Trennung. Sie entspricht der sich gegen den „Schund“ empörenden gehobenen, bürgerlich-„klassischen“ Auffassung von Musik nur allzu gut, die die Musik gerade als von der gesellschaftlichen Praxis, also der ökonomischen und politischen Reproduktion des menschlichen Lebens abgetrennten Bereich feiert. Wo aber Bach, Beethoven oder Brahms zu „Klassik“ erklärt und als solche rezipiert werden, sind sie nichts Anderes, schon gar nichts Besseres, als Schund auf höherem Niveau. Gerade indem die klassische Sicht auf Musik auf dem absoluten Charakter der Musik beharrt, verteidigt sie die Abtrennung der geistigen von der körperlichen Arbeit, damit das gesellschaftliche Fundament von Herrschaft und Ausbeutung. Der Palast der abendländischen Klassik besteht aus Hunger, Blut, Elend, Mord, Gewalt und Bergen von Knochen. Die große Kunst kommt – ganz wie laut Marx das Kapital – aus allen Poren blut- und schweißtriefend zur Welt. Sie existiert, weil die Welt ein Jammertal ist und genau das untergräbt ihre Existenz. Heute wird oft gesagt, es gäbe keine große Kunst mehr. Sie ist erstickt am Leid, dass sie produzierte. Nur verringert sich das Ausmaß des Leides nicht, wo sie schweigt. Im Gegenteil wird es durch ihr Fehlen auf Ewigkeit gestellt.

Mit der Begegnung zwischen Odysseus und den Sirenen ist das Lied grundlegend erkrankt. Das bedeutet: ein Zugang zu einer direkten Sprache der Musik ist dem Subjekt der bürgerlichen Gesellschaft versperrt. Damit ist nicht behauptet, es hätte je eine heile Welt gegeben. Vielmehr gab es auf direkter Herrschaft und Knechtschaft beruhende Gemeinwesen ohne gesellschaftliche Vermittlung durch Wert und Geld. Ein Ausdruck derartiger Gesellschaften, die das vereinzelte, atomisierte Individuum noch nicht kannten, war der gemeinsame rituelle Gesang, der die Praxis, also die ideengeleitete Umformung der Natur für menschliche Zwecke, begleitete und ohne den diese Bearbeitung in ihren historischen Anfängen kaum möglich gewesen wäre. Der in den archaischen Gesellschaften vorgeblich noch bestehende direkte Zugang des Menschen zu sich selbst, zu anderen Individuen und zur Natur, ist verstellt – und dieser Umstand wird nachträglich als dahingeschwundene heile Welt halluziniert. Musik wird entweder überhaupt nicht mehr vernommen oder lediglich als Kunstgenuss rezipiert. Aus diesem Grunde rebellierte Wagner, Mahler, der frühe Nietzsche, später sämtliche Richtungen der neuen Musik, gegen bloßen Kunstgenuss. Ihre Intention zielte auf eine Musik, die Gesellschaft herstellt, sie in ihrer Gegensätzlichkeit ideell reproduziert: in Nietzsches „Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik“ besteht ihre Aufgabe darin, die „dionysische“ Verschmelzung der Individuen mit Natur und Gemeinschaft und ihre „apollinische“ Vereinzelung spannungsreich auszutragen und dergestalt eine Gemeinschaft vollentwickelter Individuen zu generieren. Genau dazu ist Musik aber nicht mehr in der Lage. Ihre Klänge finden keine Adressaten. Die Musik wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Aber sie kann sie nicht

ergreifen. Die traditionale Gesellschaft ist durch Zivilisierung und Rationalisierung unweigerlich zerrissen, ihre einzelmenschlichen Teile völlig atomisiert, die Fähigkeit der Individuen zur Erfahrung weitgehend still gestellt. Dieser Riss offenbart freilich nur, dass die dahingeschwundene Idylle in Wirklichkeit keine war. Das harmonische Gemeinwesen in Einklang mit der Natur gab es nie und die Zersetzung unmittelbarer Knechtschaft durch das Geld, in der Antike bereits von Platon und Aristoteles, in der Neuzeit von Autoren wie Rousseau beklagt, geschah ihm ganz zu Recht. Aber die Erkrankung des Liedes ist genau aufgrund dieses Widerspruches zwischen einer Musik, die zu den Ohren will, diese aber nicht erreichen kann, treibendes Moment der Entfaltung der europäischen Musik gewesen. Auf der Suche nach dem verlorenen Lied versuchte sie die Ohren trotz allem immer wieder zu erreichen. Im Prinzip ging es der westlichen Kunstmusik darum, in reflektierender und reflektierter Weise, das erkrankte Lied zu gesunden bzw. darum, immerhin seine Krankheit musikalisch darzustellen und damit die in Natur und Gesellschaft zerbrochene Welt zu heilen. Die fortwährende Vorstellung einer einst bestehenden, später zerbrochenen Harmonie dürfte dabei allerdings einen nicht unwesentlichen Grund für den Rückfall der Aufklärung in die Barbarei darstellen, den Grund dafür, warum die „vollends aufgeklärte Erde“ schließlich im „triumphalen Unheil“ (Dialektik der Aufklärung, S. 19) kulminierte.

Der Kompositionsprozess versuchte, das Zerbrochene nachträglich zu vermitteln. Alles musikalische Schaffen blieb letztlich eine Kompensationsleistung für den fehlenden Bezug der Menschen zur Welt, Ausdruck einer Form von Gesellschaft, die auf radikaler Vereinzelung gründet.

Es handelt sich also um den Versuch, den Menschen die Ohren für Unerhörtes zu öffnen. Dieses aber ist veränderlich und prozessual, nicht ein für alle Mal greifbar. Die musikalisch-ästhetische Reflexion ist deshalb immer wieder genötigt, den jeweiligen gesellschaftlichen und ästhetischen Veränderungen entsprechend aufs Neue durchgeführt zu werden. Es kann dabei keinen endgültigen Erfolg geben (dieser bestünde in einer Veränderung der Welt, nicht der Kunst), weshalb immer weiter an der kompositorischen Gestaltung gefeilt wurde. Auf diese Weise konstituierte sich eine Geschichte der Musik, entsprechend einer Geschichte der philosophischen Diskussion, in der Fragen und Probleme gestellt und gelöst wurden und die dabei errungenen Lösungen wiederum aufs Neue zur Debatte gestellt wurden. Musik ist, genau wie die Philosophie, eine Diskussion über Jahrhunderte hinweg. Die brennenden Menschheitsfragen wurden in beiden immer wieder neu und anders gestellt. Auf diese Weise konstituierte sich ein Entwicklungsprozess des „musikalischen Materials“ (Adorno, Philosophie der neuen Musik), der permanent vorangetrieben werden muss, der schlichtweg falsch wird, sobald er abbricht und dessen Ziel weniger in der Komposition „schöner“ Klänge besteht, sondern der nicht weniger als Wahrheit und Erkenntnis intendiert.

Das Ziel aller Musik sei, so Gustav Mahler, alles Leid und Elend abzuschaffen. Einzig wenn sie das bewerkstellige, sei sie wahre Musik. Gesellschaft wie musikalisches Material sind aber dynamischen Charakters. Musik, für einen Moment wahr, ist dann im nächsten Moment bereits wieder falsch. Darauf zielt Adornos Bestimmung des „Natuschönen“ in der „Ästhetischen Theorie“. Die Schönheit der Natur lässt sich nicht festhalten. Sie blitzt im einzelnen Augenblick auf und verweist in diesem auf Wahrheit. Wird sie festgehalten, zergeht sie zum Kitsch von Sonnenuntergängen auf Ansichtskarten. Kunst bestünde deshalb nicht darin, das Naturschöne als solches nachzuahmen, sondern vielmehr darin, dessen Prinzip zu erfassen und dieses nachzuahmen. Fakten und Tatsachen gelten als zeitlos gültig. Die Wahrheit, da prozessual, ist das Gegenteil einer Tatsache. Fakten sind allenfalls die Elemente, aus denen Wahrheit besteht. Sie selbst resultiert erst aus dem inneren Zusammenhang der Fakten und verändert sie im Innersten. Ziel künstlerischer Erkenntnis ist die des permanent variierenden Zusammenhangs. Aus diesem herausgelöst sind Fakten falsch, da nun vom lebendigen Ganzen abgetrennt, entfremdet, sowenig wahr wie ein abgetrennter Arm

in Hegels drastischem und etwas blutrünstigem Beispiel noch den Anspruch erheben kann, wirklich, also seinem Wesen nach, ein Arm zu sein, da er dieses ja nur in Bezug auf den Körper dessen Teil er ist, verwirklicht. Die Menschen können nicht sein, was unentwegt von ihnen gefordert wird, identisch mit sich selbst und abgelöst von allem sinnlichen Bezug zur ihrer natürlichen und sozialen Umwelt („frei“ und „gleich“), denn als Identischen ergeht es ihnen nicht anders als jenem Arm.

Einen entscheidenden Grund für den Rückfall der Aufklärung in die Barbarei sehen Horkheimer und Adorno darin, dass die Menschen unter der Bedingung bürgerlicher Herrschaft, um sich ihrer Identität mit sich selbst zu versichern, dazu gezwungen sind, sich das Bewusstsein dessen abzuschneiden, dass sie selbst auch Natur sind. Dass sie nicht aufgehen in dem, was sie zu sein haben, flößt unentwegt Angst ein. Der Bürger unterwirft sich einer unerbittlichen Disziplinierung seiner Triebe, Gefühle und Leidenschaften und errichtet in sich eine Armatur der Herrschaft, eine rücksichtslose Diktatur über sich selbst. Er beherrscht die innere und die äußere Natur. Zusammengehalten und ausgetragen wird dies maßgeblich an den Frauen, an deren Degradierung ihres Körpers zum Rohmaterial der Beherrschung in der patriarchalen Gesellschaft die Unterwerfung des eigenen, des männlichen Körpers und der Natur vorexerziert wird. Davon ist diese Gesellschaft bis heute nicht losgekommen. Mag das Kapital geschlechtsblind sein, die kapitalistische Gesellschaft ist es ganz gewiss nicht (vgl. Les Madelleines, Thesen über Materialismus und Tod, in: Extrablatt 8).

So ist „(d)er herrschenden Praxis (...) nicht die Natur gefährlich, mit der sie vielmehr zusammenfällt, sondern daß Natur erinnert wird“ (S. 292). Ziel materialistischer Gesellschaftskritik ist ein „Eingedenken der Natur im Subjekt“ (ebd., S. 58), also Anerkennen, dass man nicht restlos aufgeht in dem, was man sein soll. Diese Kritik intendiert, dass die Menschen sich der an ihnen sich austobenden Herrschaft, Gewalt und Unterdrückung gewahr werden. Sie ist bestrebt, die Individuen den Preis erkennen zu lassen, den sie zahlen mussten, um mündige Bürger zu werden und den sie fortwährend weiter zu entrichten haben, um es zu bleiben. Aber es geht nicht darum, die Mündigkeit aufzugeben. Mit der Perspektive, die Zivilisation, anstatt sie aufgrund ihrer unzivilisierten Gestalt abzuschaffen, in eine menschliche, zivilisierte zu verwandeln, muss vielmehr auf ihre Gewalt reflektiert werden. In dem Sinne, dass der Prozess der Aufklärung auch dieses Moment des „Eingedenkens“ enthält, kann „Aufklärung“ zugleich „mehr als Aufklärung“ (ebd. S. 57) sein. Dabei geht es nicht um den Rekurs auf eine ursprüngliche Natur, sondern darum, Natur als solche (die als „natürlich“, „ursprünglich“, „echt“ daher kommende) als durch Rationalisierung entfremdete, gequälte, verstümmelte und zurechtgequetschte zu durchschauen, um der Gewalt inne zu werden, die über sie ergangen ist. Natur und Tradition sind das Produkt der von ihren Liebhabern beklagten Zerstörung.

Die Erinnerung an die Natur als unterdrückte ist genau die Botschaft der Sirenen. Sie intendiert, die verdrängte Gewalt, die die Menschen auf ihrem Weg zur bürgerlichen Subjektivität durchstehen mussten, wieder vernehmbar zu machen. Dazu bedarf es freilich einerseits einer Musik, die insofern erschließbar ist, als sie etwas enthält, was sich überhaupt erschließen lässt und andererseits eines Hörens, das bereit ist, sich auf so etwas einzulassen, das bereit ist, nichts anderes als nur zu hören und sich dem Gehörten völlig zu überlassen. In diesem Sinne sollte eine kritische Theorie der Musik für eine Musik Partei ergreifen, die nicht zum Tanzen, Essen, Shoppen oder Arbeiten konsumiert wird, sondern die konzentriert gehört wird (also in etwa so, wie ein philosophischer Text gelesen wird). Die Trennung von Musik und Praxis ist weder unkritisch zu affirmieren noch, nicht weniger unkritisch, einfach aufzuheben.

Martin Dornis

V.1-4

Das ist zu schön und hier herrscht kein Frieden. Das ist kaputt,
aber verweist noch auf Unverlorenes. Das ist im Liegen bereits
zu sehr geneigt an den Aufwärtstrend der IG-Farben-Bude. Das ist der Stein,
der weggerollt gehört, um nicht im Glanz zu ersaufen.



V.5-9

Der Glanz von Marmor, Monument und Mahnmal. Ich rede
von deinem Nimbus, dessen Schönheit retuschiert. Weshalb ich
um deine Hasenscharte weiß? Die Hasen auf der Wiese
fühlen sich tagsüber betrogen. Die Unbill der Nacht,
die nichts zeigt, belässt es bei meiner Unschuld.



V.10-14

wir haben. augen
nase mund name tier ^{besichtigung²}. haben h a b e n, haben
erst jetzt ein gesicht auf. gras farben sinn schweigt. wer zählt. geschichten
haben zugeschaut. schauen jetzt. dann. wirst du weggebracht
w e r d e n



V.15-21

– ~~ich~~ habe dazu nichts zu sagen
wenn du etwas wortlos hinstellst
ohne wort. –

Die Kunst der Spatzen
stünde auf Säulen
(- wo steht die)
der Spatzenhirne?



V.22-24

Wie viel Kunst muss noch überstanden werden,
die nachts mir Gewichte auf die Augen
und Freikugeln in die Herzkammern legt?



OTIUM * OTIUM * OTIUM * OTIUM * OTIUM * OTIUM * OTIUM* OTIUM * OTIUM

Liebe Nutzerin / lieber Nutzer des Semestertickets des AStA der Uni Frankfurt am Main!

Die folgenden Informationen sollen dir helfen zu wissen, wie du dein RMV-AStA-Semesterticket nutzen kannst. Sollten dennoch Fragen offen bleiben, kannst du entweder auf unserer AStA-Homepage www.asta-frankfurt.de weitere Informationen erhalten oder du meldest dich per Email beim aktuellen Verkehrsreferat verkehr@asta.uni-frankfurt.de

Was ist überhaupt ein Semesterticket?

Bei dem Semesterticket handelt es sich um einen Fahrausweis für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), der normalerweise für ein Semester gültig ist. Mit der Bezahlung des Semesterbeitrags wird das Semesterticket automatisch erworben. Es spielt hierbei grundsätzlich keine Rolle, ob eine Nutzung des ÖPNV überhaupt angestrebt wird. Jede_r Studierende muss das Semesterticket erwerben, wodurch das Semesterticket im Vergleich zu herkömmlichen Zeitkarten preislich sehr günstig ist.

Was ist das RMV-AStA-Semesterticket?

Mit dem RMV-AStA-Semesterticket besitzt man die Berechtigung im gesamten Semester beliebig viele Fahrten in der 2. Klasse mit allen öffentlichen Nahverkehrsmitteln im gesamten Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und den Übergangstarifgebieten zum Verkehrsverbund Rhein Neckar (VRN) und Nordhessischen Verkehrsverbund (NVV) zu tätigen. Das Ticket ist auf eurer Goethe-Card abgedruckt.

Alle Busse, Regionalzüge, Straßenbahnen, U-Bahnen, S-Bahnen, Busse und Nachtbusse können benutzt werden, sofern man sich im Geltungsbereich des RMV-AStA-Semestertickets befindet.

Wie teuer ist das RMV-AStA-Semesterticket?

Im Wintersemester 2012/2013 kostet das RMV-AStA-Semesterticket 180 Euro. Zum Sommersemester 2013 erfolgt eine Erhöhung um 10 Euro. Danach orientiert sich der Preis an den Preiserhöhungen der Zeitkarten im Auszubildendentarif.

Trotz der zukünftigen Preiserhöhung ist das Ticket noch immer konkurrenzlos günstig. Zurzeit werden umgerechnet 30 Euro pro Monat bezahlt. Eine alternative herkömmliche Zeitkarte vom RMV mit einem ähnlichen Leistungsumfang gibt es nicht. Zum Vergleich: Ein Monatsticket im Auszubildendentarif, das nur die Stadt Frankfurt ohne Flughafen (entspricht dem Tarifgebiet 50) umfasst, kostet monatlich bereits 61,20 Euro.

Wie lange ist das RMV-AStA-Semesterticket gültig?

Grundsätzlich gilt, dass das Semesterticket im Zeitraum eines Winter- bzw. Sommersemesters für 6 Monate gültig ist. Allerdings haben Neustudierende die Möglichkeit schon einen Monat vor Semesterstart das RMV-AStA-Semesterticket im vollen Umfang zu nutzen, so dass der Gültigkeitszeitraum im Sommersemester vom 01.03. bis 30.09. und im Wintersemester vom 01.09. bis 31.03. reicht. Somit können Neustudierende schon vor Beginn des Semesters den ÖPNV nutzen, um zum Beispiel auf Wohnungssuche zu gehen und/oder für ihr Studium relevante Vorkurse zu besuchen.

Was gehört zum Geltungsbereich des RMV-AStA-Semestertickets?

In den folgenden Städten und Landkreisen ist die freie Fahrt im ÖPNV mit dem Semesterticket möglich:

RMV-Gebiet:

Frankfurt am Main, Darmstadt, Offenbach am Main, Landkreis Darmstadt-Dieburg, Landkreis Fulda, Landkreis Gießen, Kreis Groß-Gerau, Hochtaunuskreis, Lahn-Dill-Kreis, Landkreis Limburg-Weilburg, Main-Kinzig-Kreis, Main-Taunus-Kreis, Mainz, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Odenwaldkreis, Landkreis Offenbach, Rheingau-Taunus-Kreis, Vogelsbergkreis, Wetteraukreis

NVV-Übergangsbereich:

Bebra, Rothenburg a. d. Fulda, Wabern, Zennern, Frankenberg

VRN-Übergangsbereich:

Kreis Bergstraße, Weinheim, Hemsbach, Laudenbach, Eberbach, Worms,

Ist der Kauf von Anschluss-Semestertickets möglich?

Zurzeit bieten der Rhein-Nahe-Nahverkehrsverbund (RNN) und der Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) Anschluss-Semestertickets an. Die Verkehrsgemeinschaft am Bayrischen Unterraum (VAB) bietet eine vergünstigte Jahreskarte zum Auszubildendentarif an.

Der RNN erstreckt sich in Rheinland-Pfalz von Mainz bis zur saarländischen Landesgrenze. Zu beachten ist, dass Mainz bereits Bestandteil des RMV-AStA-Semestertickets ist.

Das RNN-Anschluss-Semesterticket gilt wie gewohnt für ein ganzes Semester und kostet zurzeit 140 Euro (Stand Juli 2011) .

Mit dem VRN-Anschlusssemesterticket können im gesamten VRN-Gebiet mit Ausnahme der Westpfalz alle Busse, Straßenbahnen und freigegebenen Zügen des ÖPNV sowie alle Ruftaxiliniien genutzt werden. Das VRN-Gebiet erstreckt sich in Ost-West-Richtung von Kaiserslautern/Dahn über Ludwigshafen/Mannheim und Heidelberg bis nach Lauda-Königshafen und in Nord-Süd-Richtung von Alzey bis nach Sinsheim. Das Ticket ist 6 Monate gültig und nur in Verbindung mit der Goethe-Card gültig.

Für diejenigen, die regelmäßig in den Raum Aschaffenburg im VAB fahren müssen, empfiehlt sich zurzeit der Kauf von TicketEasy, eine Jahreskarte für Schüler und Studierende. Für monatlich 52 Euro kannst du hiermit den gesamten VAB-Bereich befahren.

Ist eine Rückerstattung des RMV-AStA-Semestertickets möglich?

Das RMV-AStA-Semesterticket ist deswegen so preiswert, weil es alle Studierende der Goethe-Uni automatisch kaufen. Für manche Studierende würde es jedoch eine unzumutbare Härte darstellen, das Semesterticket kaufen zu müssen. Für sie gibt es den Härtefonds. Er beruht auf der Härtefondsordnung, die das Studierendenparlament beschlossen hat.

Es werden u.a. folgende Härtefälle anerkannt.

Auslandsstudium mit einer Länge von mindestens drei Monaten

Praktikum und Aufenthalt außerhalb RMV-Gebiet mit einer Länge von mindestens drei Monaten

Unentgeltliche Beförderung wegen Schwerbehinderung

Promotion/Abschlussprüfung ohne Präsenzverpflichtung am Hochschulstandort und Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereichs des RMV-AStA-Semestertickets

Urlaubssemester

Doppelimmatrikulation □ das günstigere Semesterticket wird erstattet

bei Krankheit, so dass die Benutzung des ÖPNV für mindestens drei Monate nicht möglich ist

Anträge und weitere Informationen zu diesem Thema bekommst du beim Studentenwerk und/oder beim Verkehrsreferat.

Was für Fahrgastrechte besitze ich mit dem RMV-AStA-Semesterticket?

Mit dem neuen Semesterticketvertrag besitzen Inhaber_innen des RMV-AStA-Semestertickets die gleichen Fahrgastrechte wie die Inhaber_innen von Zeitkarten im Auszubildendentarif. Hierzu zählen die Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr (RE, RB, HLB, SE, S-Bahn) und die 10-Minuten-Garantie des RMV. Kommt es zu Verspätungen im Eisenbahnverkehr kann, je nachdem ob eine erwartete Verspätung von über 10 min, 20 min oder 60 min vorliegt, eine pauschale Erstattung beantragt werden, der IC benutzt werden (anfallende Kosten werden auf Antrag erstattet) oder im Extremfall Kosten für eine Taxifahrt erstattet werden. Ähnliches gilt für die Verkehrsmittel Bus, U-Bahn und Straßenbahn im Rahmen der 10-Minuten-Garantie. Hier ist eine Erstattung bei einer Verspätung von über 10 min möglich. Die genauen Bedingungen sind auf den Internetseiten des AStA, des RMV und der Deutschen Bahn ersichtlich.

Kann ich mit dem Intercity (IC) fahren?

Nein. Auch ein Erwerb von IC-Aufpreistickets ist nicht möglich, da sie nicht mit dem RMV-AStA-Semesterticket kombinierbar sind.

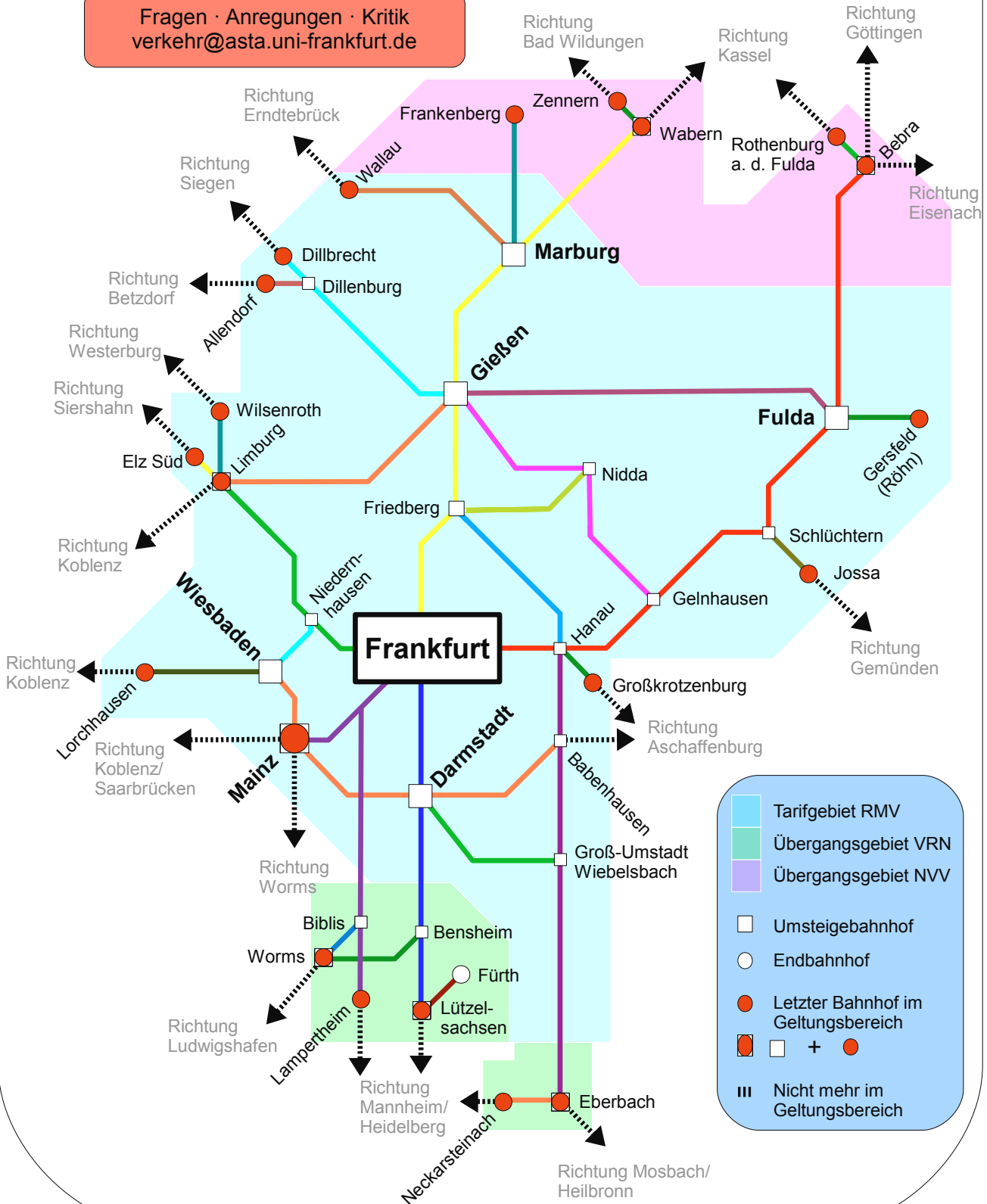
Wie sieht die Zukunft des RMV-AStA-Semestertickets aus?

Dies ist vor allem von der aktuellen Verkehrspolitik des AStA abhängig. Wie der AStA inhaltlich und personell arbeitet, ist wiederum an die Mehrheiten innerhalb des Studierendenparlaments gekoppelt. Wer im Studierendenparlament die Mehrheit hat, entscheidet die Studierendenschaft, also ihr. Zurzeit teilen sich Christopher Kunze von der Grünen Hochschulgruppe und Michael Grundmann von der Fachschafteninitiative Demokratische Hochschule das Verkehrsreferat. Beide stehen konsequent für den Erhalt und den Ausbau des solidarischen Semesterticketsystems sowie für die Schaffung zusätzlicher Anreize umweltfreundlichen Nahverkehr zu nutzen. In Anbetracht der Tatsache, dass viele Studierende aufgrund familiärer Umstände oder fehlendem studentischen Wohnraum gezwungen sind außerhalb des Frankfurter Raums zu leben, kann ein solidarisches Semesterticket mit großem Geltungsbereich helfen soziale Probleme abzumildern.

Geltungsbereich des RMV-AStA-Semestertickets

GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

Fragen · Anregungen · Kritik
verkehr@asta.uni-frankfurt.de



Stand 09/2012

Campus'Trinkhalle am IG-Farben

„Das Volk verlangt[e] nach einem Wirtshaus!“ Wir gaben es ihm. Aufgrund des Mangels an studentischen Freiräumen am IG-Farben-Campus wurde das Pförtnerhäuschen am Nebeneingang des IG-Hauptgebäudes („AStA-Kiosk“), welches jahrelang als Endlager für verschimmelte Flyer und allerlei Unrat diente, zum Ziel- und Lustobjekt einer hochmotivierten, sich selbst als emanzipatorisch verstehenden studentischen Initiative. Begeistert und von einer flexiblen Idee durchdrungen machte sie sich ans Werk und verwirklichte ihren Freiraum-Traum.

Heraus kam ein Trinkhallen-Café-Betrieb in zentraler Lage, welcher seit Beginn des Semesters nicht nur den Durchgangsverkehr regelt und die Studierenden verköstigt, sondern auch ihren Informations- und Diskussionsbedarf intensivieren will. Dies gilt nicht zuletzt für die im Düsternen belassene NS-Vergangenheit des IG-Farben Geländes.

Die Campus'Trinkhalle kredenzt Montag bis Freitag von 10 bis mindestens 18 Uhr (außer zu Zeiten der Sozialberatung) neben Kaffee und Tee auch Wasser, Limonaden und andere alkoholische Getränke, sowie Snacks zu günstigen Preisen und stellt daher eine ideale Ergänzung zu anderen selbstverwalteten Cafés am Campus (wie z.B. das Café Anna Blume im Keller des IG-Hauptgebäudes und das Philosophen Café) dar. Donnerstags laden wir darüber hinaus zum geschmeidig Vor-Koz[en] ab gegen offiziell 20 Uhr.

Da studentische Freiräume im schönen Westend rar gesät sind, ist es uns eine Herzensangelegenheit, euch über die Existenz der Trinkhalle zu informieren und euch so die Möglichkeit zu geben, euch zu einer Stippvisite in besagtem Etablissement einzufinden. Dies schließt natürlich nicht aus, dass auch ihr euch darum bemühen könntet, ähnliche Raumaneignungs-Projekte in Angriff zu nehmen. Wir stehen euch dabei gerne mit Rat und Tat zur Seite.



AI Netz und Konsorten

Im Kampf gegen die skrupellose BLA (Bakademie für Lildungs-forschung und Aehrerbildung) hat sich AI Netz auch in diesem Jahr wieder einige vielversprechende Rekrut_innen zur Seite gestellt, um seine geplanten Eroberungszüge adäquat in die Tat umzusetzen. Die Rekrut_innen – seit neuestem zielt ein weißes Emblem deren schwarze Rüstung – sind stets auf der Suche, eine schwache Stelle in den scheinbar undurchdringlichen Reihen der BLA zu finden.

Neben der Herausforderung, das unausgeklügelte Praxissemester, das die habgierige BLA nur des ihr versprochenen Geldes wegen in unserer Bastion durchsetzen möchte, im letzten Moment noch aufzuhalten und zu überarbeiten, benötigen hilflose Erstsemesterlehramtsstudierende Beistand bei den ersten Herausforderungen des Lehramtsstudiums, da die rücksichtslose BLA den Tutor_innen, die diese in die althergebrachten Traditionen der Lehramtsstudierenden alljährlich einweisen, keine Entschädigung mehr für ihre geleistete Arbeit zahlt. AI Netz ist mitsamt Rekrut_innen sofort zur Stelle und nimmt sich der wehrlosen Opfer barmherzig an. Selbstlos tüfteln sie an einem Plan, möglichst vielen die verdiente Unterstützung, die in überfüllten Tutorien nicht mehr gewährleistet werden kann, zukommen zu lassen. Was aussieht, wie ein harmloses Erstsemesterfrühstück, entpuppt sich als Auffangbecken für überforderte Erstsemester. Die Rekrut_innen leisten ganze Arbeit und versammeln über 150 Erstsemester im zufluchtbietenden TuCa mitsamt Nebenraum. Hier wird vieles erklärt und aufgeklärt, neue Kontakte werden geknüpft, alte erneuert und gepflegt. Am Ende des schweißtreibenden Tages verteilt AI Netz den geheimen Zaubersaft, der die Neuen psychologisch gesehen unbesiegbar machen soll. Schließlich schwelgen die übriggebliebenen Rekrut_innen in glücklichen Erinnerungen an vergangene Tage, in denen es nicht einmal die Bäckerin schaffte, sie über's Ohr zu hauen und teilen die Überbleibsel des Festmahls unter sich auf.

AI Netzes aktuell härtester Kampf ist jedoch der gegen die sogenannten (Aus-) Bildungswissenschaften, die angeblich mehr praxisnahe und relevante Themen beinhalten sollten. Auch hier stehen ihm seine Rekrut_innen mit Rat und Tat zur Seite. So fanden sie beispielsweise heraus, dass die (Aus-) Bildungswissenschaften schon ab dem kommenden Sommersemester eingeführt werden sollen, obwohl AI Netz bereits viel an dem Konzept – welches selbstverständlich von Schergen im Dienste der BLA entworfen worden war – bemängelt hatte und seitdem keines überarbeiteten Konzeptes mehr habhaft geworden war. So sollen zum Beispiel zu erbringende Leistungen mit lediglich einem Kreditpunkt bewertet werden, was beim aufzubringenden Zeitaufwand für eine halbwegs ordentliche Klausur oder Hausarbeit vollkommen unangebracht ist. Auch gibt es bei den verschiedenen Lehramtsstudiengängen bezüglich der Kreditpunkte einige ungeklärte Unpässlichkeiten. Eine derartige Regelung in den Bildungswissenschaften würde zusammen mit den vorgegebenen Thematiken zu einer vollkommen seichten Classroom-Management-Brühe führen und eine große Gefahr für AI Netz und alle, die sich intensiv mit der Materie auseinandersetzen wollen, darstellen. Eine hanebüchene Übergangsregelung, über die noch abgestimmt werden muss, schlägt vor, den bislang in den Grundwissenschaften verkehrenden Studierenden die dort erbrachten Leistungen anzurechnen. AI Netz ist jedoch der Meinung, dass alle Studierenden ein Recht darauf haben, ihr Studium gemäß der Studienordnung, mit der sie ihr Studium begonnen haben, zu Ende führen zu dürfen.

Leider kann auch ein AI Netz nicht immer sofort zur Stelle zu sein und so wurde dem vielversprechenden Ritterorden Studenten machen Schule von der rachsüchtigen BLA kurzerhand der Raum gestrichen, sodass sie unsere Bastion verlassen mussten.

Zwar schafft Chuck Norris den Bachelor in Regelstudienzeit, AI Netz ist jedoch schon seit langem mit dem Staatsexamen verheiratet und hat zwei Kinder, die jede_r kennenlernen darf!

Hilf AI Netz das Unheil abzuwenden und lass dich jeden Donnerstag ab 18 Uhr im Studierendenhaus Raum C 110 von ihm und seinen Konsorten rekrutieren!

Besuche AI Netz auf: www.l-netz.info
www.facebook.com/l.netz
www.twitter.com/lnetz_ffm

Oder frag AI über: post@l-netz.info



Wir werden leerer - Auf dem Weg zum Sprachrohr des Kultusministeriums

Es mag vielleicht komisch erscheinen, dass ein Artikel einen Vortext bekommt. In diesem Fall ist es jedoch unserer Meinung nach wichtig. Wir sind die Lehramtsfachschaft der Uni Frankfurt (kurz: das L-Netz). Ihr habt uns vielleicht schon bei Erstsemesterveranstaltungen oder in anderen Zusammenhängen kennengelernt. Seit längerer Zeit schreiben wir immer mal wieder Artikel für die L-News – die Zeitung der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL). Früher hieß diese Institution noch ZLF. Der folgende Artikel sollte ebenfalls in die L-News. Wir wurden gebeten etwas direkt zum Thema Praxiserfahrungen schreiben.

Nachdem der Artikel fertig war und wir ihn abgeschickt hatten, bekamen wir den Bescheid, dass unser Artikel nicht gedruckt werden könne, da er „thematisch sehr aus dem Rahmen“ falle – ebenso sehe es für den Bereich Verschiedenes, in dem bislang all unsere übrigen kontextfreien Artikel untergebracht worden waren, aus. Auf genaueres Nachfragen hin wurde uns mitgeteilt, dass Kritik an der Lehrer_innenbildung sowie an der ABL grundsätzlich in Ordnung wäre, unser Artikel jedoch die von uns aufgestellten Behauptungen angeblich nicht mit Argumenten belegen würde. Das Ergebnis war: Unser Artikel wurde erstmals nicht aufgenommen – obwohl wir zuvor eine Zusage bekommen hatten, dass unser Artikel gedruckt werde und gebeten worden waren eine Doppelseite – also mehr als sonst – mit unserem Artikel zu füllen. Dazu sei zu erwähnen: Wir waren nie so nah an dem der Zeitung übergeordneten Thema, wie in diesem Artikel. Da wir der Meinung sind, dass ihr dennoch ein Recht habt, über die geplanten Änderungen der ABL informiert zu werden, und wir nicht bereit sind, uns den Mund verbieten zu lassen, ist hier unser Artikel nun auf anderem Wege:

Zuerst möchten wir daher mit einer Definition von Praxis beginnen: In seiner ursprünglichen Verwendung bezeichnet Praxis das ethisch richtige Handeln im öffentlich-politischen Kontext, wohingegen sich Theorie zumeist auf abstraktere Wesensinhalte konzentriert, welche die alltäglichen Belange übersteigen. Beiden ist die Mimesis gegenübergestellt, welche das bloße Nachahmen und das repetitive Erlernen von Dingen bezeichnet. Auf welche der beiden der reinen Theorie gegenübergestellten Begriffe sich unser modularisiertes Lehramtsstudium, insbesondere die Schulpraktischen Studien, welche zwei der vier zu absolvierenden Praktika koordinieren, aber auch die Grundwissenschaften sowie die den einzelnen Fachbereichen unterstellten Didaktiken zumeist beziehen, male sich ein jeder und eine jede nach den im Folgenden fachschaftsintern angelegten Überlegungen selbst aus.

Die wohl praxislastigste Phase vor dem ersten Staatsexamen stellen die Schulpraktischen Studien, in welchen die Studierenden in sogenannten Vor- und Nachbereitungskursen zu den beiden verpflichtenden Schulpraktika universitär begleitet werden sollen, dar. Zumeist sind diese Vor- und Nachbereitungen jedoch mit diffusen, unzusammenhängenden und an den Haaren herbeigezogenen, angeblich relevanten Theorien überschwemmt, bei deren Lese den Studierenden seltenst ein Mitspracherecht oder zumindest eine Rechtfertigung der Lehrenden zur Relevanz ihrer jeweiligen Auswahl eingeräumt wird. Selbstverständlich ist es unmöglich, dass alle Dozierenden in ihren Seminaren den Studierenden die gleichen vorgegebenen sinnentleerten Inhalte vorkauen, jedoch sollte zumindest die Möglichkeit bestehen, sich – besonders im ersten Praktikum, das sich nicht an den Fachdidaktiken sondern an den Grundwissenschaften orientiert – je nach Schwerpunkt die von den Dozent_innen zuvor im Vorlesungsverzeichnis grob dargelegten Thematiken selbst wählen zu dürfen.



Neben dem vollkommenen Entzug der freien Wahlmöglichkeit im Themenspektrum stellt wohl die willkürliche Verwendung von Anwesenheitslisten in den Vor- und Nachbereitungseminaren die höchste Form der Entmündigung dar. Im Extremfall ist es den Studierenden untersagt, nach lediglich einem Mal auch noch ein zweites Mal – entschuldigt oder nicht – zu fehlen, ohne ein Nichtbestehen der Veranstaltung zu riskieren.

Zwar geben etwas ehrlichere Dozent_innen selbst zu, dass sie den Sinn und Zweck der Veranstaltungen nicht vollkommen durchschaut haben und auch nicht genau wissen, wie sie die Studierenden auf das ihnen bevorstehende Praktikum überhaupt vorbereiten und die gemachten Erfahrungen nachbereiten sollen oder das ganze im Allgemeinen als ziemlich sinnlos erachten; dem Dilemma der SPS ist damit jedoch längst nicht abgeholfen.

Während der Praktika wird manch einem_r bewusst, dass vielerorts das ästhetische Bildungsideal – sofern ein solches jemals vorhanden war – dem reinen Nutzengedanken gewichen ist, da das Zentralabitur und G8 eine kritische und überlegte Auseinandersetzung der Lehrenden mit dem zu wählenden Lernstoff besonders im Bezug auf die Lerngruppe, als auch die erfolgreiche Thematisierung eines solchen im Unterricht schier verunmöglicht haben. Gewollt scheint lediglich die Heranzüchtung nichtshinterfragender, arbeitstauglicher und systemkonformer Konsument_innen.

Die Schule wird somit kein Ort der Bildung, sondern zum reinen Ausbildungsbetrieb. Selbstverständlich ist es fraglich, welcher Konzern tatsächlich kritisch hinterfragende, autonom denkende Subjekte einstellen würde, die ebensolche feinsinnigen Manipulationen, welche die eigentliche gesellschaftliche Misere über-

Wir werden leerer

auf dem Weg zum Sprachrohr des Kultusministeriums

Da wir, die Fachschaft der Lehramtsstudierenden (L-Netz), gebeten wurden, für diese Ausgabe der L-News einen Artikel zum Thema Praxiserfahrungen zu verfassen, haben wir uns darauf geeinigt, von den Praxiserfahrungen zu berichten, die ein Lehramtsstudium notwendigerweise mit sich bringt. Im Anschluss daran werden wir uns mit hochschulpolitischen Praxiserfahrungen, die wir als Fachschaftsgruppe mit anderen hochschulspezifischen Institutionen gemacht haben, auseinandersetzen.

decken, wie beispielsweise große Teile der Unterhaltungsmedien aber auch der Presse, zu durchschauen vermöchten und ein selbstreflektiertes Weltbild hätten.

Noch ferner in die Zukunft blickend, stellt sich jedoch die Frage, inwiefern derartig entmündigte Lebewesen auf Dauer überhaupt vonnöten sind, da auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz tagtäglich enorme Fortschritte erzielt werden. Ist es, dies berücksichtigend, nicht viel relevanter, wache, politisch aktive Menschen mit einem kritischen Geist heranzuziehen, die, aus dieser Kritik herausgehend, nach langen Überlegungen die Möglichkeiten haben, das System langfristig zum Guten zu ändern?

Jüngst wurden diverse Änderungen in der Lehrer_innenbildung und an den Schulen, als da wären die Verkürzung des Referendariats, die Einführung des Zentralabiturs, G8 und U-Plus, dessen Existenz letztlich vehement bestritten wird, vorgenommen. Auch erscheinen skurile Vorkommnisse vielen Studierenden inzwischen vollkommen normal, wie Anwesenheitslisten in von ihnen selbst gewählten, als sinnvoll erachteten und freiwillig besuchten Seminaren, die Modularisierung der Lehramtsstudiengänge und eine damit einhergehende starke Einschränkung der Wahlmöglichkeiten oder – ganz allgemein betrachtet – die Verkürzung der Regelstudienzeit. All diese Umwandlungen schaffen ideale Voraussetzungen für eine Generation unreflektierter, unpolitischer und inkompetenter Lehrkräfte, da sie bereits – nach dem Bestehen des Zentralabiturs – während ihrer gesamten Studienzeit in vollkommener Abhängigkeit zu willkürlich zusammengesetzten Studienbedingungen gehalten werden. Es scheint paradox, dass ewig unmündig gehaltene Menschen jemals einem mündigen Bildungsauftrag Folge leisten können, besonders, wenn durch die verkürzte Regelstudienzeit nicht einmal die Möglichkeit gegeben ist, sich effektiv mit der Materie des gewählten Faches auseinandersetzen zu können, sondern lediglich alles kurzfristig in Formen des wohlbekanntem Bulimielernens konsumieren zu müssen, um es anschließend für zahlreiche Prüfungen automatisiert abrufen zu können, ohne den eigentlichen Kern der Dinge auch nur halbwegs erfasst zu haben .

In die gleiche Tradition scheinen sich die derzeit vorgenommenen Umstrukturierungen der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL) zu stellen, da beispielsweise in Projekte, wie die Erarbeitung des Praxissemesters, welches die beiden Schulpraktika miteinander verbinden soll, viel zu wenig organisatorischer Aufwand investiert wird, kaum eine gründliche Hinterfragung der zugrundeliegenden Konzepte – sofern solche tatsächlich vorhanden sein mögen – stattfindet und das ganze nach wenigen Treffen vom Tisch sein soll, um es schnellstmöglich salonfähig, das heißt, studierbar – was auch immer das heißen mag – zu machen, koste es, was es wolle. Gerüchten zufolge gehe es hierbei lediglich um das rücksichtslose Erlangen staatlicher Mittel im Kampf um die Vorreiterposition unter den hessischen Ausbildungsstätten, nicht aber um eine qualitative Verbesserung der bestehenden Verhältnisse.

Nur zu ähnlich verhält es sich mit der Umstrukturierung der Grundwissenschaften, in denen es demnächst nur noch um das Erlernen des – angeblich benötigten – Handwerkszeugs eines Lehrkörpers zu gehen scheint. Classroom Management verwandelt die Bildungsanstalten im wahrsten Sinne des Wortes in reine Ausbildungskasernen der zukünftigen Produktivkräfte, die Deutschland aus der Krise holen sollen. Ein eigentlicher erzieherischer Auftrag, wie beispielsweise die Erziehung zu Gesellschaftsfähigkeit und nicht bloß die Erziehung zur am besten bewerteten Leistung in Rivalität zu den anderen stehend, oder die Erziehung zum schönen Charakter und nicht bloß die Erziehung zur oberflächlichen Konsumierung von Faktenwissen und deren repetitive Wiedergabe, geht vollkommen verloren.

Möglicherweise wäre ein mangelhaftes, aber beständiges Bildungssystem wertvoller, als sich ständig abwechselnde und vollkommen unausgeklügelte Prototypen, die je nach der die

Macht innehabenden Obrigkeit im ständigen Wandel begriffen sind. Eine Umstrukturierung mit derart weitreichenden Folgen – schließlich betrifft sie insbesondere die Kindheit und Jugend aber auch die Zukunft mehrerer Schüler_innengenerationen – sollte wohlgedacht sein, bevor auch nur im Entferntesten mit dem Gedanken an eine praktische – im wahrsten Sinne des Wortes – Umsetzung gespielt wird. Angenommen, die von einem Professor der Pädagogik vorgetragene These, Änderungen im Bildungssystem seien Operationen am offenen Herzen, wird als wahr befunden: Wir würden niemals eine_n Schneider_in damit beauftragen, uns am Herzen zu operieren, bloß weil er hübsch nähen kann. Warum sollten wir eine_n Politiker_in damit beauftragen, das Bildungssystem zu reformieren, nur weil er oder sie große Reden schwingen kann?

Kontaktdaten:

Mail: post@l-netz.info

Homepage: www.l-netz.info

Facebook: <https://www.facebook.com/l.netz>

Twitter: https://twitter.com/lnetz_ffm

Treffen: donnerstags 18h c.t., Raum C110, Studierendenhaus (Bockenheim, 1. Stock)

„Es gibt kein richtiges Leben auf dem falschen Campus“

Rede auf der Turm-Vollversammlung am 21. November 2012

Exzellenzuniversität, forschungsstarker Hochschulstandort, Prestigebauobjekte, der Body of Knowledge, der schönste Campus Europas. Das sind wohl die Schlagworte von denen Uni-Präsident Werner Müller-Esterl nachts träumt. Für die Mehrzahl der Studierenden wird der neue Campus eher zum Alptraum werden. Überfüllte Seminare, Container statt Lernräume, Überwachungskameras, Herrschaftsarchitektur, stumpfes Pauken statt kritische Wissenschaft, das sind die Schlagworte an die ich und womöglich viele von euch denken. Der Umzug auf den IG-Farben-Campus – und ja, wir bleiben bei dieser Bezeichnung, trotz aller Versuche des Uni-Präsidiums die Vergangenheit ihres neuen Hochschulstandorts zu beschönigen – der Umzug auf den IG-Farben-Campus verkommt immer mehr zur Farce. Ich studiere nun seit fünf Jahren an der Goethe-Universität, und jedes Jahr wurde aufs Neue der Umzug angekündigt. Manchmal waren die Gebäude noch nicht fertig gebaut, dann fehlte der Universität das Geld. Klar war aber: die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer hatten gegenüber den prestigeträchtigen Jura- und BWL-Fachbereichen das Nachsehen. Für letztere fand bereits 2008 der Umzug statt, seitdem sorgte die Universität hier in Bockenheim noch nicht einmal für die nötigsten Reparaturarbeiten. Wer jeden Morgen die Aufzüge im AfE-Turm benutzen muss, weiß wovon ich spreche. Diese Situation ist Ausdruck der generellen finanziellen Schlechterstellung einiger Fachbereiche. Die Erziehungswissenschaft erhält gegenüber den anderen Fachbereichen bei allen Ausgaben stets das wenigste Geld zugerechnet, trotz steigender Studierendenzahlen.

Hessen gab – die die Studierenden nebenbei bemerkt mit ihren Streiks, Aktionen und Demonstrationen erfolgreich bekämpft haben, der Druck auf die Politik kann sich auch lohnen – damals gab es noch keine Schulzeitverkürzung, keine Aussetzung der Wehrpflicht. Mittlerweile haben sich die gesellschaftlichen Realitäten aber massiv verändert. Was macht die Landesregierung? Was macht das Universitätspräsidium? Nichts. Eine Anpassung an die neuen Verhältnisse findet nicht statt. Die Gebäude sind zu klein geplant. Deswegen überlegte der Fachbereich sogar ab März Container auf dem IG-Farben-Campus aufzustellen. Das war zumindest die Ansage aus dem Dekanat. Am gleichen Tag ließ das Uni-Präsidium verlauten, die Container kämen erst 2014. Das Dekanat widersprach am nächsten Tag. Jetzt sollen die Container aber erst im Wintersemester 2013 kommen. Das heißt: ein ganzes Semester wird es in keinster Weise genügend Platz für die Student_innen geben. Vertraut ihr wirklich auf einen reibungslosen Umzug, wenn das Uni-Präsidium und der Fachbereich nicht einmal miteinander sprechen? Und es ist doch peinlich: da baut man einen neuen Campus und plant ihn zu klein, sodass direkt Containerburgen aufgebaut werden sollen. Das Präsidium stellt sich blöd und behauptet das würde alles kein Problem werden. Aber diese Verdummung des Präsidiums folgt auch aus unterschiedlichen Einschätzungen der Situation: das Präsidium behauptet die Schwemme der Studierenden durch die G8-Schulzeitverkürzung träfe erst im nächsten Jahr die Uni Frankfurt, der Fachbereich sagt die Schwemme sei jetzt schon da. Wer sich derzeit die Seminarüberfüllung anschaut, wird wahrscheinlich dem Fachbereich in dieser Frage Recht geben.

Elite-Uni für wenige, statt offene Uni für viele!

Das Dekanat des Fachbereichs hat lange still gehalten und einiges widerspruchslos ertragen. Doch die Situation verschärft sich immer mehr und selbst der Dekan wird jetzt aktiv. Das Dekanat fordert nun, dass es im alten Juridikum Ersatzräume geben soll. Wenn der Fachbereich nicht eine ganze Etage bekommt, sollen alle derzeitigen Drittmittelprojekte gestoppt werden. Das ist wohl die einzige Möglichkeit das Präsidium unter Druck zu setzen. Doch Ersatzräume hier in Bockenheim wären ein Luxus im Vergleich zu den anderen Ideen, die derzeit im Raum schwirren. Die Universität steht in Verhandlungen mit Kinobetreibern und Kirchen, die Studierenden sollen vor dem Altar ihren Vorlesungen lauschen. Wer glaubt denn wirklich, der Umzug führe zu besseren Studienbedingungen als im Turm? Die Fehlplanung resultiert ursprünglich aus der Idee des ehemaligen Uni-Präsidenten Rudolf Steinberg der Goethe-Uni zur Elite-Uni umzuwandeln. Das Ergebnis: die Universität versagt bei allen Exzellenzinitiativen und hat nicht verstanden, dass die Goethe-Uni eine Massenuniversität ist. Und das ist auch gut so! Es sollen mehr Menschen studieren können, aber dann müssen auch die Studienbedingungen stimmen.

Eines der schwerwiegendsten Probleme wird die Mensa-Situation auf dem neuen Campus. Obwohl mit den Fachbereichen 03 und 04 mehr als 6.000 Studierende zum IG Farben Campus ziehen, wird es keine weitere Mensa geben, lediglich eine kleine Cafeteria im neuen Gebäude ist geplant. Bereits jetzt ist das Casino und der Anbau überfüllt. Wie überhaupt so viele Studierende eine Verpflegung erhalten sollen, ist ungeklärt. Vielleicht denkt sich das Präsidium ja noch ein Los-System aus, nur wer Glück hat, bekommt dann einen Teller. Oder die Studierenden können in den schicken aber unbezahlbaren Westend-Restaurants dinieren. Ich habe kein Vertrauen in ein Dekanat, ich habe kein Verständnis für Professor_innen und Student_innen, die einfach alles fressen was dieses Universitätspräsidium und diese Landesregierung täglich verbocken.

Aber wer jetzt glaubt, mit dem Umzug würde alles besser werden, der geht leider fehl. Da ich sowohl Rechtswissenschaften als auch Politikwissenschaften studiere, bin ich schon länger den Studienalltag auf dem IG-Farben-Campus gewöhnt. Selbst in den sonst so gut ausgestatteten Rechtswissenschaften müssen dieses Semester viele Student_innen in den Vorlesungen auf dem Boden Platz nehmen. Für die Fachbereiche 03 und 04 wird es kaum besser werden. Die Planungen für die neuen Gebäude begannen zu einer Zeit wo es noch Studiengebühren in



Im Übrigen: das Präsidium hat begriffen, dass es wegen der vollkommen fehlgeschlagenen Umzugsplanungen zu Protesten kommen wird. Der Turm soll im Sommersemester 2013 noch als Lagerraum dienen, dann aber ab dem Winter zugemauert werden. Man befürchtet wohl Besetzungen. Das Universitätspräsidium lässt nicht nur wie im Bildungsstreik 2009 die eigenen Studierenden durch die Polizei vom Campus prügeln, nein: jetzt werden schon Gebäude mit Beton zugemauert.

Demokratische Architektur für studentische Freiräume!

Mit dem Wegzug aus Bockenheim bricht die Universität mit der bisherigen demokratischen Tradition der Goethe-Uni seit 1945. Eingebettet in den Stadtteil Bockenheim sollte die Universität Zugang für alle Menschen in der Stadt bieten. Der AfE-Turm wurde in einer Zeit gebaut, wo die Bildungsverhältnisse zwar nicht rosig waren, aber die Universität zumindest zeitweilig für Menschen aus Arbeiter_innenfamilien, Migrant_innen und Frauen geöffnet wurde. Dieser demokratische Anspruch verwirklichte sich auch in der Bauweise des Turms. Als damals höchstes Gebäude in Frankfurt sollte es möglichst vielen Menschen die Chance geben zu studieren. Die Wände in den Seminarräumen waren so gestaltet, dass man sie flexibel umstellen konnte, je nachdem wie viele Personen ein Seminar besuchen wollten: Individualität statt Eintönigkeit war das architektonische Ziel. Und die Professor_innen waren nicht weggesperrt in unerreichbaren Etagen, sondern die Studierenden können bis heute niedrigschwellig auf ihre Dozent_innen zugehen, indem sie einfach von ihren Seminarräumen auf die andere Seite des Turms laufen. Gemeinsame wissenschaftliche Erkenntnisziele statt eine klare Trennung zwischen Studierenden und Professor_innen. Heutzutage kann man froh sein, wenn man überhaupt noch Professor_innen in der Lehre hat, die nicht an einem Cluster of Excellenz in der Forschung verschwunden sind. Die Vergangenheit soll nicht romantisiert werden, früher war nicht alles besser, eine selbstbestimmte Bildung war damals ebenso wie heute ein Wunschtraum. Aber selbst diese kleinen Errungenschaften der demokratischen Hochschulreform müssen heute mehr denn je verteidigt werden.

Der Umzug geht einher mit einem Abbau bisheriger Freiräume für Student_innen. Für das TuCa ist bisher auf dem neuen Campus noch kein Platz eingeplant, die Fachschaften wissen nicht wie ihre neuen Räume ausgestaltet sein werden, der Bau des neuen Studierendenhauses wurde noch nicht begonnen, zugunsten des Baus eines neuen Seminargebäudes wurden die Lehrmittel am Fachbereich gekürzt – dem fielen viele der studentisch organisierten Autonomen Tutorien zum Opfer, genauso wie Tutorienstellen bei einigen Grundlagenveranstaltungen. Das Institut für vergleichende Irrelevanz (IvI) hier im Kettenhofweg wurde von der Uni verkauft, mit einer Räumung muss jeden Tag gerechnet werden. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Für die Studierenden bedeutet dies: kein Pupille-Kino auf dem neuen Campus, kein Café Koz, keine Abendveranstaltungen, keine Konzerte und Barabende, keine Räume für Lesekreise. Die Uni ist dann kein Lebensraum mehr, sondern nur noch ein Ort, den man schnell wieder verlassen möchte. Aber hier leben nein danke, gilt für den IG-Farben-Campus. Eine Universität sollte ein Ort sein, an dem es Raum und Zeit für kritische Auseinandersetzungen gibt, eine Universität, wo man gerne mit Freundinnen und Freunden den Tag verbringt. Eine weitere 08/15 Exzellenzuniversität neben München und Mannheim wie sie Werner Müller Esterl will, braucht keiner.

Wegfall der Kritischen Theorie

Max Horkheimer, übrigens der ehemalige Rektor der Uni Frankfurt, hielt in seiner programmatischen Schrift über die Bedeutung der Kritischen Theorie in Frankfurt fest: „Die Kritische Theorie hat das Glück aller Individuen zum Ziel und verträgt sich nicht, anders als es bei den wissenschaftlichen Dienern des autoritären und faschistischen Staates der Fall ist mit dem Fortbestand des Elends. Die Kritische Theorie strebt nach einem gesellschaftlichen Zustand ohne Ausbeutung und Unterdrückung, in dem tatsächlich ein umgreifendes Subjekt, das heißt die selbstbewusste Mensch-

heit existiert. Das Ziel der Kritischen Theorie orientiert sich an der Idee einer künftigen Gesellschaft als der Gemeinschaft freier Menschen, wie sie bei den vorhandenen technischen Mitteln möglich ist, ein Gehalt, dem bei allen Veränderungen die Treue zu wahren ist.“

Auf dem neuen Campus, so wie er derzeit geplant ist, sind nicht nur die Studienbedingungen scheiße, es fehlen nicht nur die studentischen Freiräume, auch die Kritische Theorie wird verschwinden. Für kritische Wissenschaft braucht es auch die entsprechenden Studienbedingungen, die Einheit von Studium und Forschung, die Möglichkeit sich fernab des universitären Alltagstrotts zu bilden. Das Elend existiert weiter. Deshalb: wenn schon ein neuer Campus gebaut wird, dann muss er auch besser sein. Besser für die Studierenden, die Mitarbeiter_innen und die Professor_innen, nicht fotogener für die Hochglanzbroschüren des Präsidiums. Wenn das Präsidium unfähig ist sich dem Hochschulpakt der Landesregierung entgegen zu stellen, der die Uni kaputt spart und auch beim Umzug zu Einsparungen geführt hat, wenn das Präsidium unfähig ist den Umzug ansatzweise zu organisieren, wenn die Fachbereiche nicht fähig sind sich dem Präsidium entgegen zu stellen, dann müssen wir uns selbst organisieren. Es gibt kein richtiges Leben auf dem falschen Campus. Schaffen wir uns selbst eins.

Max, Student der Rechtswissenschaften und Politikwissenschaften

Mieten ja watt denn?!

Ein kleines Zimmer in Frankfurt, am Besten in einer coolen WG, recht zentral, vielleicht sogar in den eher angesagteren Stadtvierteln, gut angebunden an die öffentlichen Verkehrsmittel und das Ganze dann so für 250 Euro monatlich. Das sind die utopischen Vorstellungen vieler gewesen, bevor sie sich der harten Realität auf dem Wohnungsmarkt in Frankfurt stellen mussten. Mit Standardmieten von 300 bis 400 Euro für ein kleines Zimmer in Frankfurt rechnet kaum ein_e Student_in, der oder die nach Frankfurt zum Studieren kommt. Bezahlbarer Wohnraum in Frankfurt – Fehlanzeige. Wird doch ein kleines Zimmerchen zu erschwinglichem Preis gefunden, reden die meisten von einem Glücksfall.

Der Frankfurter Wohnungsmarkt gleicht einer Lotterie.

Die Nachfrage bestimmt hier den Preis, so lauten viele Rechtfertigungsversuche der Verantwortlichen. Frankfurt ist eine attraktive internationale Stadt. Mit Unmengen an Jobs ist die Metropole in der Rhein-Main-Region der Standort für Handel und Finanzen. Also alles kein Wunder, sondern logische Konsequenz basierend auf marktorientierten Vorstellungen. Und wenn die Nachfrage das Angebot bestimmt, dann scheint es nur normal, dass es hier so wenig Wohnraum gibt und der dann auch noch so teuer ist.

Für die Attraktivität Frankfurts wird hier in der Stadt auch so einiges getan. So werden ganze Stadtviertel nacheinander ‚aufgewertet‘. Unter dem Schlagwort Gentrifizierung werden luxuriöse Wohnprojekte, hochpreisige Immobilien, teilweise neue Straßenzüge in die Viertel gepflanzt, um ein zahlungskräftiges Publikum in den Stadtkern zu locken. Von diesen Maßnahmen wird auf lange Sicht kein Stadtviertel, das an den Stadtkern anschließt, verschont bleiben.

und wollen, in die Randgebiete der Stadt. Das Problem ist daher nicht, dass nicht genug gebaut wird, sondern für wen gebaut wird.

Denn überall in der Stadt wird gebaut. Hier ein Hochhaus und dort noch eins, die Skyline verändert sich fast minütlich. Derzeit gibt es fast 2 Millionen Quadratmeter Leerstand an rentablen Büroflächen, und dennoch schießen weiterhin neue Bürogebäude wie Pilze aus dem Boden.

An diesem teuren Boden scheitert dann auch der Bau der vom Land Hessen subventionierten Miethäuser. Selbst das Land kann sich das nicht leisten. Ein privater Investor muss her und sogenannte PPP Projekte, Privat-Public-Partnership-Projekte, sind das Resultat. Aber für die Investoren stehen privatwirtschaftliche Interessen im Vordergrund, und so ist auch der spärlich gesäte und vermeintlich geförderte Wohnungsbau keine Alternative für viele Menschen, die sich ein Leben in Frankfurt schlichtweg nicht mehr leisten können.

Exemplarisch ist dies an sogenannten Studierendenwohnheimen zu sehen, wie beispielsweise auf dem Campus Riedberg, dem gerade erst fertig gestellten ‚Headquarter‘ in Bockenheim Ecke Schloßstraße/Adalbertstraße oder dem neuen Projekt am Uni-Klinikum. Überall sind Mietpreise zwischen 400 und 600 Euro für ein Ein-Zimmer-Appartement veranschlagt.

Sicherlich gibt es einige Studierende, die sich diese Preise leisten können – aber sicherlich sind das nur die Wenigsten. Das durchschnittliche Einkommen einer_s Studierenden liegt unter 800 Euro, der BAföG Höchstsatz beträgt gerade mal 670 Euro. Frankfurt hat derzeit 53000 Studierende, auf die insgesamt 3615 Wohnheimplätze kommen. Davon vergibt das Studentenwerk Frankfurt gerade mal 1850 und ist mit Mieten zwischen 250 und 350 Euro pro Zimmer noch der günstigste Anbieter in Frankfurt.

Derzeit stehen beim Studentenwerk mehr als 1200 Studierende auf der Warteliste bei erwarteten 340 Plätzen, die dieses Semester frei werden. Bereits seit September hat das Studentenwerk einen Aufnahmestopp verhängt, da sie der Nachfrage nicht ansatzweise gerecht werden können. Umso tragischer, wenn

bereits bestehende Wohnheime wie auf dem Campus Bockenheim prestigeträchtigen Stadtprojekten wie dem ‚Kultur Campus‘ weichen müssen.

Wie eng die Hochschule mit dem Prestigedanken der Stadt verknüpft ist, wird vor allem durch den Umzug der Universität von Bockenheim auf den IG Farben Campus im Westend deutlich. Erhaben auf einer Anhöhe thront der neue Campus. Fast erschlagen einen die kubischen und machtvoll wirkenden Gebäude, die wie Festungen das studentische Leben zu verunmöglichen scheinen. Denn Schwarze Bretter, Lern-Ecken, Orte des Austauschs und Raum für selbstverwaltete Strukturen wie Cafés oder ein Eltern-Kind-Raum sind nicht Teil des Konzeptes der Goethe Universität des 21. Jahrhunderts in Frankfurt. Eine integrative Idee von Stadtteil und Universität von Lehren, Lernen und Leben, wie sie unter Ferdinand Kramer, dem Architekten

der funktionalen Gebäude auf dem Campus Bockenheim, noch mitgedacht wurde, findet sich auf dem neuen Campus nicht mehr. Auch die seit Jahren von vielen Studierenden geforderte angemessene Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit des Poelzig Gebäudes, das dem IG-Farben-Konzern, Teil der Vernichtungsmaschinerie im Dritten Reich, als Verwaltungsgebäude diente, stößt angesichts der Prestigeidee des Universitätsapparates auf taube Ohren.



Das Gallus wird durch das Europaviertel verschönert, das Gutleut durch den Westhafen und im Ostend entsteht rund um die neue EZB attraktiver und luxuriöser Wohnraum.

Daraus folgt eine stetige Erhöhung der Mieten in den jeweiligen Stadtvierteln, legitimiert durch das vermeintlich der Transparenz dienende Mittel des Mietspiegels. Das Resultat: die Verdrängung von Menschen, die sich das nicht mehr leisten können

Ausgerichtet auf weit weniger Studierende als noch zu Planungsbeginn – weit, weit weniger als heute - wird Raum zur Mangelware, der dann auch noch durch das universitäre Tochterunternehmen ‚Campusevice‘ als Veranstaltungsort und zu Werbezwecken privatwirtschaftlicher Unternehmen vermarktet wird.

Das Antlitz der Universität passt nicht zur chronischen Unterfinanzierung der Lehre und wirkt angesichts steigender Studierendenzahlen, überfüllten Seminaren und einer völlig unzureichenden Betreuung der Studierenden fast schon lächerlich.

Dem Ausverkauf des alten Campus-Geländes in Bockenheim, das zukünftig Teil der Frankfurter Hochkultur werden soll, stehen aber auch viele Menschen entgegen. Mit Stadtteilinitiativen wollen sich die Anwohner_innen gegen ein aufoktroiertes Konzept der Stadt wehren und stehen für selbstverwaltete Räume und mehr Entscheidungsmacht der Bürger_innen ein.

Gekämpft wird seit Januar diesen Jahres auch um das ‚Institut für Vergleichende Irrelevanz‘ (IVI) im Kettenhofweg 130, das nach mehr als zehn Jahren erfolgreicher Besetzung vielleicht vor dem ‚Aus‘ steht. Das selbstverwaltete Kultur- und Wohnprojekt, das das kulturelle und wissenschaftliche Leben am und um den Campus herum mitgestaltet hat, wurde Anfang diesen Jahres heimlich vom Universitätspräsidium an die Immobilienfirma Franconofurt verschertelt. Mit rechtlichen Mitteln und Gewaltandrohung versucht die Immobilienfirma nun ihr vermeintliches Recht durchzusetzen, um so der Umgestaltung einer Universität, einer Stadt Vorschub zu leisten.

Die Folgen dieser Politik rund um den Campus, rund um die Stadt haben die Studierenden und andere marginalisierte und finanziell schwächer gestellte Menschen zu tragen. Die Interessenpolitik der Verantwortlichen geht an den Interessen derer, die in dieser Stadt arbeiten, studieren und wohnen müssen und wollen vorbei.

Der AStA der Universität Frankfurt fordert daher ein radikales Umdenken der Stadtpolitik, orientiert an den Interessen der Bewohner_innen dieser Stadt.
Das bedeutet:

Ausbau von Wohnheimplätzen für Studierende, sozialverträgliche Mieten im ganzen Stadtgebiet und den Erhalt von selbstgestaltetem und selbstverwaltetem Wohn- und Kulturraum.

Deshalb ist der AStA auch weiterhin solidarisch mit der Verteidigung des Kultur- und Wohnprojekts IVI, der Forderung nach bezahlbarem Wohnraum und dem Erhalt studentischer Freiräume wie dem TuCa, anderen Fachschaftscafés oder dem Eltern-Kind-Raum.

Denn es geht um mich, um dich, um uns!

Anja Engelhorn



Auf Grund der schwierigen Situation für Studierende, bezahlbaren Wohnraum in Frankfurt zu finden, hat der AStA auch dieses Jahr wieder das Studierendenhaus in der Woche vom 08. bis 14. Oktober für jene Studierenden geöffnet, die noch kein Zimmer zu Semesterbeginn gefunden hatten. Eingebunden in ein politisches Rahmenprogramm, das durch studentische und bürgerliche Initiativen getragen wurde, konnten wir im Zusammenhang mit einer gelungenen Pressearbeit das Thema ‚Wohnungsnot in Frankfurt‘ wieder in die Öffentlichkeit tragen. Teil dieser Aktion waren die Initiative Bockenheim, die Initiative Haus der Kulturen, die Campus-Antifa, das IVI, das Haus Mainusch aus Mainz, die Obere Austraße aus Mainz und das Café KoZ im Studierendenhaus.

Ein ganz besonderer Dank geht an die Mitarbeiter_innen der Pforte im Studierendenhaus, die mit ihrer Bereitschaft einer ‚Rundumbetreuung‘ die Aktion erst möglich gemacht haben. In dieser Woche haben mehr als 30 Menschen in unseren KRäumen auf Feldbetten genächtigt. Die Stimmung war trotz der prekären Lage der Studierenden gut. Sie konnten sich an der Uni und in der Stadt einleben und Selbstorganisation mit der ersten Woche ihres Studienalltags praktizieren ;) Danke an alle, die durch ihre Mithilfe und Gestaltung aus dieser Woche ein unvergessliches Ereignis gemacht haben.

Studentisches Wohnen in Bockenheim.

Was hat das mit dem Stadtteil und seinen Perspektiven zu tun?

Stellungnahme der Initiative Zukunft Bockenheim / Stadtteilbüro Bockenheim / Leipziger Straße 91 anlässlich der Kampagne „Mieten ja wat denn“ im Oktober 2012

1. Versorgung mit Wohnheimen und die Entwicklung von Angeboten für studentisches Wohnen.

In Frankfurt a.M. gibt es 29 Wohnheime für Studierende, die insgesamt 3.614 Wohnheimplätze ergeben. Bei 51.631 Studierenden ergibt das eine Unterbringungsquote von 7,0 %. Unstrittig ist die WohnNotsituation von Studierenden bundes-, landes- und stadtweit.

Von den 29 Studentenwohnheimen in Frankfurt, die statistisch 2011 ausgewiesen wurden, befinden sich eine beträchtliche Zahl in Bockenheim und Westend. Die Standorte der überwiegend vom Studentenwerk in Bockenheim verwalteten Wohnheime sind die folgenden, die Anzahl der Plätze sind in Klammern angegeben.

Beethovenplatz 4 (37), Bockenheimer Landstraße 135 (82), Fröbelstraße 6 - 8 (36), Ginnheimer Landstraße 40 (286), Ginnheimer Landstraße 42 (445), Homburger Straße 30 (22), Jügelstraße 1 (60), Kleine Seestraße 11 (25), Schloßstraße 119 (41).

Das sind immerhin insgesamt 1034 Wohnheimplätze, die alleine vom Studentenwerk in Bockenheim angeboten werden. Die Preise bewegen sich von 220 bis 380 Euro, je nach Ausstattung und Größe (Gesamtmiete). Die Wohnform in den kleineren Häusern ist überwiegend die der WG, auch in den großen Häusern

Sinn des Betreibens der Wohnheime besteht im Anspruch möglichst vielen Menschen unabhängig vom Einkommen der Eltern die Möglichkeit eines Studiums zu geben, bzw. Studienhemmnisse zu beseitigen. Die Wohnheime entlasten den Wohnungsmarkt im Stadtteil dadurch, dass zumindest ein Teil der Studierenden sich hier versorgen kann und nicht in Konkurrenz um den günstigen Wohnraum im Stadtteil (soweit überhaupt noch vorhanden) treten muss.

2. Studierende in Bockenheim und soziale Mischung.

Bockenheim hat etwa 33 000 Einwohner_innen (Statistik 2010). 2848 dieser Einwohner_innen sind zwischen 18 und 25 Jahren alt, 8380 Personen fallen in die Altersgruppe der 25 bis 35-jährigen. Alleine die über tausend Studierenden in den Wohnheimen in Bockenheim / Westend (Beethovenplatz) machen einen großen Anteil der Menschen in diesen Altersgruppen aus.

Viele Studierende leben außerdem hier in noch günstigen Altbauwohnungen, oft auch in Wohngemeinschaften. Die Studierenden prägen den Stadtteil sehr stark mit und tragen zu der guten sozialen Mischung des Stadtteils ganz erheblich bei. Der Umzug der Universität bedeutet nicht, dass die Studierenden den Stadtteil verlassen. Die geografische Nähe zum Campus Westend und die noch mal wesentlich höheren Mieten im Westend machen Bockenheim nach wie vor zum „natürlichen Wohnort“ der Studierenden. Der sozialen Intaktheit des Stadtteils würde dies auch guttun. Das Funktionieren einer Stadtteilgesellschaft hängt vor allen Dingen von einer guten sozialen und demografischen Mischung ab. Die Studierenden gehören jedoch auch mit zu den Gruppen im Stadtteil, die durch Sanierung und Modernisierung und durch die „Aufwertung“ des Stadtteils, unter anderem durch den Mietspiegel der Stadt, verdrängt werden. Mit dem Mietspiegel 2010 wurden durch die Stadt Frankfurt zwei neue Innenstadtlagen 1 und 2 eingeführt. Mit spekulativen Aufschlägen, ohne jede Gegenleistung seitens der Vermieter von 1,29 Euro und 2,40 Euro wird die Gentrifizierung, die auch eine Verdrängung der Studierenden in diesen Gebieten mit sich bringt, vorangetrieben. Gleichzeitig weist Bockenheim eine unterdurchschnittliche Versorgung mit Wohnbauten aus dem sozialen Wohnungsbau auf.

3. Ausblick auf die Studierenden der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst.

Auch wenn der Prozess des Umzugs der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst auf den Campus Bockenheim selbst in der Planung nur schleppend vorankommt, ist mittelfristig damit zu rechnen, dass ca. 1000 Studierende dieser Hochschule in Bockenheim studieren werden. Sowohl die Studierenden der Goethe Universität, wie auch der HfMDK brauchen jeden Wohnheimplatz in Bockenheim. Der Erhalt aller Wohnheimplätze im Stadtteil Bockenheim und der Erhalt

der beiden Wohnheime auf dem Campus Bockenheim selber, das Wohnheim an der Bockenheimer Landstraße und das Wohnheim im Studierendenhaus, ist dringend notwendig. Beide Bauten der Nachkriegszeit, das Wohnheim auf Bockenheimer Landstraße (Kramerbau von 1956) und die Wohnheimplätze im Studierendenhaus stehen unter Denkmalschutz. Dessen ungeachtet standen sie seit 2004 (Rahmenplan Campus Bockenheim) auf der Abrissliste der Stadtplanung. Nach langen Auseinandersetzungen wurde der Erhalt des Studierendenhauses und der darin befindlichen Kita und der Wohnheimplätze zugesagt. An der Bockenheimer Landstraße ist der Abriss noch nicht abgewendet, sondern eine geschätzte politische Option.

an der Ginnheimer Landstraße sind etwa zu einem Drittel 3er und 4er WGs möglich. Die Zimmer haben teilweise nur 10 m². Neben den Angeboten des Studentenwerks finden sich auch noch Wohnheimplätze anderer Anbieter, wie dem Betreiber/Eigentümer Verein „Azania e.V.“ in der Friesengasse 23-25. Pro Wohnheimplatz werden hier 250 Euro warm gezahlt. Die 20 Plätze befinden sich alle in WGs.

Diese Wohnheime, die klar als Wohnheime deklariert sind, also zur Bedingung des Wohnens in dem Wohnheim das Studium / Immatrikulation haben, bewegen sich wie der Soziale Wohnungsbau außerhalb der Preisfindung über den freien Wohnungsmarkt und Angebot und Nachfrage auf dem zur Zeit angeheizten Wohnungsmarkt. Die Mieten sind Kostenmieten. Der



4. Privater Wohnungsmarkt für Studierende auf neuen Wegen.

Die Kategorie Wohnheime: Von „Smart Living“ zu „Headquarter“ über A“park“ments und Quartier etc. zum „MicroLiving“
Seit der Immobilienmarkt boomt und das Interesse an Anlagen in Betongold zunimmt, hat sich das Investieren in Gebäude, die im Planungszustand noch Studentenwohnheime hießen und jetzt in Bauten des Microliving umbenannt wurden, stürmisch entwickelt. In Bockenheim wurde eine richtige Bresche geschlagen. Nachdem der Stadtteil in den letzten Jahren überwiegend in Lückenbebauung mit Eigentumswohnungen bebaut wurde, sind nun drei neue Miet-Bauten entstanden, die so beworben werden:
„Moderne Micro-Apartments in Frankfurt am Main / Bockenheim
□ Ideal für Singles, Pendler, Berufseinsteiger und Studenten
□ Building Green for a sustainable Lifestyle
Microliving steht für einen modernen, fortschrittlichen Lifestyle. Das Konzept hat sich in Weltmetropolen wie New York, Hong-Kong oder auch London längst durchgesetzt. Zentrales, möbliertes Wohnen zu einem bezahlbaren Preis.“

Der „bezahlbare Preis“ besteht im Schnitt bei einem unteren Preis von 480 Euro bei 20 m². (A“parc“ments), 450 Euro für 17 bis 18 m² im „Headquarter“ in der Adalbertstraße (bis 610 Euro / Listenpreis).

Hier sind nun insgesamt 609 neue Wohneinheiten in den letzten beiden Jahren in Bockenheim entstanden, die als Studentenwohnheime angekündigt, jetzt auch auf dem Markt der Berufspendler und sogenannten Arbeitsnomaden angeboten werden. Neben dem Preis unterscheidet dieses Microliving sich von den bisherigen studentischen Lebensformen in Wohnheimen und WGs dadurch, dass ein Kontakt der Menschen miteinander, die dort leben, nicht vorgesehen ist. Es gibt nur Einzelappartements, die Ausstattung ist hier komplett vorgegeben. Miniküche, Minibad inklusive. Studierende mit Eltern mit hohem Einkommen und der hohe Anteil der Pendler in die Stadt Frankfurt wird hier für Abnahme sorgen. Durch diese Bau- und Wohnformen entsteht keine soziale Kultur und keine Nachbarschaft in den Stadtteilen. Hier werden Ghettos für Gutverdiener und von Haus aus gut versorgte Studierende geschaffen. Wie die FAZ anmerkte: „Appartements mit Gleisanschluss“ – das ist aber erst mal der einzige Anschluss. Der Kritik an diesen Bauten wird entgegengehalten, so sei doch wenigstens ein Teil der Studierenden (eben die, die sich das leisten könnten) versorgt und könne mit den anderen Studierenden nicht in Konkurrenz um die billigen Plätze treten. Aber: Es gibt keine Konkurrenz, weil günstiger Wohnraum gar nicht entsteht, sondern nur diese teuren Investmentobjekte.

Unsere Kritik richtet sich dagegen, dass der Wohnraum für Studierende zum Spekulationsobjekt wird, weil die öffentliche Hand hier zu wenig tut. Der Rückzug der Öffentlichen Bauherren aus dem Bau von Studentenwohnheimen ist ein Rückzug aus der Chancengleichheit in der Bildung für Bürger_innen unterschiedlicher sozialer Schichten. Eine günstige Wohnraumversorgung ist nicht im Interesse von Privatinvestoren. Hier wird jetzt investiert und eine hohe Rendite erzielt. Es geht nicht um Versorgung. Diese Immobilienform löst die Wohnungsnot gar nicht.

Die drei neuen Wohnanlagen mit ihren 609 Wohneinheiten folgen dem neuen Trend in der Stadtentwicklung nach Veränderung der Stadtteile in Richtung Entmischung und bedeuten die feine Ausgrenzung von Studierenden ohne wohl situierten Hintergrund. Die Chancengleichheit der Studienbedingungen ist ohne das Angebot von bezahlbarem Wohnraum um einen weiteren existentiellen Schritt zurückgenommen. Neben dem Bau von Eigentumswohnungen – die verstärkt in Bockenheim geschaffen werden und die häufig auch lediglich als Anlageobjekte im gegenwärtigen Immobilienhype gebaut werden und wo Investmentgesichtspunkte und nicht Versorgungsgesichtspunkte die wesentliche Rolle spielen – entstehen mit diesen neuen Immobilienformen Wohnformen, die in einer Zwischenzone zwischen Hotels, Pensionen und Boarding Häusern (die ebenfalls temporäres Wohnen bedienen) und Mietswohnhäusern zu positionieren sind. Auf engem Raum als Zweitwohnung oder auch als Erstwohnung temporär genutzt (oft auch über Firmen angemietet), wird hier überwiegend kein wirklicher Wohn- und Sozialbezug entstehen. Auch eine Doppelnutzung

der Appartements ist durchaus möglich (diese Option ist auch mit einem Mietzuschlag z.B. bei Headquarter bei den „größeren“ Appartements möglich) eine moderne Form des Bettgängers bei vermeintlich gutbezahlten Angestellten, wo aber auch oft der Schein trügt. Auch im Banken- und Dienstleistungsbereich gibt es zahlreiche prekäre Arbeitsverhältnisse.

Mit dem Angebot an teuren Singlewohnungen setzt sich der Trend in Bockenheim fort: statistisch sichtbar im Ansteigen des Einkommens pro Vollzeitbeschäftigter_m. Den „Bockenheimern“ geht es nicht finanziell besser, sondern die unteren und mittleren Einkommenbezieher_innen werden verdrängt. Ökonomisch kommt hinzu, dass die Mieten bei den „normalen“ Studentenwohnheimen, ebenso wie die Mieten des Sozialen Wohnungsbaus nicht in die Findung des Mietspiegels Frankfurt einfließen. Nachfragen beim Wohnungsamt ergaben, dass diese Anlagen in den Mietspiegel einfließen können. Da die Quadratmeterpreise, mit 20 Euro beginnend, weit über den Mietspiegelpreisen liegen, werden diese neuen Bauten zumindest im gegenwärtigen System der Mietspiegel mit 600 Wohneinheiten durchaus ins Gewicht fallen. Auch so tragen sie zur Entmischung der sozialen Struktur des Stadtteils bei.

5. Fazit

Bockenheim als Wohnort von Studierenden zu erhalten macht Sinn für Studierende wie für die Bevölkerungsstruktur in Bockenheim insgesamt.

Die Wohnheime in Bockenheim müssen alle erhalten bleiben. Kein Abriss von Wohnheimen!

Engagement der öffentlichen Hand in Stadt und Land zur Erstellung weiterer Wohnheimplätze.

Fördermittel für Bauherren müssen an Preisbindungen / Kostenmiete gebunden werden.

Auf dem Campus Bockenheim muss in hohem Umfang (50 Prozent) sozialer Wohnungsbau entstehen, um die entstehende Verdrängung und Segregation im Stadtteil zu verhindern.

www.zukunft-bockenheim.de / kontakt@zukunft-bockenheim.de

Anregende Zitate der websites der Lifestyle Wohnheime:

Study and style.

„Das ging uns nicht mehr aus dem Kopf. Wir wollten das „Studentenwohnheim“ neu definieren und haben es auch getan. Mit dem HEADQUARTER in Frankfurt entsteht ein besonderer und angesagter Lebensraum für gute Köpfe, die urban, stylisch und funktional wohnen wollen. Mit 264 voll ausgestatteten Appartements, Community Places, modernen Aufzugsanlagen und Serviceleistungen. Und das alles für eine faire Flatrate und in bester Gesellschaft: Gute Köpfe unter einem Dach.“

Only City.

„Das erstgeborene HEADQUARTER ist genauso ein Stadtkind wie die folgenden geplanten Standorte auch. Denn welcher Student will nicht Tür an Tür mit der Uni und allen anderen Annehmlichkeiten leben, die eine Stadt zu bieten hat? Stadtrandzonen, in denen um 18.00 Uhr der Bürgersteig „hochgeklappt“ wird, sind für HEADQUARTER keine Location.“

Emil Behr – Briefzeugenschaft vor/aus/nach Auschwitz

Eine Ausstellung im Museum Judengasse vom 30. November 2012 bis zum 31. März 2013

Im Wintersemester 2010/2011 fand ein Seminar mit dem Titel „Zeugenschaft zwischen Theorie und Ausstellungspraxis“ an der Goethe Universität, unter der Leitung von Jesko Bender und Monique Behr statt. Nach Lektüren von Theorien zu Shoah und Zeugenschaft ging es in der zweijährigen Arbeit darum, gemeinschaftlich aus einer Sammlung von Briefen, aus den Jahren 1938-1959 eine Ausstellung zu konzipieren, die den Prozess der Zeugenschaft mit ausstellt.

Vor wenigen Jahren fand die Enkelin von Emil Behr (1900–1983) in einer Kiste einen Ordner mit der lapidaren Aufschrift „Angestelltenvertrag; KZ-Haft“. Darin enthalten waren Dutzende von Briefen, durch die sie das Schicksal ihrer Familie im „Dritten Reich“ nachvollziehen konnte. Im Zentrum der Ausstellung, welche im Museum Judengasse stattfinden wird, steht das Leben ihres jüdischen Großvaters Emil Behr von seinem 38. Lebensjahr an. 1938 wurde er im Zuge der Pogrome in Dachau interniert. Er arbeitete in einem jüdischen Altersheim und wurde, nach einer Klage gegen die Reichsvereinigung, bei der er versuchte sein ausstehendes Gehalt einzuklagen, 1944 nach Auschwitz deportiert. Er überlebte und trat später als Zeuge in den Voruntersuchungen zum Frankfurter Auschwitzprozess auf. Neben neun erhaltenen Briefen von Emil Behr aus Auschwitz werden weitere Briefe und Dokumente aus dem umfangreichen Konvolut ausgestellt. Zu den Dokumenten gehört auch das Vernehmungsprotokoll des Auschwitz Prozesses, welches in der Konzeption der Ausstellung eine wichtige Position einnimmt, da es sowohl dabei hilft Lücken in der Rekonstruktion Emil Behrs Geschichte zu schließen, gleichzeitig jedoch ein problematisches Dokument ist, da es die Situation des Verhörs mit abbildet.

Eine Ausstellung eröffnet temporär einen Raum, in welchem meist Exponate gezeigt und damit etwas tradiert, erfahrbar gemacht und vermittelt wird. Nicht zwingend wird auf die Bedingung dieser Möglichkeit, die immanenten Grenzen und Widersprüche reflektiert. Die Ausstellung: Emil Behr. Briefzeugenschaft vor, aus, nach Auschwitz fußt nicht nur auf der Materialität der Briefe aus dem Nachlass von Emil Behr, sondern auch auf dem Versuch das Moment der Erzählung, welches jeder Ausstellung innewohnt, offenzulegen. Zu allen Stationen der Ausstellung sind Hörstücke produziert worden. Die Hörstücke sind integraler Bestandteil der Ausstellungskonzeption. Sie überschreiten die Grenzen des Ausstellungsraumes, in einen akustischen, virtuellen, gegenwärtigen und subjektiv-imaginativen Raum hinein. Das gesamte Hörspiel ist auch jenseits der Ausstellung abrufbar:

www.briefzeugenschaft.de

Die Hörstücke sollen eine Szene der Zeugenschaft inszenieren und wiederholen die Grundvorgehensweise der Ausstellung selbst. Der Versuch neue Formen der Erinnerung und Umgangsweisen mit historischem Material zu finden, erschöpft sich keinesfalls in Kontextualisierungen oder kommentierenden Ergänzungen zu den historischen Dokumenten. Stattdessen wird konsequent der nachträgliche Blick auf das ausgestellte Material thematisiert: der Ballast an Wissen, eigene Vorurteile, Unsicherheiten sowie Fragen und unlösbare Momente im Versuch zu Begreifen. So verschiebt sich die Szene der Zeugenschaft und reflektiert das Bezeugen selbst; sie wird zu einer reflexiven Kategorie.

Die namenlosen Stimmen aus dem Hörspiel sind von Problemen mit dem Material an- und umgetrieben. Sie reflektieren, spitzen zu, halten aus, verwerfen und scheitern. Die Stimmen

sind nicht in Gänze mit den Ausstellungsmachenden identisch, sie sind bearbeitet, Authentizität, dort wo sie entsteht, konstruiert.

Aus der ursprünglichen Kommentar-Ebene, so der Arbeitstitel, ist das Hörspiel entstanden, welches über die Idee, die kuratorischen Diskussionen zum Kommentar zu machen hinausgeht. Welchen Umgang und welche Möglichkeiten diese Hörstücke in der Rezeption der Ausstellung bieten wird sich zeigen und sich, so hofft das Kurator_innenteam, im virtuellen Raum fortsetzen.

Ein Begleitprogramm zu der Ausstellung Emil Behr – Briefzeugenschaft vor, aus, nach Auschwitz kann der Homepage des Jüdischen Museums entnommen werden. Das Kurator_innenteam freut sich über Euren Besuch.



Das Nachkriegs-kino in Deutschland. Reflexionen des beschädigten Lebens?

Bericht zur Tagung „Das Nachkriegskino in Deutschland. Reflexionen des beschädigten Lebens?“ vom 6.-8. Juli 2012, gefördert vom AStA der Goethe-Universität

Das Nachkriegskino in Deutschland zwischen 1946 und 1960 fiel weitaus facettenreicher aus, als es gemeinhin unter dem Label der biederen Heimatromanze und der seichten Komödie geführt wird. 22 Wissenschaftler aus Deutschland, Österreich, England und den USA diskutierten hierzu auf der Tagung „Das Nachkriegskino in Deutschland. Reflexionen des beschädigten Lebens?“ und stellten in ihren Forschungsberichten und Analysen einerseits schwer zugängliche, weil kaum distributierte Produktionen, der Nachkriegsjahre andererseits Re-Lektüren bekannter und populärer Filme vor. War das Unterhaltungskino der frühen Nachkriegsjahre tatsächlich ausschließlich ein Ort der Verdrängung und Flucht aus dem Alltag oder manifestiert die Verweigerung des Nachkriegskinos Reflexionen über die zeitgenössische soziale Realität zu fokussieren, nicht eine Leerstelle, die im historischen Rückblick gerade als aufschlussreicher Spiegel der Zeit gelesen werden kann.

Die eingeladenen Vorträge deckten das breite Spektrum von der Diskussion über die Schuldfrage im Film, die Figuren des Selbstmords in den Mischehe-Filmen, die aktuelle Wiederverwertung der dokumentarischen Aufnahmen der KZ-Lagerbefreiungen, bis über die neorealistischen Filme über das proklamierte Jahr Null ab und initiierten damit produktive Diskussionen. Zum einen widmete sich eine Gruppe der Beiträge in kritischen Analysen den ersten Nachkriegsfilmen, den so genannten Trümmerfilmen, wie etwa Wolfgang Staudtes *DIE MÖRDER SIND UNTER UNS* und den DEFA Produktionen der Nachkriegsjahre. Andere Beiträge widmeten sich dagegen ausführlich dem unvergleichbar erfolgreicherem Genre des westdeutschen Heimatfilms und analysierten dessen regressives Potential, was nach einem Beitrag über den einzigen DEFA-Heimatfilm „Einmal ist Keinmal“ von Konrad Wolf aus dem Jahr 1954 in den Diskussionen zu einem aufschlussreichen Vergleich zwischen ost- und westdeutscher Heimatideologie der 1950er Jahre führte. Eine weitere Gruppe der Vorträge widmete sich der wohl drängendsten Frage, die an das deutsche Kino nach *JUD SÜß*, nach *KOLBERG* und schließlich nach *Auschwitz* gestellt werden muss: Welchem Schuldverständnis folgten die wenigen cineastischen Reflexionen nach 1945 über die zurückliegenden Jahre des Rassenwahns und der europaweiten Vernichtung der Juden – dem Verständnis einer Kollektivschuld oder dem Prinzip der individuellen Verantwortung? Die DEFA Produktion *DER RAT DER GÖTTER* (DDR 1950) wurde dahingehend von Matthias Grotkopp aus Berlin untersucht, der das Motiv der kollektiven Scham und die Schuldabwehr Bewegung von einer individuellen Schuld hin zu einer Klassenvereinigenden Schuldzuweisung an die Kapitalisten in dem Film nachzeichnete. Demgegenüber konnte in den Vorträgen zum Westdeutschen Heimatfilm-Genre in den Motiven der Familiengeschichten und deren verdrängten Geheimnissen, Hetzjagden und Vertriebenen-Figuren sozialhistorische Beziehungen hergestellt werden. Der Vortrag über den Film *DIE GOLDENE PEST* (BRD, 1954) von Maja Figge zeigte direkte Bezüge zu antisemitischen Stereotypen der Vor- und Kriegsjahre auf.

In einem eindringlichen Vortrag stellte der Exilfilmforscher und Filmhistoriker Dr. Jan-Christopher Horak unter Verweis auf zahlreiche Quellenfunde einen sozialhistorischen Aspekt in den Mittelpunkt, den die übrigen Beiträge eher umgingen. Er betonte, dass die im Nationalsozialismus zu Erfolg gelangten Filmschaffenden auch in der Nachkriegsära die ökonomischen Realitäten der Kinoindustrie dominierten. Die wenigen reemigrierenden Filmkünstler nach 1945 fanden nicht ein Klima der Reintegration und Aufarbeitung vor, sondern sahen sich einer zweiten Vertreibung ausgesetzt. Dass die Opfer des Holocaust in den deutschen Nachkriegsfilmproduktionen unerwähnt blieben – und darüber hinaus die Repräsentanten der Täter in Opferfiguren umgeschrieben wurden, daran erinnerte Dr. Bernhard Groß aus Bochum in seinem Beitrag. Ausnahmen wie der

von ihm analysierte Film *MORITURI* (D 1947/48), der die Flucht aus einem KZ und den Kampf der Überlebenden im Wald in die Bildkontinuität zu Kriegsbildern vom Ersten Weltkrieg setzte, dessen Rezeptionsgeschichte der von den Reeducation-Filmen wie *DIE TODESMÜHLEN* (1945) gleich kam.

Es ließ sich eine überraschend große Zahl filmwissenschaftlicher, kulturwissenschaftlicher und wirtschaftshistorischer Forschungsdesiderata feststellen, denen, so die übereinstimmende Meinung der Anwesenden, in der Regel in der aktuellen Forschungsliteratur der letzten Jahre deshalb zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde, weil sich die einzelnen Beiträge zu explizit auf exklusive Aspekte des Forschungsfeldes beschränkten. Mit der Analyse der ästhetischen Verwandtschaftsbeziehungen zwischen dem italienischen Neorealismus und dem deutschen Trümmerfilm, der potentiellen Subversivität in der Komik des Unterhaltungsfilms oder mit der Betrachtung der wenigen in Deutschland produzierten ausländischen Produktionen wie Fred Zinnemanns *THE SEARCH* (USA / CH 1948) oder Jacques Tourneurs *BERLIN EXPRESS* (USA 1948) deckte die Tagung die Lücken und Leerstellen nicht nur im zeitgenössischen Fernsehmaterial, sondern auch in der aktuellen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nachkriegskino in Deutschland auf. Bestätigt wurde dieser Eindruck nicht zuletzt durch die Resonanz und das Feedback des Besucherkreises, der nicht nur im Casino der Universität, sondern auch während der begleitenden Kinovorführungen durch das Frankfurter-Filmmuseum die Diskussionen aktiv verfolgte.

Vielen Dank für die Unterstützung des AStA.

Imme Klages (Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft)



Monowitz. Nie gehört? - Zu einer Leerstelle im Gedenken

Vermutlich kennen nur wenige Angehörige der Goethe-Universität die Geschichte des Konzentrationslagers Monowitz. Doch auf dem IG-Farben-Campus zu studieren und zu arbeiten, heißt auch, sich mit der Geschichte dieses Ortes auseinanderzusetzen: Das IG-Farben-Haus ist untrennbar mit Monowitz verbunden.

„Rassenhygiene“, Bücherverbrennungen, Ausschluss jüdischer Studierender und Lehrender aus den Hörsälen: Deutsche Universitäten im Nationalsozialismus integrierten sich nahezu vollständig in die Volksgemeinschaft. Auch die Frankfurter Hochschule hat ihre eigene kaum aufgearbeitete NS-Geschichte.¹

Der Einzug in den ehemaligen Hauptsitz der IG Farben 2001 fordert zusätzlich eine spezifische Form der Reflexion auf diesen Ort. Dennoch wurde eine solche von der Universitätsleitung nicht in den Mittelpunkt des Umgangs mit dem neuen Campus gerückt. Die Form der Auseinandersetzung mit der Geschichte des sogenannten „Campus Westend“ war von Beginn an umkämpft.² Die Geschichte dieser Auseinandersetzung verweist auf die fehlende Bereitschaft, die Vergangenheit des Ortes deutlich sichtbar zu machen.

Eine untrennbare Verbindung

Der IG-Farben-Campus ist als historischer Ort mit einem zweiten Ort untrennbar verbunden: Monowice. Monowice ist heute ein polnisches Dorf und liegt einige Kilometer östlich der Kleinstadt Oświęcim, direkt an einem großen Industriegebiet. An diesem Ort war in den Jahren 1942–1945 das Konzentrationslager Monowitz, das die Baustelle der IG Farben mit Zwangsarbeitern versorgte und zum Lagerkomplex Auschwitz gehörte. Im Hauptverwaltungsgebäude der IG Farben in Frankfurt am Main wurden Entscheidungen getroffen, die unmittelbar Folgen für das (Über)Leben von KZ-Häftlingen in Monowitz und Auschwitz hatten. Der ehemalige Hauptsitz der IG Farben, das von der Universität als „IG-Hochhaus“ bezeichnete Gebäude und das Casino, sind heute fast unverändert erhalten. Recherchiert man dagegen zur Lage in Monowice, stößt man in fast allen Quellen darauf, dass heute nichts mehr aus der Zeit des Konzentrationslagers zu finden sei. Eine Spurensuche in Monowice ermöglicht es, diesem Narrativ etwas entgegenzusetzen.

Geschichte der IG Farben und ihres Konzentrationslagers

Die Interessengemeinschaft Farben AG (IG Farben) wurde 1925 als Zusammenschluss deutscher Chemiekonzerne gegründet, darunter Unternehmen wie AGFA, BASF, Bayer und Hoechst. Seit den 30er Jahren unterhielt die Leitung des neuen Konzerns gute Kontakte zur nationalsozialistischen Führungsriege. Nach innen wurde der Konzern „arisiert“ (1938 waren alle jüdischen Mitarbeiter_innen entlassen), nach außen beteiligte man sich an der Vorbereitung des Krieges. Allerdings greift es zu kurz, von einer bloßen „Verstrickung“ der IG Farben zu sprechen. Der Konzern war nicht nur schlicht Profiteur der nationalsozialistischen Politik, sondern auch aktiv an dieser beteiligt. Die IG Farben spielte für die Kriegswirtschaft eine zentrale Rolle: nicht nur weil sie „kriegswichtige“ Produkte herstellte, sondern weil sie für die angestrebte wirtschaftliche Autarkie Deutschlands in ihrem Wirtschaftssektor sorgen sollte. Die chemische Industrie der im Zuge des Krieges besetzten Gebiete fiel aus diesem Grund an die IG Farben.

1941 sollte die Produktion von Treibstoffen und synthetischem Kautschuk (Buna), etwa zur Bereifung militärischer Fahrzeuge, ausgeweitet werden. Als Bauplatz für das neue Werk wählte man ein Gebiet unweit des Konzentrationslagers Auschwitz in der Nähe des polnischen Dorfes Monowice. Ein entscheidender „Standortfaktor“ war die garantierte Versorgung mit Häftlingen

des Konzentrationslagers als Zwangsarbeiter. Zu Beginn mussten die Häftlinge den Weg zur Baustelle zu Fuß zurücklegen. Die „Bauherren“ stellten jedoch fest, dass der tägliche sieben Kilometer lange Fußmarsch die Häftlinge zu sehr schwächte und damit die Arbeitsproduktivität drückte. Aus diesem Grund begann die Bauleitung in Kooperation mit der SS ab 1942 damit, ein eigenes Konzentrationslager in der Nähe der Baustelle zu errichten. Das Konzentrationslager Monowitz (zeitweise auch „Auschwitz III“) entstand auf den Ruinen des polnischen Dorfes Monowice, das für den Bau zerstört wurde. Die Bewohner_innen des Ortes wurden vertrieben. Den Alltag im Lager regelte die SS, vertraglich war alles mit der IG Farben vereinbart: Für die Häftlinge zahlte die IG Farben pro Tag zwischen drei und vier Reichsmark an die SS – sogar der maximale Krankenstand im Lager war Teil der Übereinkunft. Die Anzahl an Häftlingen schwankte, der Höchststand war Mitte 1944 mit über 10 000 Häftlingen erreicht. Die IG Farben profitierte also nicht nur vom Lagersystem des Nationalsozialismus, sondern beteiligte sich auch aktiv an der „Vernichtung durch Arbeit“. Im Lager und bei der Arbeit herrschten katastrophale Bedingungen. Auch die im Vergleich zu anderen Lagern häufigeren „Selektionen“, die nicht nur von der SS, sondern auch von Mitarbeitern der IG Farben durchgeführt wurden, gehörten zum Alltag in Monowitz. Regelmäßig wurden „arbeitsunfähige“ Häftlinge im nahen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau in den Gaskammern ermordet.

Das Lager wurde am 18. Januar 1945 „evakuiert“: 9000 Gefangene wurden auf sogenannte Todesmärsche gen Westen getrieben. 800 schwer kranke Häftlinge ließ die SS zurück. Die Überlebenden wurden am 27. Januar 1945 von der Roten Armee befreit. Die Zahl der Todesopfer wird heute auf 23–30 000 Menschen geschätzt.

Nach der Niederlage Deutschlands im zweiten Weltkrieg wurde die IG Farben von den West-Alliierten in 29 Firmen zerschlagen (z.B. BASF, Bayer oder Höchst). In der sowjetischen Besatzungszone wurden die Besitzer enteignet. Einzelne Vorstandsmitglieder wurden in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen zu Haftstrafen verurteilt – und bereits zu Beginn der 50er Jahre begnadigt. Norbert Wollheim, ein Überlebender des Lagers Monowitz, klagte 1951 auf Entschädigung. Er gewann in erster Instanz, die IG-Farben-Rechtsnachfolger gingen in Berufung. Man einigte sich schließlich außergerichtlich: Wollheim konnte 30 Mio. DM als Entschädigung für einen Teil der überlebenden Zwangsarbeiter erstreiten. Die IG-Farben-Nachfolger sicherten sich gegen weitere Klagen ab und betonten, dass die Zahlung kein Schuldeingeständnis darstelle.

Monowitz heute: Monowice

Heute erinnert kaum noch etwas an das Konzentrationslager Monowitz. Im Unterschied zum ehemaligen sogenannten „Stammlager“ Auschwitz und dem ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ist Monowitz nicht Teil des Staatlichen Museums Auschwitz. Nach dem Krieg kehrten einige der ehemaligen Bewohner_innen nach Monowice zurück und bauten es, aus nachvollziehbaren Gründen, wieder auf. In dem kleinen Dorf geht das Leben weiter. Doch auch wenn immer wieder darauf verwiesen wird, dass es dort nichts mehr zu sehen gäbe, so kann eine Spurensuche etwas zu Tage fördern.

Biegt man in die kleine Straße ein, die zum Dorf führt, sind die Stehbunker, die den ehemaligen Lagereingang anzeigen, nicht zu übersehen. Unsichtbarer dagegen ist die „Blockführerstube“, die heute als Wohnhaus genutzt wird. Der Blockführer, Mitglied der SS, hielt u.a. die Appelle ab und ordnete die Häftlinge den Baracken zu. Im Garten dieses Hauses steht ein grabbewachsener Liegebunker, der die Außengrenze des Lagers markiert. Jeder Wachturm war mit einem Liegebunker ausgestattet, der den Bewacher vor Luftangriffen schützen sollte. Folgt man der Hauptstraße des Dorfs, die auf der ehemaligen Lagerstraße verläuft, fallen einem zwischen den Zäunen die steinernen Zaunpfähle auf: ehemalige Teile der Lagerumzäunung. Zwei weitere

Gebäude des Lagers sind erhalten geblieben: die Schmiede und ein Teil des Häftlingskrankenbaus – beide Häuser sind heute bewohnt. Am Rande des Dorfs, mit unmittelbarem Blick auf das angrenzende Chemiewerk, verfällt eine ehemalige SS-Wohnbaracke. Unweit davon steht noch immer ein großer Bunker der SS. Eine kleine Gedenkstätte in der Dorfmitte weist darauf hin, dass hier zehntausende Menschen ermordet wurden. Zentrum der Stätte ist ein hohes weißes Kreuz. Aufgestellt wurde dieses Mahnmal von den Bewohner_innen des Dorfes und spricht damit die Sprache derer, die gedenken; wenn auch nicht derer, denen gedacht wird.

Das riesige Gelände der ehemaligen IG-Farben-Werke wird heute von verschiedenen Firmen genutzt. Es finden sich weder vor Ort noch in der Forschungsliteratur Angaben darüber, welche Gebäude aus der NS-Zeit stammen. Auffällig ist aber vor allem der Zaun, der weite Teile des Geländes umgrenzt. Die Zaunspitze ist nach innen gebogen und hindert damit nicht daran, von außen in das Industriegelände zu kommen, sondern von innen zu fliehen.

Am Haupteingang des Industriegeländes befindet sich ein offizielles Mahnmal aus den 60er Jahren. Auf einem riesigen Dreieck, das auf die Abzeichen der Häftlinge verweist, steht eine abstrakte Darstellung eines Lagerzauns, an deren Fuß drei gekrümmte Körper liegen. Eine Gedenktafel in den Sprachen Polnisch, Russisch, Englisch und Französisch weist darauf hin, dass 30 000 „political and war prisoners“ an diesem Ort ermordet wurden; das ignoriert, dass die übergroße Mehrheit dieser Ermordeten verfolgt wurden, weil sie jüdisch waren. Anders als auf vergleichbaren Gedenktafeln in Birkenau oder im „Stammlager“, fehlen die Sprachen Hebräisch und Jiddisch.

Monowitz und der IG-Farben-Campus

Im (deutschen) Gedenken stellt Monowitz eine Leerstelle dar. Normalerweise wird Monowitz in das Gedenken an Auschwitz eingemeindet – bemerkenswerterweise trotz bekannter Zeitzeugenberichte wie etwa Primo Levis oder Jean Améry's. Damit wird aber die Eigenständigkeit dieses Lagers unterschätzt, dem ab Ende 1943 die meisten der Nebenlager von Auschwitz unterstanden. In der Dauerausstellung des staatlichen Museums Auschwitz spielen die IG Farben und das Konzentrationslager keine eigenständige Rolle. Die beiden genannten Denkmäler sind weitgehend unbekannt. Im Gespräch mit dem Zeitzeugen Stephan Lipniak antwortete er auf die Frage, was er empfinde angesichts dieser Leerstelle: „Ich bin einfach traurig.“

Um so wichtiger ist es also, die untrennbare Verbindung des IG-Farben-Campus mit Monowitz aufzuzeigen. Dass es hier überhaupt Verweise auf Monowitz gibt, ist einer langen Geschichte von Kämpfen zu verdanken, die von Überlebenden, Studierenden und dem Fritz Bauer Institut geführt wurden – gegen die Universitätsleitung, nicht etwa mit ihr. Bei dem ersten großen Treffen Überlebender 1998 an der Frankfurter Universität äußerten diese den Wunsch, auf dem neuen Campus eine Gedenktafel aufzustellen, die an Monowitz erinnert. Direkt vor dem Haupteingang des IG-Farben-Hauses liegt eine graue Tafel, normalerweise zugeparkt von Fahrrädern. Entgegen dem Wunsch der Überlebenden, sie müsse senkrecht stehen, liegt diese Tafel und kommt so nicht zur Geltung. Die von Überlebenden unterstützte Forderung des Fritz Bauer Instituts, den Grüneburgplatz in Norbert-Wollheim-Platz umzubenennen, blieb folgenlos. Immerhin ist damit über eine geeignete Form des Gedenkens auf dem Campus nachgedacht worden. Entstanden ist daraus das Norbert-Wollheim-Memorial, das explizit den Opfern von Monowitz gedenkt. Es enthält neben den Bildtafeln, die auf dem vorderen Teil des Campus verteilt sind, eine große Zahl an Überlebendenberichten und Zeitzeugeninterviews und bietet damit einen Rahmen, um eine erste Beschäftigung mit der IG Farben und Monowitz zu ermöglichen. Dass die Universitätsleitung sich kaum scheut, die unrühmliche Geschichte dieses Ortes zu ignorieren, zeigt sich nicht zuletzt darin, wie der neue Campus bezeichnet wird: Statt „IG-Farben-Campus“, was immerhin auf die Geschichte des Ortes verwies, wird er „Campus Westend“

genannt. Sogar das IG-Farben-Haus selbst sollte, wäre es nach der Universitätsleitung gegangen, als „Poelzig-Ensemble“ bezeichnet werden. Aber auch jenseits des sprachlichen Umgangs reicht ein kurzer Spaziergang über das Gelände, um zu sehen, dass hier kein Bruch vollzogen wird: die Architektur der neuen Gebäude schmiegt sich ganz explizit an die historischen Vorbilder an.

In absehbarer Zeit wird die Universität Bockenheim verlassen haben und eine weit größere Zahl an Studierenden mit dem IG-Farben-Campus konfrontiert sein. Der „Campus Westend“ wird endgültig zu einem der Hauptstandorte der Frankfurter Universität. Nach wie vor stellt sich die Frage, was es bedeutet, an diesem Ort zu studieren, zu forschen, zu lehren. Dabei gilt es auch in Zukunft darüber nachzudenken, wie man der Verbindung mit Monowitz gerecht werden könnte. Voraussetzung dafür ist, zu wissen, dass sie besteht.

Nikolas Lelle, Julia Müller, Martín Steinhagen

1 Ein seltenes Zeugnis der inneruniversitären Aufarbeitungsgeschichte ist die Ausstellung zur Universität im NS in der Neuen Mensa auf dem Campus Bockenheim, die in den 80er Jahren vom studentischen Arbeitskreis „Uni im Faschismus“ erstellt wurde. Siehe hierzu auch „Ein Vorschlag zur Güte“ von der Initiative Studierender am IG Farben Campus.

2 Einen Überblick bietet der Text „Immer wieder das Gleiche. Zur Geschichte des schönsten Campus Deutschlands“ der Initiative Studierender am IG Farben Campus.

Dieser Artikel entstand im Rahmen der Nachbereitung einer selbstorganisierten Studienreise nach Oświęcim/Auschwitz und Krakau im September 2012, an der Studierende der Goethe-Universität teilnahmen. Die Reise wurde in Kooperation mit der Initiative Studierender am IG Farben Campus und der Lagergemeinschaft Auschwitz durchgeführt. Im Hinblick auf die Geschichte des IG-Farben-Campus lag der Fokus der Studienfahrt auf Monowice/Monowitz. In Krakau standen die Beschäftigung mit Geschichte und Gegenwart jüdischen Lebens und Zeitzeug_innengespräche im Mittelpunkt.

Weiterführendes:

Lexikalischer Artikel zum Lager Buna/Monowitz mit Bibliographie: Monowitz, in: Benz Wolfgang/Distel Barbara (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 5. München, 2007, S. 276–284.

Drei Zeitzeugenberichte: Jean Améry: An den Grenzen des Geistes, in: Ders.: Jenseits von Schuld und Sühne, in: Werke Bd. 2. Stuttgart: 2002

Primo Levi: Ist das ein Mensch? Frankfurt: 1961; Tibor Wohl: Arbeit macht Tod. Frankfurt: 1990.

Video-Interviews mit Überlebenden finden sich im Norbert-Wollheim-Memorial (auch online : <http://www.wollheim-memorial.de/de/ueberlebendeninterviews>).

Zum Umgang der Universität mit der Geschichte des Campus: Texte der Initiative Studierender am IG Farben Campus unter: <http://tinyurl.com/initiative-texte>

Die Lagergemeinschaft Auschwitz bietet zweimal jährlich Studienfahrten nach Auschwitz und Krakau an. Mehr dazu: <http://www.lagergemeinschaft-auschwitz.de>



Stehbunker am ehemaligen Lagereingang
(J., September 2012)



ehemaliger SS-Bunker
(T.S., Oktober 2011)



ehemalige Schmiede
(M.S., September 2012)



verfallende SS-Wohnbarracke am Dorfrand
(T.S., Oktober 2011)

ein Gartenzaun mit Teil der Lagerumzäunung
(S.B., September 2012)



ehemalige Blockführerstube
(M.S., September 2012)



Blick auf das ehemalige IG-Farben-Werk
(J., September 2012)



von den Bewohner_innen eingerichtetes
Mahnmal (T.S., Oktober 2011)



Nazi-Ideologie heute und die Bedeutung der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit

Die NSU-Morde und noch mehr die Zusammenarbeit der Nazis mit staatlichen Behörden, die rassistischen Übergriffe gerade auch aus Reihen der Polizei, die zunehmende Hetze gegen Sinti und Roma oder die Tatsache, dass es Politiker führender Parteien mit rassistischen Pamphleten in die Bestsellerlisten schaffen; der nachweislich sich verschärfende Antisemitismus, sei es in den Debatten um Israel oder angesichts diverser Verschwörungstheorien in Zeiten der Krise oder..., ein wachsender sich als Party-Patriotismus tarnender Nationalismus oder auch der wieder aufkommende Militarismus (Bundeswehr an Schulen und Hochschulen) ... Es lassen sich viele Beispiele finden, die zeigen: Elemente der Nazi-Ideologie sind nicht erledigt, sondern vielfach erschreckend alltäglich.

Umso wichtiger ist die Auseinandersetzung mit dieser Ideologie und das betrifft auch die historische Analyse und die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Es geht dabei nicht um die einfache und zudem falsche Gleichsetzung historischer Geschehnisse mit aktuellen. Allerdings will der Gedanke nicht verschwinden, dass man angesichts dessen, was passiert ist, doch schlauer sein könnte – oder das andernfalls nicht sein will.

Die historische Analyse und Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie und der Geschichte ist folglich nach wie vor wichtig. Die an der Goethe-Universität gegründete „Forschungsstelle NS-Pädagogik“, die von Apl. Prof. Dr. Benjamin Ortmeier und Prof. Dr. Micha Brumlik geleitet wird, widmet sich dieser Aufgabe mit dem besonderen Fokus auf der Frage der Vermittlung und Wirkungsweise dieser Ideologie. Ein Grundgedanke der Forschungsstelle ist es Forschung und Lehre stärker zu verbinden und Studierende direkter in die Forschungsarbeiten einzubeziehen. Aktuell geht es schwerpunktmäßig um die Analyse der NS-Propaganda anhand von NS-Zeitschriften.

Seit drei Jahren wurde für Studierende, aber auch für die gewerkschaftliche und sonstige Bildungsarbeit an der Goethe-Universität ein Konzept entwickelt, um mit Vorträgen und kurzen Videoausschnitten die Aufklärung über die NS-Zeit zu fördern. Neben der Vermittlung historischen Wissens geht es dabei immer wieder auch um aktuellere Fragen.

Um einen Überblick über die Bandbreite der behandelten Themenbereich zu geben, sind im Folgenden einige Ausschnitte aus dem Angebot der frei zugänglichen Homepage angegeben, auf der sich weitere Materialien finden. (<http://paedagogikundns.wordpress.com/>) Ein Blick in die Vortragskonzepte und die hochgeladenen Video-Ausschnitte lohnt sich allemal.

Katha Rhein

Homepage der Forschungsstelle: <http://forschungsstelle.wordpress.com>

Die folgenden Videos findet man unter: <http://paedagogikundns.wordpress.com/medien/>



Anne Frank

VERNICHTUNG: Berichte über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Europa

Tagebucheintrag Anne Franks vom 9.10.1942 und Mitschnitt einer BBC-Radiosendung vom 24.12.1942:

„Der letzte Akt der Judentragödie beginnt. In Massen wurden die übrig gebliebenen Juden – Greise, Frauen, Kinder – in unbeheizten Viehwagen nach den polnischen Ghettos verfrachtet. Unzählige gingen unterwegs zu Grunde an Erschöpfung und Hunger. Ganze Transportzüge wurden vergast. [...] Millionen Menschen werden ausgerottet.“

(Video, 3:00)



Oberingenieur Faust des IG Farben-Konzerns (Mitte) bei einem gemeinsamen Rundgang mit Himmler (links) über das Auschwitz-Gelände 1941

Zusammenhang zwischen Konzentrations- und Vernichtungslagern

Ausschnitte aus dem Dokumentarfilm „Vernichtung durch Arbeit“ – KZ-Häftlinge: Sklaven für die deutsche Industrie“ (1984):

Im Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz, in dem die Häftlinge Zwangsarbeit für den IG Farben-Konzern verrichten mussten, fanden alle 14 Tage Selektionen durch den Lagerarzt statt. Ein Überlebender berichtet:

„Dieser Arzt sagte aus, er wurde von dem IG Farben-Repräsentanten dazu gedrängt, er möchte öfters Selektionen machen und nur voll arbeitsfähige Häftlinge zur Arbeit zulassen. Die, die körperlich nicht mehr entsprachen, wurden nach Auschwitz-Birkenau gebracht und dort in den Gaskammern getötet.“

(Video, 3:01)



Ricky Adler, Sinto und Auschwitzüberlebender (1994)

Ricky Adler berichtet von seiner Arbeit im Sonderkommando an der Rampe in Auschwitz

„Die Transporte, die gekommen sind, die wurden sofort an die Rampe gebracht und dann waren Leute da und die haben gesagt: ‚So jetzt da hinstellen, geht da durch, ihr werdet gebadet. Ihr müsst eure Klamotten abgeben und alle, ihr kriegt alles wieder.‘ Kamen rein in die Gaskammer, kamen aber nie mehr raus. Wurden sofort vergast und verbrannt.“

(Video, 1:58, UT)



Abtransport der „Euthanasie“opfer aus den Neuendettelsauer Anstalten (1941)

Die Praxis der Vernichtung sogenannten lebensunwerten Lebens – Deportation und Mord durch Giftgas

Ausschnitt aus „Alles Kranke ist Last“, Doku von Ernst Klee u.a. (1988):

Beschreibung des Leidensweges der Opfer aus den Neuendettelsauer Anstalten vom Abtransport in Bussen bis in die Gaskammer:

„Die Diakonissen des Oberlehn-Hauses sehen fast täglich die Busse, hören die Schreie der Opfer. Sie riechen den Gestank der verbrannten Leichen, der Tag ein, Tag aus, aus dem neu erbauten Krematorium dringt. Sie sind Augenzeugen des Verbrechens und tun weiterhin ihren Dienst.“

(Video, UT, 2:12)



Trude Simonsohn, jüdische Auschwitzüberlebende (1983)

Trude Simonsohn zum Vergleich zwischen Widerstand in Deutschland und in anderen Ländern

Trude Simonsohn betont in Anwesenheit der Hamburger Widerstandskämpferin Irmgard Heydorn bei einer Veranstaltung in einer Frankfurter Schule (1983), dass

„...jeder deutsche Widerstandskämpfer tausende Widerstandskämpfer in den anderen Ländern aufwiegt. Was das bedeutet, in dieser Massenhysterie sich dagegen zu wehren, das ist mir noch heute wirklich unbegreiflich, dass man das geschafft hat.“

(Video, UT, 0:37)



Irmgard Heydorn (2007)

Sabotageaktionen des Internationalen Sozialistischen Kampfbunds

Ausschnitt aus dem Dokumentarfilm „Eine Ausnahme“ (2007):

Irmgard Heydorn berichtet, wie sie als Mitglied des verbotenen Internationalen Sozialistischen Kampfbunds während der NS-Zeit Informationen zum Bau der V2-Rakete ins Ausland weitergeleitet hat:

„Eines Tages wurde uns gesagt, wo die sogenannte Wunderwaffe hergestellt wird, und das habe ich dann in einem Brief in die Schweiz mitgeteilt mit einem Code. Wenn der geknackt worden wäre, dann...na gut, dann würde ich hier nicht sitzen.“



Rudolf Vrba, jüdischer Auschwitz-überlebender, im Dokumentarfilm „Shoah“ (1985)

Rudolf Vrba über Schwierigkeiten des Widerstands im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau

Ausschnitt aus dem Dokumentarfilm „Shoah“ (1985):

Der Holocaust-Überlebende Rudolf Vrba berichtet, wie der Erfolg der Widerstandsbewegung bei der Verbesserung der Lebensbedingungen in Auschwitz in ein Dilemma führte:

„Der Lagerbestand war, sagen wir, 30.000. Wenn 500 oder 5.000 starben, dann ersetzte man diese durch frische Kräfte aus Judentransporten, die eintrafen. Wenn aber nur 1.000 starben, wurden eben nur 1.000 ersetzt, und man konnte mehr Juden in die Gaskammer schicken.“



Trude Simonsohn, jüdische Überlebende von Theresienstadt und Auschwitz (2010)

Trude Simonsohn zur Geschichte der Kinder im Ghetto Theresienstadt

Trude Simonsohn, jüdische Holocaust-Überlebende, erzählt am 27. Januar 2010 vor über 300 Studierenden der Goethe-Universität von ihrer Deportation nach Theresienstadt und wie sie dort verbotenerweise Schulunterricht für Kinder organisierte bis sie 1944 nach Auschwitz deportiert wurde.

(Video, 2:38)



Herrmann Stolting (1982)

„Unangenehme“ Vollstreckung der Todesstrafe: „Eine Frage der Ästhetik, nicht des Rechts“

Ausschnitt aus der Dokumentation „Von Richtern und anderen Sympathisanten“ (1982):

Auf die Frage nach möglichen moralischen Bedenken bei seiner Tätigkeit als Vollstreckungsleiter bei Todesurteilen antwortet der ehem. Staatsanwalt Herrmann Stolting:

„Mir war das, sagen wir mal, eine Frage der Ästhetik. Mir war das unangenehm, einen wehrlosen Menschen in dieser Form zu behandeln. Aber mein Gewissen hat das nicht belastet. Das war eine Frage der Ästhetik, nicht des Rechts.“

(Video, UT, 2:13)



Affäre um „Auschwitz-Lüge“ an der Uni Frankfurt (1993)

Ein Frankfurter Universitätsprofessor und die Auschwitzleugnung

1993 gab es an der Universität Frankfurt Auseinandersetzungen um geschichtsrevisio-nistische Äußerungen des Professors Rainer Ballreich, denen zufolge die Opferzahlen des Holocaust um den Faktor 10 zu hoch und aus den Krematorien von Auschwitz keine Flammen gestiegen seien. Ballreich blieb bis zu seiner Emeritierung 1997 als Professor für Biomechanik tätig und wurde 2011 nach seinem Tod in einem Nachruf der Universität für seine „außerordentlichen Verdienste“ in Forschung und Lehre gelobt.

(Video, 4:20)



Brandanschläge auf Asylheime in Rostock 1992

Ausschnitt aus der Dokumentation „Pogrom Rostock“ (1992):

„Die Randalierer verschossen Feuerwerkskörper mit Pistolen und warfen Molotow-Cocktails jeweils unter grölenden Sprechchören, wie ‚Zugabe, Zugabe‘ und ‚Deutschland den Deutschen‘ und ‚Ausländer raus‘ natürlich, ‚Sieg Heil‘-Rufe wurden laut.“

„Montagabend die dritte Pogromnacht. Es ist keine Polizei zu sehen, als die ersten Brandsätze ins Haus der Vietnamesen fliegen, und sie wird auch in den folgenden anderthalb Stunden nicht erscheinen.“

Neonazis bewerfen ein Asylheim mit Molotow-Cocktails (1992)

(Video, 2:35)



Polizei duldet Neonazi-Attacke auf ein Wohnprojekt

Ausschnitt aus einem Bericht über den Naziaufmarsch und die Gegenproteste in Dresden (Februar 2011):

Bei einem Naziaufmarsch greift eine Gruppe Neonazis ein linksalternatives Wohnprojekt im Dresdner Stadtteil Leptau an. Obwohl die Polizei laut eigener Aussage vor Ort war, berichtet ein Beobachter, dass

„...die Polizei keinen Angreifer dingfest gemacht hat.“

(Video, 2:41)

Neonazis greifen ein Wohnhaus in Dresden-Leptau an (2011)

Warenannahme

Mo, Mi, Fr: von 06:30 Uhr bis 11:30
Di und Do: von 06:30 Uhr bis 14:30



Widerstand und „Widerstand“ in Griechenland heute

Der folgende Text ist die gekürzte und leicht veränderte Version eines Vortrags der Athener Gruppe „Casa del Campo“, der am 12.09.2012 im Institut für vergleichende Irrelevanz gehalten wurde. Angesichts der Stimmengewinne der neonazistischen Partei Chrysi Avgi und der täglich stattfindenden rassistischen Gewalt in Griechenland beschäftigen sich die Autor_innen mit dem gefährlichen Potential des griechischen Nationalismus, der bereits vor der Krise tief in der griechischen Gesellschaft verankert war. Dabei formulieren sie auch eine Kritik an der deutschen Linken, die sich – in Begeisterung über Ausmaß und Militanz der griechischen linksradikalen Bewegungen – mit der Parole „Wir sind alle Griechen“ undifferenziert auf die Volksbewegung des Athener Syntagma-Platzes bezieht und den manifesten Antisemitismus der griechischen Linken ignoriert.

Das erste Halbjahr 2012 war eine Periode der Neu- und Umstrukturierungen auf der politischen Bühne. Eine der Entwicklungen, die auch im Ausland zu hören waren, war der Einzug der Neonazi-Partei „Goldener Morgen“ ins Parlament. Eine Partei, die all die Jahre davor einige hundert Mitglieder gehabt hatte, bekam plötzlich eine halbe Million Stimmen und wurde vierte Kraft im Parlament. Dieser Nachricht folgte eine lange Periode der Beschäftigung mit der „ökonomischen Krise“. Nach dem Einzug des „Goldenen Morgens“ ins Parlament kamen zahlreiche Nachrichten über rassistische Angriffe in ganz Griechenland. So wurde passend dazu folgende Erzählweise erzeugt: erst kam die Krise, dann der „Goldene Morgen“ und dann kamen die Angriffe, das Lynchen und die Morde. Wir haben allerdings eine andere Meinung darüber, inwiefern diese Reihenfolge, die die nationalen und internationalen Medien verbreiteten, stimmt. Im August 2012 wurde das, was im Wahlkampf versprochen worden war, umgesetzt: Migrant_innen in den Bullenwannen und niedergestochene Migrant_innen.

agiert. Nur in der Form differieren sie: juristisch mittels Verhaftungen (ND, Pasok, Demokratische Linke), subkulturell mittels Messerstecherei (Goldener Morgen u.a.), oder „human und links“ (KPG, Syriza). Methoden also für jeden Geschmack. Das Unternehmen „gastfreundlicher Zeus“ hat dem blutrünstigen Publikum über 15.500 Migrant_innen und Flüchtlinge in Polizeiwannen und Gefängnissen präsentiert; viele von ihnen waren zusammengeslagen und gefoltert worden. Für 2.100 von ihnen ist die Abschiebungsprozedur bereits im Gange. Neben den Migrant_innen wurden Hunderte Junkies und über 200 Sexarbeiter_innen, darunter auch zahlreiche Transsexuelle, verhaftet. Alles, was mit der griechischen Ethik und Moral also nicht zu vereinbaren war, wurde gejagt. 4.500 Polizisten zwischen Thrazien und Athen nahmen an der Hetzjagd teil. Erwähnenswert ist, dass Griechenland - relativ zu der Bevölkerung - nach Russland – die höchste Bullenanzahl besitzt. Hinzu kommt, dass – laut Innenministerium – 50% der 50.000 Polizisten Wähler des „Goldenen Morgens“ sind.¹

Mit einer – das betonen wir – kleinen Auswahl der Ereignisse wollen wir aufzeigen, dass die Griech_innen doch nicht ihrem Badeurlaub nachgegangen sind und auch die Hitze sie nicht davon abgehalten hat, ihr wahres Selbst zu zeigen. Am 3.8. reagierten die Bewohner_innen von Xanthi und Komotini auf die Entscheidung des Innenministeriums (Zitat aus der Zeitung) „über 500 Migrant_innen aus Amygdaleza in den leeren Gebäuden der Polizeiausbildungszentren beider Präfekturen unterzubringen. Um 1 Uhr nachts, unter koordinierter Führung des stellvertretenden Präfekten Fotis Karalidis und des Präfekten von Ost-Mazedonien und Thrazien, Aris Gianakidis, wurden die Ausbildungszentren von Xanthi und Komotini besetzt, um die Unterbringung der Migrant_innen zu verhindern. An den Besetzungen nahmen viele Bürger_innen, Abgeordnete von Syriza, Gemeinde-Vertreter_innen sowie die Vorsitzenden aller lokalen Parteien teil.“ Am 4.8. greifen Bewohner_innen von Aitoliko die Roma, die dort seit langem lebten, an und rufen den örtlichen Goldener-Morgen-Abgeordneten zu Hilfe. Bei den Auseinandersetzungen setzen die

Roma Jagdgewehre ein und verletzen 3 von der Meute. An den darauffolgenden Tagen greifen Bewohner_innen von Rio ein Roma-Lager an und vertreiben die dort Lebenden. Am 6.8. roteten sich 500 Bewohner_innen von Komotini, die durch die Kirche und den Bürgermeister der Stadt sowie durch rechte und linke Abgeordnete unterstützt wurden, zusammen, um gegen die Entscheidung, die Polizeiausbildungszentren von Thrazien in Flüchtlingslager für illegale Migrant_innen umzuwandeln, zu demonstrieren. Dies verstößt gegen das Recht der thrakischen Bevölkerung auf Leben und Würde. Am gleichen Tag wurde ein Migrant im Gefängnis von Trikala angeklagt wegen Mordes an einem Griechen im Athener Zentrum im Mai 2011; er soll ihn mit Bleichmitteln vergiftet haben. Die ihm vorgeworfene Tat war der Anlass für die Pogrome im Mai 2011 im Zentrum von Athen, mit hunderten



Die Massenmedien haben wiederholt betont, dass die Polizeiaktion mit dem Orwellschen Namen „gastfreundlicher Zeus“ auf den persönlichen Befehl des Ministerpräsidenten Samaras erfolgte. Dank der ertragreichen Ergebnisse dieser Operation hat er die Anerkennung der Bevölkerung ernten können. Heute bekommt diejenige Partei die höchste Zustimmung, die am rassistischsten

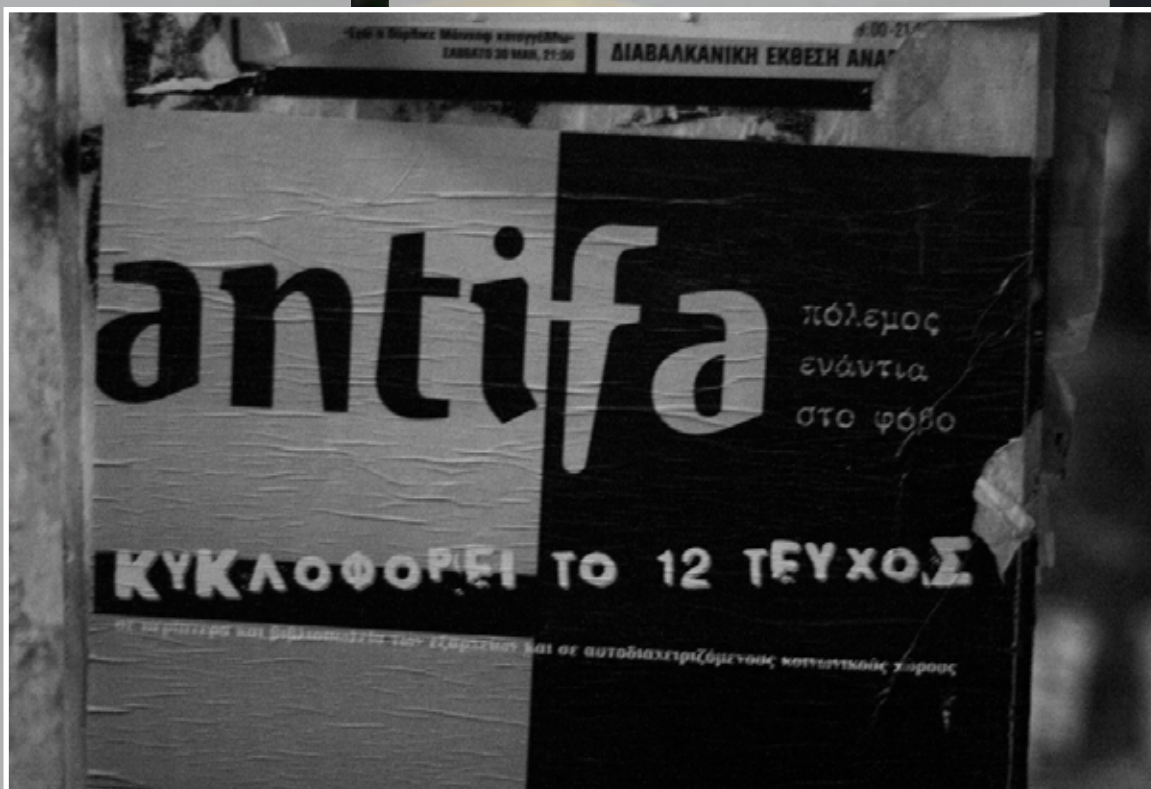
Verletzten - 10 davon mit schweren Messerstichen - und einem Toten. Es lohnt sich zu erwähnen, dass dieses Pogrom parallel zu den massenhaften Protesten auf dem Syntagmaplatz lief. Am 7.8. stürmten ca. 40 Mitglieder vom „Goldenen Morgen“ ein Schiff im Hafen von Piräus, das einen verhafteten 21jährigen Pakistani (er wurde wg. Vergewaltigung angeklagt) transportieren sollte, um ihn zu lynchen. Am 8.8. fuhren in Rethimnon/Kreta 4 Per-

sonen mit einem landwirtschaftlichen Wagen zu einer Haltestelle, wo 4 Inder auf den Bus warteten, und versuchten, sie zu töten. Am gleichen Tag wurde wieder in Aitoliko ein Angriff gegen die Roma-Siedlung gestartet. Schließlich machten die Bullen mit Hilfe von Spezialeinheiten die Siedlung platt und vertrieben die dort lebenden Roma. In Kaminia von Piräus wurde am 9.8. abends ein provisorischer muslimischer Gebetsraum von 15 bis 20 Neonazis angegriffen. Sie warfen Tränengasgranaten in die Räume und schlugen einen Pakistaner zusammen. Am 10.8. wurde der 17jährige Pakistaner Ali Sofian mit Messern in Likobrisi angegriffen. Er musste aufgrund der schweren Stichverletzungen ins Krankenhaus. Seit dem 11.8. liegt ein Migrant im Koma im Krankenhaus von Korfu. Er hat durch die Schläge mit einer Holzstange auf den Kopf lebensgefährliche Gehirnverletzungen erlitten. Am gleichen Tag werden in Athen Gebetsräume von Muslimen angegriffen und die Wände mit rassistischen Parolen beschmiert. Am gleichen Tag erstatteten 2 Migranten aus Syrien und Marokko Anzeige gegen Unbekannte, die sie zusammengeschlagen hatten. Eine halbe Stunde später griff die gleiche Gruppe einen 19 jährigen Iraker vor einer provisorischen Moschee in Omonoia in Athen an und tötete ihn mit Messerstichen. Am 13.8., während des Ramadans, marschierten 15-20 Personen rassistische Parolen rufend vor eine provisorische Moschee von Migrant_innen in Renti-Piräus und schlugen auf Migrant_innen ein. Am gleichen Tag fand in Iraklion/Kreta ein Angriff mit Rauchbomben auf ein Haus von Pakistaner_innen statt. Am 15.8. wurde in Mitilini/Lesbos ein migrantischer Fischereiarbeiter von mit Messern bewaffneten Unbekannten angegriffen; kurz danach, mittags um 1.30 Uhr, transportierte ein anderer Krankenwagen einen weiteren Migrant - zum Glück nur leicht verletzt. Am 16.8. war Evros an der Reihe. In Xanthi, Komotini und in den umliegenden Dörfern fand eine Serie von rassistischen Angriffen unter anderem gegen die Gebetshäuser

der türkischen Minderheit statt. Der Bürgermeister Topirou prangerte die provokatorischen Angriffe von motorisierten Rechtsextremisten gegen die Muslime von Xanthi an. Am 18.8. wurden während einer Säuberungsaktion der Polizei 85 Roma aus Albanien im Park Botaniko wegen illegalen Campens verhaftet. Am 18.8. wurde ein Migrant, der per Anhalter von Komotini nach Athen wollte, von unbekanntem brutal zusammengeschlagen. Am 19.8. fanden 4 Angriffe gegen Migrant_innen in verschiedenen Orten in Patras (Zaviani, Agia, Zentrum, Nationalstraße) unter Einsatz von Pfefferspray in die Augen statt. Am 20.8. wurden 3 Migranten in Salamina in der Nähe von Athen von einer Gruppe angegriffen; „sie schlugen“ laut Zeitungsbericht „mit Eisenstangen gegen die Eingangstüren und warfen Steine auf die Fenstergläser. Gleichzeitig riefen sie „Blut, Ehre, Goldener Morgen“. Das beeindruckende war, dass eine Stunde nach dem ersten Angriff und nachdem die Polizei kam und ging, sie wiederkamen und mit der Verbrennung von deren Häusern drohten. Diesmal kam die Polizei erst gar nicht, sie sagte, dass sie auf der Suche nach den Tätern in der Umgebung sei“. Am Abend des 23.8. wurde auf dem Platz von Agios Panteleimon, einer „national befreiten Zone“ mitten in Athen, ein 36jähriger afghanischer Migrant erschossen - man fahndet immer noch vergeblich nach den Tätern. Am gleichen Abend schlug in Iraklion auf Kreta eine Gruppe von Rechts-extremisten brutal auf 2 Migranten in der Dädalus Straße ein. In der Nacht wurden durch die Operation „gastfreundlicher Zeus“ in Korinth 300 Migrant_innen verhaftet und in einer ehemaligen

Kaserne untergebracht. Der Bürgermeister von Korinth beklagte sich, dass die Unterbringung der Verhafteten dort sein Revier abwerte, dass diese Aktionen auf Befehl von fremden Mächten und von der Bank of Greece, die er als jüdische Bank bezeichnete, stattfänden. Am Morgen des 24.8. wurden 2 mit Messern verletzte Migranten aus Korinth ins Krankenhaus transportiert. Am gleichen Tag schleiften in Manolada auf dem Peloponnes 2 griechische Bewohner mit ihrem Wagen einen ägyptischen Landarbeiter über einen Kilometer durch die Stadt, indem sie seinen Kopf in das Fenster ihres Wagens einklemmten. Der Grund? Er hatte gewagt, seinen Lohn zu verlangen.

In Griechenland gibt es eine große Dunkelziffer an rassistischen Übergriffen (genauso wie an antisemitischen, an sexuellen usw.). Daher dient diese Chronologie-Auswahl auch dazu, den Mythos, dass in Griechenland kein Rassismus existiert, zu brechen und das Land zu denunzieren, so gut wir es können. Denn die 500 Verletzten durch Eisenstangen, Eisenfäuste und Messer, die die



„Vereinigung der migrantischen Arbeiter“ allein im ersten Halbjahr 2012 dokumentierte, können offensichtlich nicht mit den nur 3 rassistischen Angriffen, die die Polizei im Jahr 2010 oder mit den nur 22 Angriffen in 2011, korrelieren.

Es ist leicht nachvollziehbar, dass eine Partei, die erst vor kurzem ihren Stimmenanteil erhöht hat, nicht die operative Möglichkeit hat, all diese Angriffe durchzuführen - wie auch die Zeugen übrigens belegen - trotz der gegenteiligen Bekundungen der griechischen Linken und Anarchist_innen. Staat, Neonazis und Jauche (griechische Einwohner_innen) haben im gesamten August tadellose Arbeit geleistet. Mit dem Ergebnis, dass sie dadurch ihre eigene griechenlandweite faschistische Rebellion zustande brachten, ihren eigenen Dezember im August. Mit Sicherheit kann man schlussfolgern, dass gegenüber dieser rassistischen Show keinerlei Missklänge seitens irgendeines relevanten Gegners, der an der Seite von Migrant_innen stand, auftauchten. Dies, weil beide linke Parlamentsparteien (KPG und Syriza) entweder eine humanistische Verurteilung der Polizeiübergriffe in ihren Reden gegen die Troika und IWF integrierten und die schlechten Zukunftsaussichten der leidenden Griech_innen beklagten, oder noch schlimmer, sie kritisierten die Regierung für ihre falsche Verwaltung des Migrationsproblems anstatt sie gänzlich abzulehnen. So protestierte z.B. Syriza gegen die Schließung der Polizeiausbildungszentren und gegen die „Abwertung der Region“ wegen der Anwesenheit der Flüchtlinge.

Aber auch seitens der außerparlamentarischen Linken und der

Anarchist_innen haben wir kaum Differenzierungen ausmachen können. Im gesamten August waren die Proteste rar und selbst dann mit geringster Beteiligung. Wir sind allerdings angesichts dessen, was während der neofaschistischen Durchmärsche geplaudert wurde, nicht sicher, ob wir uns mehr wünschen sollten. Seitens der Anarchist_innen nahm eine einzige Gruppe von einem besetzten Haus in Athen Stellung. Sie unternahm den Versuch, die griechischen Rassist_innen zu bekehren: „Die Geschichte hat wiederholt gezeigt, dass die Pogrome keine Lösung, für keine der Probleme, sondern ein Vorbote der Repression und der Kontrolle der ganzen Gesellschaft sind.“ Und fuhrten mit der bekannten Rhetorik fort: Auch die Griech_innen begingen Verbrechen, als sie nach USA und Deutschland auswanderten, dass

germeister von Korinth (der übrigens durch die Pasok gewählt wurde), durch jeden empörten Bürger überrannt. Stopp die Nazis ist also nicht ausreichend; „Stopp die Griechen“ wäre die richtige Folgerung.

Wir sehen es so, dass die parlamentarische Linke in GR (KPG und Syriza) als Teil ihres Volkes nicht nur die Solidarität zum Bestandteil ihrer Politik machen wird, sondern sie wird versuchen, Wahlerfolge aus dieser Hetzjagd zu erzielen. Die außerparlamentarische Linke und die Anarchist_innen bewegen sich auf der gleichen Schiene und ignorieren ihrerseits das Problem des Rassismus und seiner tiefen Wurzeln im griechischen Gesellschaftsgebilde. Ihr ahnt vielleicht unsere Meinung über eine

bekannte Bewegung, die im besten Fall die o.g. Ereignisse eiskalt ignorierte. Wir meinen die „Bewegung der empörten Bürger“ auf dem Syntagma Platz, aber auch die gesamte Anti-Memorandum-Bewegung. Bezeichnend für den Inhalt dieser Volksansammlungen ist, dass das einzige Symbol, das hochgehalten wurde, die griechische Fahne war. Unserer Ansicht nach noch ekelhafter war der Zustand der gleichzeitigen Anwesenheit von Linken und Anarchist_innen einerseits im unteren Teil des Platzes und allen nationalpatriotischen Gesindels inklusive des Goldenen Morgens im oberen Teil des Platzes. Viele, die versucht haben die Faschist_innen zu vertreiben, wurden sogar angegriffen und als Provokateure der großartigen Bewegung beschimpft.

Eine Ergänzung für Deutschland, aber auch für die Bewegungen in anderen Ländern: Wenn wir lesen, dass linke und andere Antifa-Gruppen unter dem Motto „Wir sind alle Griechen“ ihre So-

lidarität mit dem Widerstand des griechischen Volkes gegen den „deutschen Expansionismus“ bekunden oder Solidaritätskomitees für Griechenland bilden, ohne je zu erläutern, wen genau sie unterstützen oder noch schlimmer: wenn sie all die genannten reaktionären Charakteristika ignorieren, dann können wir leicht erkennen, dass dies viel mehr mit den eigenen politischen Zielen oder psychischen Nöten zu tun hat und weniger mit der Realität, die wir täglich dort als Antifaschist_innen und Migrant_innen erleben. Wir wären sogar bereit, all das als Unwissenheit zu tolerieren, wenn eine brennende Frage nicht auftauchen würde: haben all diese linksradikalen Tourist_innen aus Deutschland, die in den letzten 2 Jahren nach Griechenland kamen und besetzte Häuser und Gruppen besuchten sowie an Demos oder gar an Straßenschlachten teilgenommen haben, von all dem nichts gesehen und nichts gehört? Haben sie in dem Meer aus griechischen Fahnen bei den Streiks keinen Verdacht geschöpft? Haben sie nichts vom Pogrom, das parallel und sehr nah zu den Protesten am Syntagmaplatz stattfand, mitgekriegt? Haben sie auf der heroischen Demo vom 12. Februar neben den empörten Bürger_innen die anderen ebenfalls empörten Bürger_innen mit den Blood-and-Honour-T-Shirts und der griechischen Fahne darauf nicht gesehen?

Andererseits gäbe es genug Gründe für die Deutschen, aktiv zu werden. Wir fragen uns immer noch, was aus den Themen der Erinnerung und der Gerechtigkeit geworden ist. Die deutsche Geschichte hat viele dunkle Seiten in Griechenland. Distomo, Kalavrita und vieles mehr sind für den durchschnittlichen Deutschen unbekannte Wörter. Die jeweiligen Regierungen weigern sich bis heute, die Entschädigungsforderungen der Familien der Opfer anzuerkennen. Ein wesentlicher Teil davon ist auch die Entschädigung der inzwischen dezimierten jüdischen Bevölkerung im Land (86% der griechischen Jüdinnen und Juden wur-

die Bewohner_innen von Aitolikon keine anderen Interessen als die Roma hätten, dass es auch gute Migrant_innen gäbe, die sogar hülften, die bösen Migrant_innen zu verhaften usw.. Natürlich nutzte die griechische Linke als offen patriotische Kraft die Angriffe, um sie mit der Politik des „Ausverkaufs der Staatsbetriebe“ der Regierung zu vermengen. Außerdem ist der Rassismus laut „Initiative gegen Faschismus und rassistische Gewalt“ nichts anderes als „ein Versuch der Spaltung der Arbeiterklasse“, dies obwohl die Opfer Migrant_innen und die Täter_innen griechische Arbeiter_innen waren.

Was die Gegnerschaft zum „gastfreundlichen Zeus“ seitens Syriza betrifft, wissen sie zu genau, was sie tun. Wie gesagt, es kann sein, dass sie im besten Fall mit humanistischen Argumenten gegen die Errichtung von Gefangenenlagern für Flüchtlinge vorgehen, allerdings indem sie sich mit dem Mob einigen. Denn die wichtigste Forderung der Meute ist die Schließung der Gefangenenlager, weil die Migrant_innen ihre Gegend vergiften, wie sie sagen. Genau mit diesem Trend marschiert Syriza in den gemeinsamen Demos, mit leicht abweichenden Argumenten. Wenn man aber vor dem Dilemma steht, Lynchmord oder Gefangenenlager, Mobinitiativen oder staatliche Einsperrung, Abdrehen der Trinkwasserversorgung, damit die eingesperrten Migrant_innen verdursten, wie es der Bürgermeister von Korinth praktiziert hatte, oder Bullenwachen vor dem Lager, dann –Verzeihung – stellen wir uns gegen Syriza. Vorrangig ist die Meute zu stoppen und sie nicht zu locken, zu erziehen oder mit unsäglichen Allianzen Opposition zum Staat zu üben. Kurze Erläuterung: Die vorhin aufgeführte rassistisch-faschistische Chronologie von August mit den vielen Täter_innen, mit der Häufigkeit und der griechenlandweiten Verbreitung der Angriffe zeichnet eine neue politische Szenerie in Griechenland ab. In dieser wird die Erscheinungsform des Goldenen-Morgen-Typs durch jeden radikalisierten Bür-



den vernichtet). Ein kurzer Ausflug in Sachen Antisemitismus in GR. Der Antisemitismus dort ist das Sofa in der Sitzgarnitur jedes guten Wohnzimmers, jedes anständigen Hauses. Dort hat die ganze Familie Platz. Die griechischen Anarchist_innen und die Linke konnten keine Ausnahme bilden. Im Gegenteil. Denn es handelt sich eigentlich um das einzige Thema, das den höchsten Gleichklang hervorruft. Mag sein, dass sie über den besseren Nachfolger von Lenin streiten, mag sein, dass sie sich über den demokratischen Zentralismus oder die direkte Demokratie fetzen, mag sein, dass sie darüber streiten, ob die Erde eine Kugel oder eine Scheibe ist. In diesem Punkt sind sie alle einig: Israel ist ein Mörder-Staat, eine Gefahr für den Frieden, nicht nur im Nahen Osten, sondern in der ganzen Welt. Genau diese Zwangsvorstellung hatte in den letzten Jahren sehr oft Gelegenheit, sich zu artikulieren.

Einige exemplarische Beispiele, damit ihr ein Bild der Situation bekommt. 2006, anlässlich des Libanon-Krieges, organisierte die KPG eine Antikriegsdemo gegen Israel... unter den Büros der israelitischen Gemeinde von Thessaloniki (zur Erinnerung: 95% der Thessaloniki-Juden wurden umgebracht). Ihrem antizionistischen Pathos wurde damit aber nicht genüge getan. Um keinen Zweifel daran zu lassen, befand sie es für sehr wichtig, das Holocaustmahnmal mit Fotos von toten Kindern aus dem Libanonkrieg zu schmücken. Der Einzige, der die Schändung des Holocaustmahnmales verurteilte, war der Zentralrat der Israeliten selber. Ein Jahr später, 2007, wurde dem Nazi Kostantinos Plevris der Prozess gemacht, weil er in seinem Buch u.a. die Instandhaltung von Auschwitz forderte, um es zukünftig nutzen zu können. Die antiautoritäre Zeitung Babylonien schrieb damals, dass sie im Namen der Redefreiheit gern als Zeuge der Verteidigung im Prozess auftreten würde. Babylonien wird von der antiautoritären Bewegung AK herausgegeben, AK ist Mitglied des europaweiten linken Bündnisses M31. Auch Syriza hat sich natürlich geweigert, gegen Plevris aufzutreten, obwohl sie schriftlich darum gebeten wurde.

Im Jahr 2009, in der Stadt Larissa, hat während einer Solidemo für die Dezember-08 Verhafteten eine Gruppe von Demonstrant_innen die dortige Synagoge angegriffen und versucht, den Davidstern an der Eingangstür abzureißen. Zum Glück hat ein anderer Teil der Demonstrant_innen die Synagoge verteidigt und den Angriff abgewehrt. Es waren bewusste Anti-Antisemit_innen, die sich dagegen stellten. Logisch, da der große Teil der Synagogen-Verteidiger Migrant_innen waren. Vor kurzem, als der Präsident Israels Simon Pérez Griechenland besuchte, traf er sich mit dem Oppositionsführer Tsipras. Ein solcher Verrat des zukünftigen Ministerpräsidenten konnte nicht hingenommen werden. Ein Parlamentskandidat von Syriza, Nikos Bekis, schrieb an Tsipras einen Protestbrief, in dem er u.a. seinen christlichen Antisemitismus auskotzte: „Simon Peres riecht nach Blut“. Kurz danach hat die linksradikale Zeitung „PRIN“ ihn des Verrates bezichtigt und ihm vorgeworfen, dass er sich somit auf die Seite der Zionisten gestellt habe. Wir erwähnen diese Zeitung, weil sie 2006 im Libanonkrieg als Schlagzeile „Juden Mörder, ihr werdet bezahlen“ hatte. Nicht zu vergessen, dass Syriza sich weigerte, am 27. Januar 2009, am Holocaustgedenktag, an der Gedenkveranstaltung des Zentralrates der Israeliten teilzunehmen, als Protest gegen die Einladung des israelischen Botschafters in Athen. Wo kämen wir denn hin, wenn Jüdinnen und Juden in GR selber entscheiden, wen sie einladen dürfen! Somit gab es eine Übereinstimmung mit dem Goldenen Morgen wegen Israel, längst vor den Wahlen 2012 und der Jagd auf Migrant_innen. All das sind nur ein paar Tropfen im Ozean. Wir können in diesem Beitrag nicht alles über die Diskurse von jüdischer Lobby, über die Schändung jüdischer Mahnmale und Friedhöfe, über die antisemitischen Parolen an den Wänden usw. reinpressen. Es lohnt sich aber, eine interessante Situation, die wir vorhin kurz erwähnt haben, zu erläutern. Im Kampf gegen all das ist es in GR viel leichter, Verbündete unter den Migrant_innen zu finden, als unter den Griech_innen. Sowohl bei der Verteidigung der Synagoge in Larissa als auch beim Prozess gegen Plevris. Es war auch kein Zufall, dass dem Brandanschlag auf die Synagoge in Chania auf Kreta ein Albaner und ein Marokkaner versucht haben, dies zu verhindern.

Die Antifa casa del campo ist eine Gruppe, die vor über 2 Jahren von Migrant_innen und Nicht-Migrant_innen gegründet wurde. Wir sind eine gemischte Gruppe, auch deswegen, weil wir gegen Antisemitismus vorgehen. Unsererseits empfinden wir eher eine Gemeinsamkeit mit den Straßengang der Migrant_innen-Kids, die die Straßen der Griechen unsicher machen. Somit schaffen wir es, als eine Kakophonie in einer Umgebung, die durchdrungen ist von Nationalismus und Rassismus, zu überleben und manche Momente ausgiebig zu genießen, wenn wir uns weigern, einen Unterschied zwischen den Fensterscheiben des Polizeireviere und der Vitrine des rassistischen Ladenbesitzers zu entdecken. Dies ist eine Haltung, die die Isolation von der Bewegung nicht als Problem, sondern als das Gegenteil betrachtet. Trotzdem strecken wir immer wieder unsere Fühler nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit würdigen Gruppen, wie z.B. mit der autonomen Antifa aus, auch dann, wenn wir nicht in allen Punkten übereinstimmen. Die Wahrnehmung der Erfahrung der griechischen Realität ist eine der wichtigsten Achsen unserer Zusammenkunft. Unser zentrales Ziel ist der Angriff auf den griechischen Mob, d.h. auf die griechische Gesellschaft. Mit kleinen Beiträgen leisten wir unseres Möglichen für die Verschmutzung des reinen Griechenlands, kleine zwar, aber unabdingbare für das Überleben von uns und unseren Freund_innen. Wir schließen den Beitrag ab mit einer Paraphrase des bekannten Liebknecht-Spruches „der Feind ist im eigenen Land“. Denn wir meinen „der Feind ist das eigene Land!“

Antifa casa del campo (September 2012)

1 Rassismus und die Unterdrückung des Schwächeren gab es in GR seit unserer Geburt oder seit unserer Immigration und hat nicht auf die Krise gewartet, um sich zu äußern. Operationen wie „gastfreundlicher Zeus“ wurden schon von 1997-1999 in GR durchgeführt, damals v.a. gegen Tausende albanischer Migrant_innen. Sie wurden auf offener Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, Gebäuden usw. in Athen verhaftet und wegen ihrer hohen Anzahl in Stadien eingesperrt, da die Gefängnisse und Polizeireviere für eine solche Menge nicht ausreichten. Außerdem fanden auch früher griechenlandweit Pogrome statt, wie z.B. im Sept. 2004. Dies heißt nur, dass Rassismus und GR wesentlich ältere und wesentlich tiefere Beziehungen zueinander haben, als das, was uns die neuerdings in Panik geratenen griechische Revolutionäre weismachen wollen anlässlich der Erfolge vom Goldenen Morgen.

„Blockupy“ Aktionstage: Wie Protest demokratisch fertig gemacht wird.

Für Mitte Mai kündigt ein Bündnis linker Organisationen mehrere Aktionstage und eine Abschlussdemonstration unter dem Motto „Blockupy Frankfurt“ an – eine symbolische Blockade des Frankfurter Finanzdistrikts incl. der EZB, um „gegen das Spardiktat der Troika“ ein Zeichen zu setzen. Die Stadt Frankfurt, deren Polizeibehörde und das hessische Innenministerium nehmen diese Ankündigung zum Anlass, ihrerseits eine Demonstration zwecks richtigem demokratisch-rechtsstaatlichen Verständnis von Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit abzuhalten: Sie verbieten die drei Aktionstage, setzen das Verbot mit 5000 Polizist_innen durch und schützen zu guter Letzt bei der dann doch noch erlaubten Abschlussdemonstration deren Teilnehmer_innen davor, „Gewalt gegen Personen und Sachen auszuüben“.



Die besagten drei ausführenden Organe des staatlichen Gewaltmonopols stellen den anmeldenden Veranstalter_innen im Vorfeld der Demonstration die Gewaltfrage: Die hat als erstes die Art der Protestveranstaltung zum Gegenstand. Die Absicht der aufrufenden Organisationen, ein wenig Sand in die alltägliche Routine der europäischen Finanzhauptstadt zu streuen und mit der eintägigen Blockade der EZB symbolisch das Subjekt der von ihnen kritisierten „repressive(n) Politik der Verarmung von Kapital und Staat“ praktisch zu behindern, halten sie von vorneherein für eine Störung, die den Rahmen einer zulässigen Demonstration sprengt. Demonstrieren heißt aus demokratischer Perspektive offensichtlich, die eigene Kritik als öffentliche Mahnung an die Machthabenden vorzutragen und die Beseitigung der kritisierten Tatbestände in deren verantwortungsvollen Händen zu belassen; dafür darf dann auch mal der Verkehr behindert werden. Wer selbst – und sei es nur als symbolische Weisung einer Perspektive – zur Tat schreitet, um ein Interesse, das man für schädlich hält, am Funktionieren zu hindern, begeht einen Gewaltakt, weil er_sie sich etwas herausnimmt, was nur einem zusteht, nämlich dem Staat. Der hat mit seinem Recht die Monopolzuständigkeit, wenn es um die Frage geht, welche Interessen in dieser Gesellschaft zum Zuge kommen und welche nicht. Dafür setzen seine exekutiven Behörden die Gewalt ein, die notwendig ist und deswegen auch nicht als solche gilt, sondern als legitimes Hilfsmittel der Rechtsordnung. Entsprechend nimmt die Staatsgewalt die angekündigten Aktionstage als Angriff auf eben diese Rechtsordnung und auf sich als Hüter von ihrem reibungslosen Ablauf.

Der zweite Teil der Gewaltfrage, die den Veranstalter_innen gestellt wird, zielt auf die Durchführung der Veranstaltung: Die Profis der öffentlichen Gewalt sehen den friedlichen Charakter dieser Blockupy-Tage nicht gewährleistet, weil sie in den Reihen der Aktivist_innen einige Amateure vermuten, die sich nicht auf den Respekt vor dem ungestörten Funktionieren dessen, woran sie sich gerade stören, festnageln lassen. Als „Beleg“ für soviel „Gewaltbereitschaft“ dienen den Behörden die „Erfahrungen“ der M31-Demonstration Ende März – damals gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Demonstrierenden und der Polizei. Dass „der schwarze Block“, zu dem die Stadt und ihre Öffentlichkeit diese vermuteten Störenfriede gerne zusammenfassen, auch auf diesen Aktionstagen auftaucht, nimmt der Dezentrat für die öffentliche Ordnung als Grund, die gesamte Veranstaltung dafür in Haftung zu nehmen. Sie werden als untrennbarer Bestandteil der neu angemeldeten Aktionstage behandelt; die Frankfurter Behörden weigern sich, eine Unterscheidung zu machen und sie praktisch durchzusetzen, wie sie es bei jedem Fußballspiel und jeder „Fanmeile“ machen – die Unterscheidung zwischen dem eigentlichen Anliegen und den gewalttätigen Ausnützer_innen dieses Anliegens. Der politische Grund dafür braucht dabei gar nicht zur Sprache zu kommen, sondern versteht sich von selbst: Die Stadt setzt den Parolen der Protestierenden – „Wir brauchen einen Rettungsschirm für die Menschen, nicht für die Banken“ oder „Make capitalism history“ – ein eigenes, unbedingtes Bekenntnis zum Standort des Finanzkapitals entgegen: „Die Banken und vor allem die Bank der Banken dürfen nicht behindert werden.“ Die sind nämlich untrennbarer Bestandteil der nationalen Staatsräson, gebündelt im Frankfurter Bankenviertel. Diese Gewaltfrage bestimmt den Vorlauf der ganzen Veranstaltung: Den Generalverdacht, dass die Demonstrierenden den Respekt vor der legitimen, also gültigen Gewalt

des demokratischen Rechtsstaates vermissen lassen, legt die Troika der öffentlichen Ordnung den Organisator_innen zur Widerlegung vor: Der Protest hat sich zu legitimieren, indem er sich darauf festlegt, nur noch auf polizeigefällige Art aufzutreten. Die „Verhandlungen“ zwischen anmeldenden Veranstalter_innen und genehmigenden Ordnungsbehörden haben demgemäß nichts Geringeres als die komplette Umwidmung des Demonstrationszwecks zum Gegenstand; die Demonstrierenden können und sollen sich am Schutz ihrer Demonstrationsfreiheit beteiligen, indem sie von ihrem Protestanliegen nichts mehr übrig lassen. Mit der allergrößten Selbstverständlichkeit wird den Protestierenden abverlangt zu vermeiden, was deren Absicht ist: eine Störung der öffentlichen Ordnung, mit der sie der Kritik an der Verarmungspolitik der Troika öffentliche Beachtung verschaffen wollen. Sie sollen diesen polizeilichen Standpunkt gegenüber den Teilnehmer_innen selbst einnehmen und ihre eigenen Reihen von den Elementen säubern, die der Staatsgewalt nicht passen. Ob sie dazu bereit und fähig sind, das haben dann nur Polizei und Ordnungsamt zu beurteilen – und weil das Aktionsbündnis wenig Neigung zeigt, seine öffentlichen demonstrativen „Asambleas“ in geschlossenen Turnhallen und seine Demonstrationen als stundenlangen Rundlauf auf einem öffentlichen Parkplatz vor den Toren der Stadt abzuhalten, vermisst die Staatsgewalt jede „Kooperations- und Kompromissbereitschaft“ und verbietet die Aktionstage komplett.¹

Die Veranstalter_innen ziehen vor das Frankfurter Verwaltungsgericht, um Widerspruch gegen die Verbotsvorfügung einzulegen

– in einem Rechtsstaat steht schließlich jedem der Klageweg auch gegen die Staatsgewalt offen. Das Gericht waltet seines Amtes, welches sich durch den besonderen Blick auszeichnet, den es auf den Gegensatz wirft, der vor seine Schranken gebracht wird:

“Selbst wenn solche gezielten Blockaden noch unter den Schutz der Versammlungsfreiheit fallen sollten, weil sie nur “demonstrativ” gemeint seien und nicht mit Gewalttätigkeiten einhergingen, seien sie jedenfalls deshalb rechtswidrig, weil den damit verbundenen Beeinträchtigungen der in diesem Bereich wohnenden Frankfurter Bürger, der Geschäftstreibenden, der Banken und der Mitarbeiter der Banken und der Vielzahl der sonst von derartigen Aktionen Betroffenen bei einer Abwägung im Rahmen der praktischen Konkordanz größeres Gewicht beizumessen sei als dem Interesse der Antragsteller, ihr Anliegen über Blockaden öffentlichkeitswirksam darzustellen.” (Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichts Frankfurt)

Aus der politischen Kritik der Demonstrierenden am Finanzkapital und seinem für die gewöhnliche Bevölkerung schädlichen Geschäft wird das Rechtsgut “Schutz der Versammlungsfreiheit”, dessen Gewicht die Richter_innen zu prüfen haben – und diese Prüfung befasst sich mit dem Inhalt der Kritik überhaupt nicht, sondern mit dem Verhältnis zu dem, was die Banken und die “Vielzahl der sonst...Betroffenen” so treiben. Was Blockupy da kritisiert – die Banken gehen unverdrossen ihrem schädlichen Treiben nach und weder ihre “Mitarbeiter” noch die Wohnbevölkerung verschwenden einen kritischen Gedanken auf die Konsequenzen ihres Treibens, weshalb “Blockupy” diesen Alltag demonstrativ unterbrechen will – ist vor Gericht nur insofern relevant, als es ein schutzwürdiges Rechtsgut, die Ausübung von “Gewerbe- und Berufsfreiheit” ist. So wird aus dem politischen Gegensatz zwischen Blockupy und den Banken die Kollision zweier Rechtsgüter; und die eigentümliche juristische Frage, in welchem Verhältnis das, wogegen demonstriert wird, zu dem steht, dass dagegen demonstriert wird, ist damit gar keine offene Frage mehr, sondern von vorneherein beantwortet: Ersteres steht natürlich höher. Demonstrieren darf nicht zur Störung des Alltags ausarten, gegen den protestiert wird. Das Verwaltungsgericht Frankfurt bestätigt deshalb das Verbot aller Platzbesetzungen und Asambleas sowie der Blockadeaktionen gegen EZB und Geschäftsbanken, hebt aber die Verbotungsverfügung gegen eine Demonstration in der Frankfurter Innenstadt auf und mutet der Polizei die Aufgabe als “bewältigbar” zu, deren Sicherheit zu schützen – aber auch nur dann, wenn sich die Veranstalter_innen diesem Gebot unterwerfen und sich in den Tagen vorher aller nun definitiv rechtswidrigen Aktionen enthalten haben.

Die Veranstalter_innen haben sich vom Gericht eine gerechte Würdigung ihres Anliegens versprochen – was sie bekommen haben, ist eine Klarstellung darüber, als was ihr Anliegen juristisch gilt: Das Protestieren ist eine Frage der Lizenz von oben; ob die erteilt wird, hängt vom Willen der Protestierenden ab, sich als Störer durchzustreichen – und von der Fähigkeit der Polizei sicherzustellen, dass diese Frage sowieso nicht vom Willen der Demonstrierenden abhängt.

Eine Demonstration, die derart als zu bewältigende Ordnungsfrage definiert ist, sieht entsprechend aus: Die Ankündigung des Blockupy-Bündnisses, sich nicht einfach vom Acker machen zu wollen, sondern mit allen möglichen kreativen Aktionen den Protest doch noch durchzuführen, beantwortet die Ordnungsmacht mit einem Aufgebot an Gewaltmitteln, als gelte es einen Aufstand niederzu-

schlagen. Das demokratische Gewaltmonopol nimmt jede Form von mangelndem Respekt vor ihm wie einen prinzipiellen Angriff auf seine Funktionsfähigkeit; und als europäische Führungsmacht ist man schon gleich darauf bedacht, Ordnungsprobleme wie in Griechenland gar nicht erst aufkommen zu lassen – eine gewisse Asymmetrie beim Gewalteinsatz ist da kein Fehlgriff, sondern Sachnotwendigkeit. Entsprechend wird zur Tat geschritten: Das auch in letzter Instanz vom Verfassungsgericht bestätigte totale Verbot der Aktionstage schafft die Rechtstatbestände, welche dann durch die Polizei geahndet werden. Das Occupy-Zeltcamp vor der EZB wird geräumt und um die EZB eine Bannmeile errichtet, die Bank also zu hoheitlichem Territorium erklärt, bei dem höchste Sicherheitsstandards gelten. So avanciert die bloße Anwesenheit von Leuten, die sich an den eigens errichteten Schleusen um die Bannmeile nicht als Arbeitsplatzberechtigte ausweisen können, zur Ordnungswidrigkeit, das Widersetzen gegen die ausgesprochenen Platzverweise zum Straftatbestand, was das Wegsperrn unliebsamer Personen legitimiert. Ganze Busladungen vermuteter Demonstrierender werden außerhalb von Frankfurt abgefangen und in zuvor eingerichtete Auffanglager in ziemlich weiträumiger Umgebung gebracht, wo sie sich am schwierigen Geschäft versuchen dürfen, in Umkehrung der Beweislast die Ordnungshüter_innen von ihren polizeikonformen Absichten zu überzeugen. Diejenigen, die die Polizei laufen lässt, können sehen, wie sie wieder nach Frankfurt zurück finden. Der große Rest wird mit Sanktionen belegt, gegen die sie natürlich Rechtsmittel einlegen dürfen – leider sehen sich die zuständigen Gerichte in Mittelhessen aber nicht in der Lage, einen Feiertagsnotdienst zu organisieren, der sich damit befassen könnte. Immerhin können die Betroffenen nach der Demonstration dann gerichtlich feststellen lassen, ob ihnen die Alternative zwischen Enthaltensamkeit beim Protestieren und Kriminalisierung zu Recht aufgemacht worden ist. Das relativiert schon mal den Verdacht von Schikane oder Polizeiwilckür. Und wenn die Polizeitruppe bei der Durchsetzung von Recht und Ordnung mal eher kreativ mit den rechtlichen Bestimmungen fürs Zuschlagen umgeht, dann hat das mit Rechtsbeugung nur soviel zu tun, als die Polizeiführung so etwas bei derartigen Großschlachten schlicht für unvermeidlich hält: Die Einsatzführung sieht sich nach eigenem Bekunden leider außerstande, die gerade gültige Rechtslage ih-



ren hart arbeitenden Greifer_innen “zeitnah zu kommunizieren”. Derartige Flexibilität im Umgang mit dem Recht stellt sich ein, wenn man gewohnt ist, es als Instrument der öffentlichen Ordnung zu handhaben und den eigenen Gewaltbedarf vom Recht absegnen oder ihn zweckdienlich zurecht definieren zu lassen.

Wer dasselbe Recht aus der Froschperspektive derjenigen betrachten muss, die Objekte solcher Ordnungsstiftungen sind, darf die Erfahrung machen, dass dessen erhoffte Leistungen in Sachen Zügelung der Polizeigewalt eher relativ sind.

Vorfeld der Aktionstage hilfesuchend an die Stadt gewandt. Allen, die dazu beigetragen haben, dass friedliche Demonstranten das Bild der vergangenen Tage geprägt haben, ist im Interesse unserer Demokratie herzlich zu danken.“ (Petra Roth, OB Frankfurt)
Ein Nestbeschmutzer, wer dabei an Putin denkt.



Die journalistische Öffentlichkeit trägt ihren Teil zum Gelingen der staatstragenden Demonstration bei. Auch sie wälzt im Großen und Ganzen nichts als die "Gewaltfrage". Im Vorfeld der Aktionstage malt sie "bürgerkriegsähnliche Zustände" genüsslich aus und schützt die Frankfurter Bürger_innen nachhaltig vor der Versuchung, sich mit der Kritik der Demonstrierenden an der Politik der Troika zu befassen. Statt als Adressaten des Anliegens der Protestierenden sollen die Bürger_innen sich als Betroffene durch deren "Randale" begreifen – und in deren Namen fordern die Medien die staatlichen Exekutivorgane nachdrücklich auf, ihr Gewaltpotential als Schutzmacht aller Rechtsschaffenden in Stellung zu bringen. In der Nachbereitung des Spektakels unterscheiden sich die schreibenden Geister. Die BILD-Zeitung verkündet "Die Frankfurter haben ihre Stadt zurück!" und spendet "Dank an die Polizei – und die Demonstranten" (21.05). Die FAZ attestiert: "Niemand vermag zu sagen,

Mit einer Art Ausnahmezustand bewirken die hochgerüsteten Ordnungshüter_innen genau das, was die Stadt dem Blockupy-Bündnis auf keinen Fall gestatten will: Ihre Polizeikräfte legen zwar nicht den Finanzverkehr, aber das Finanzviertel für vier Tage ziemlich lahm. Wo die Blockupist_innen das zivile Leben für flashmobs oder andere kreative Formen des Unterlaufens des Versammlungsverbots nutzen, wird es unterbunden – U-Bahnstationen werden dauerhaft, Autobahnen nach Bedarf einfach dicht gemacht. Das Bankenzentrum bleibt hermetisch abgeriegelt, und außer ein paar versprengten, in Freizeitkleidung getarnten Bankangestellten lässt sich kaum jemand blicken. Wer allerdings meint, da hätte die Ordnungsmacht ein Eigentor geschossen oder gar – wie etliche Veranstalter_innen – sich höhnisch dafür bedankt, dass die Polizei das Blockupy-Anliegen mit einer Effektivität besorgt habe, die sie selber nicht hingekriegt hätten, muss sich schon ziemlich taub stellen für die Lektion in Sachen Rechtsordnung, die die demokratische Staatsgewalt verabreicht: Für die Durchsetzung des Rechtsguts "freie Berufsausübung" gegen Kritiker_innen der unschönen Resultate dieser Freiheiten findet die Berufsausübung eben auch mal nicht statt. Das gibt einen Hinweis auf das Verhältnis von Rechtsordnung und zivilem Leben: Die Rechtsordnung setzt sich als die Bedingung für das zivile Leben, also steht sie über ihm. Für ihre unanfechtbare Geltung, also vor allem für die Durchsetzung unbedingten Gehorsams gegenüber „dem Hüter dieser Ordnung“, wird das zivile Leben auch einmal vertagt und die Prioritäten der demokratischen Gewalt werden auf die Tagesordnung gesetzt. Dass der exzessive Gebrauch von Gewaltmitteln nicht zur Demokratie passe und für deren Repräsentant_innen "peinlich" sein müsse, wie Demonstrierende und Teile der Öffentlichkeit meinen – verkennt beides: die Demokratie wie ihre Repräsentant_innen. Für die rechtfertigt die demokratische Form des Staates noch jeden Aufwand an Gewalt; und der Erfolg bei deren Anwendung stiftet nicht nur Zufriedenheit, sondern auch ein gutes Gewissen. Stellvertretend für alle: "Nur das hohe Polizeikräfteaufgebot und die Strategie, gewalttätige Demonstranten vor der Stadt abzufangen, haben dazu geführt, Ausschreitungen im Ansatz zu ersticken. Viele Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger hatten sich im

wie viele Gewalttäter sich von den 5000 Polizisten abhalten ließen. Der Gedanke, womöglich etwas zu stark abgeschreckt, aber Schlimmes verhindert zu haben, lässt sich eher ertragen als das Gegenteil." (20.05). Der Frieden in einem demokratischen Rechtsstaat beruht eben noch allemal auf der Abschreckung durch die Überlegenheit der Staatsgewalt. Da lässt sich ein gewisser Überschuss bei der FAZ offenbar locker ertragen. Anders jedoch die Frankfurter Rundschau. Die vermeldet kritisch: "Frankfurt nennt sich gerne Finanzhauptstadt Europas. Dass die Stadt aber Proteste gegen die Finanzpolitik Europas nicht aushält, ist traurig und würdelos." (20.05). Das ist doch mal ein schöner Vorschlag zum Gemeinsinn aller gegensätzlichen Interessen und Meinungen – Banker und Finanzpolitik treiben ihr Geschäft, die Demonstrierenden protestieren aufs Manierlichste dagegen, die Stadt "hält" diese Kritik in Würde "aus", lässt sie also souverän an sich abprallen und ignoriert sie nicht einmal. Und ihre Presse ist stolz darauf, dass sie das alles unter ihren Hut bringt. So möchte man seine Finanzhauptstadt gerne haben.

P.S:

Auch die Demonstrierenden ziehen Bilanz. Das traurige Schicksal, das die demokratische Herrschaft ihrem antikapitalistischen Anliegen bereitet hat, findet in der allerdings kaum Erwähnung; stattdessen strotzt sie von Erfolgsmeldungen der eigentümlichen Art: Sie finden, dass sich die "Stadt blamiert" habe, weil "der Verlauf der Aktionstage die Gefahrenprognose von Stadt und Polizei ad absurdum geführt (hat)" (Attac)². Sie besprechen ihre Demonstration als Widerlegung der Gefahrenprognosen der Polizei ("...entbehren jeder realistischen Grundlage...") und machen ihr das Verdienst streitig, einen friedlichen Ablauf der Demonstration gewährleistet zu haben. Mit dem Dementi "Keine der mobilisierenden Gruppen hatte zu Gewalt oder Angriffen auf Polizisten aufgerufen", setzen sie die Besetzung der Stadt durch die Polizei ins Unrecht, indem sie den polizeilichen Erfolgsmaßstab für Demonstrationen, die "Verhinderung von Gewalt", übernehmen und ausdrücklich anerkennen. Vor allem setzen sie damit ihre Kritik am Finanzkapital hinter ihr Recht, dafür öffentlich eintreten zu dürfen, zurück und meinen, an der Front gepunktet zu haben.

Ausgerechnet das Verfahren, mit dem der demokratische Staat ihr politisches Anliegen abserviert, halten sie nicht nur symbolisch hoch: "Einige Demonstranten hatten sich ... dennoch in unmittelbarer Nähe zur Paulskirche versammelt und rein symbolisch Grundgesetzbücher hochgehalten." Protestierende, die gerade die wehrhafte Demokratie erleben durften, erklären dieser Form der politischen Herrschaft in ihrer abstrakten Fassung des Grundgesetzes demonstrativ die Treue und erklären sich gegen ihre unwürdigen wirklichen Funktionär_innen zu den eigentlichen Staatsschützer_innen. Zwar wollten sie ja den Staat und seinen Finanzkapitalismus ein bisschen madig machen; aber Niederlagen an der Front lassen sich offenbar kompensieren durch Siege in der eingebildeten Welt einer demokratischen Wertekonkurrenz, in der redliche Bürger und Bürgerinnen dem Staat auf die schmutzigen Finger klopfen, wenn der sich am gemeinsamen Wertebestand vergeht. In der Lesart haben die Blockupy-Aktionstage zwar nicht die beklagte Schädigung der Bevölkerung durch die unheilige Allianz von Staat und Kapital irgendwie angekratzt, aber immerhin die verhimmelte Form der Staatsgewalt vor der Ruinierung durch deren wirkliche Inhaber_innen gerettet: "Wir lassen nicht zu, dass Frankfurt zur demokratiefreien Zone wird."

So hat die real existierende Demokratie auf der ganzen Linie gesiegt: Praktisch, indem die Machthaber die politische Kritik von Blockupy niedergemacht haben - und ideell, indem viele der Kapitalismuskritiker_innen diese Erfahrung in die Rettung ihrer guten Meinung über die Staatsform überführt haben, in der der Kapitalismus so prächtig gedeiht.

farbeRot, Marxistische Studierendengruppe Uni Frankfurt*

Wir von farbeRot und Gegenstandpunkt bieten regelmäßig donnerstagabends (19 Uhr) im Studierendenhaus einen offenen Diskussternin an. Alle Interessierten, denen die in der Öffentlichkeit vertretenen Argumente nicht (mehr) einleuchten, sind eingeladen.

Informationen zu unseren Terminen sowie Text- und Audiomaterial findet ihr auf www.farberot.de

1 Eine Langversion dieses Artikels mit einer ausführlicheren Würdigung des Rechts auf Versammlungsfreiheit ist im Heft 3-12 der Zeitschrift Gegenstandpunkt nachzulesen.

2 und die folgenden Zitate von: <http://www.attac.de/startseite/detailansicht/datum/2012/05/19/mehr-als-25000-bei-blockupy-demo-gegen-europaweites-spardiktat>



„Unter dem Schatten des Todes“ - Robert Brack

„Unter dem Schatten des Todes“ von Robert Brack ist ein historischer Krimi; und dennoch alles andere als das was man klassischerweise als solches bezeichnen würde. Dies jedoch hat sich erst im Zuge des Lesens herausgestellt, dementsprechend skeptisch war ich als ich das Buch zum ersten Mal in den Händen hielt: Deutschland 1933 als Hintergrundkulisse für einen Roman? Da kann viel falsch gemacht werden. Einen Krimi in der Zeit? Das schreit nach kitschig verklärten Widerstandsversuchen und verzerrt all zu gerne die ein oder andere historische Tatsache.

Dennoch: Eine deutsche Kommunistin, die zurück nach Berlin kehrt um für ihre Partei herauszufinden wer der Brandstifter des Reichstages ist, ist ein Szenario das erst einmal Potential hat. Und das Lesen hat sich gelohnt! Auch wenn es hin und wieder etwas schwächelt und die Geschichte zwischen unnötig langsamen und rasant schnellen Entwicklungen springt, so ist man dennoch immer erpicht darauf zu wissen wie es weitergeht. Ist van der Lubbe ein verrückter Einzeltäter oder steckt viel mehr Kalkül hinter der Geschichte als man erwartet.

Mit Streifzügen durch Berlin (bei Nacht), Debatten und Konflikten im Widerstand und der Schilderung von scheinbar belanglosen Treffen wird dem Lesenden immer wieder Abwechslung geboten, dabei verliert Brack nie den eigentlichen roten Faden aus den Augen; die Aufklärung um Lubbe als Brandstifter steht dabei durchgehend im Zentrum der Geschichte. Und daran liegt die große Stärke des Buches. Es finden keine endlosen, schnöden Liebesbeziehungen statt und sprachlich und stilistisch wird stellenweise genauso locker und kühl geschrieben wie das Geschilderte beschrieben ist- eine sehr gelungene Kombination aus Form und Inhalt. Ein lohnenswerter Krimi der es einem ermöglicht unromantisierte Einblicke in das Berlin von 1933 zu bekommen.

Gladys Ambort - Wenn die anderen verschwinden sind wir nichts

Der autobiographische Roman „wenn die anderen verschwinden sind wir nichts“ von Gladys Ambort thematisiert die Zeit ihrer Haft als politische Gefangene in argentinischen Gefängnissen. Das Nutzen der Alltagssprache und die Erzählperspektive machen es der lesenden Person leicht, sich in die jeweiligen Situationen und Umstände herein zu versetzen.

Dennoch wählt Gladys Ambort zu Beginn einiger Kapitel verschiedenste Zitate aus, um sie thematisch einzuleiten und diese auch zu diskutieren. Mit gerade einmal 17 Jahren wurde die Autorin von einer ihrer Lehrerinnen als Gegnerin des Isabel-Peron-Regimes denunziert. Das Verteilen der Zeitung der Vanguardia Comunista – einer legalen revolutionär marxistischen Organisation, die im Untergrund agiert hat – führte letztendlich zu 3 Jahren als politische Gefangene.

Die unterschiedlichen Phasen der Zeit in den verschiedenen Gefängnissen Argentiniens spiegelt sich, wie zuvor bereits angedeutet, auch in der Kapitelaufteilung wieder. Eine dieser Phasen, und wohl eine der schlimmsten, war die Zeit in Isolationhaft, bevor sie mitunter Dank des Engagements des „Internationalen roten Kreuzes“ 1978 nach Frankreich ins Exil reisen konnte.

Einer der spannendsten Aspekte des Buches ist die Thematisierung der Haftbedingungen, denn das Buch zeigt einmal mehr, wie menschenunwürdig mit (politischen) Gefangenen umgegangen wird. Ein Thema, das auch nicht an Aktualität verliert, das auch in Europa aktuell ist, und solange der Strafvollzug keine grundlegenden Änderungen erfährt, auch aktuell bleiben wird.

Amir Hassan Cheheltan – „Teheran Revolutionsstrasse“

„Eine wunderbar nüchterne Übersetzung“ war das erste was mir beim Lesen des Buches Teheran Revolutionsstrasse von Amir Hassan Cheheltan durch den Kopf ging: Kein Versuch gestelzt blumig zu übersetzen wenn die Metaphern auch für sich sprechen; und gerade dadurch wirkt der klare nüchterne Schreibstil auch in der deutschen Übersetzung.

Klar und Nüchtern ist auch die Be- und Umschreibung der kleinen und großen Verbrechen in der Geschichte; die „kleinen“ zwischenmenschlichen wie die großen des Shah-Regimes. Von Auslandsfahrten ist die Rede, von Kleidungsbündeln und weniger werdenden Gefangenen, wenn es eigentlich um den Mord an einer ganzen Generation von Iraner_innen geht. So genial bedrückend ist, wie eine Atmosphäre von Furcht und Gewalt geschaffen wird, die vor allem von ungesagtem lebt. Wie von Liebe gesprochen wird, wo Handlungen von Verachtung sprechen und wo hoffnungsvoll Pläne geschmiedet werden, gegen alle Widerstände, die doch in einer einzigen großen Tragödie enden, die keiner der Protagonisten versteht, verstehen kann.

Und doch leidet man mit Ihnen, obwohl man sie gleichzeitig schütteln möchte. Man verachtet sie, weil man jeder der Figuren glaubt, auch denen, die meinen mit jedem Schreien, mit jedem Peitschenhieb, mit jeder Folter und mit jedem Leben, das sie auslöschten, dem viel beschworenen Paradies ein Stück näher zu kommen.

Tragisch ist das ganze vor allem deshalb, weil es keine Liebesgeschichte ist, sondern um Macht geht; und besonders tragisch, weil es – obwohl Roman – so ähnlich doch der Realität ist. Und auch wenn man sich immer wieder fragt, wie der Reigen um Schahrsad und ihren zwei Werbern Dr. Fattah und Mustafa aussieht, so hat man doch den Eindruck, dass es eigentlich um etwas ganz anderes geht.

Alles in allem also ein sehr lesenswertes Buch, das nichts von einer klassischen oder auch unklassischen Liebesgeschichte besitzt und dennoch einer solchen – wenn man sie denn so bezeichnen möchte – auf eine sehr tragische Weise einen Rahmen gibt.

Carlos Ruiz Zafón - „Der Gefangene des Himmels“

In seinem jüngsten Roman nach „Der Schatten des Windes“ und „Das Spiel des Engels“ verknüpft Carlos Ruiz Zafón gekonnt und mit viel Fingerspitzengefühl die Geschichten und Schicksale der vorangegangenen Romane. Zugleich einfühlsam und erbarmungslos entführt er die Leser_innen in die Lebensgeschichte Fermín Romero de Torres´, dessen Schicksal auf wunderbare und grauenvoll faszinierende Weise mit denen der anderen Protagonist_innen seiner Werke verwoben ist.

Beginnend mit der Figur des Fremden, der personifizierten Angst, gerät die Geschichte, von zeitlichen Rückblicken durchzogen, schnell in Fahrt. Aus einem rätselhaften Besuch in der bereits vertrauten Buchhandlung „Sempere & Söhne“ ergibt

sich rasch eine dramatische Geschichte in deren Verlauf die Protagonist_innen an ihre persönlichen Grenzen kommen und sich sowohl den Dämonen der Vergangenheit als auch denen der Gegenwart stellen müssen. Von „Verfolgung“ und „Heimsuchung“ wird im Klappentext des Buches gesprochen – und ja – genau diese Worte treffen das Gefühl, dass sich in Bezug auf die Situation der de Torres` aber auch seines Freundes, Daniel Sempere, einstellt.

Wieder lässt der Autor die Leser_innen ein düsteres Barcelona der Bücher betreten, das durch die einzelnen Charaktere immer wieder auf fast schon ironische wie humorvolle Art erhellt wird. Altbekannte Figuren treten neben den beiden oben genannten ebenfalls wieder in Erscheinung, jede_r für sich trägt zur Einzigartigkeit auch dieser Erzählung bei und gewinnt an neuen Facetten oder rundet die anderer Figuren ab. Es ist als träfe man alte Freunde – aber auch Feinde, mit deren Schicksalen es sich lohnt mitzufiebern, zu hoffen und zu bangen. Gleichzeitig festelt die Handlung als ein Universum für sich, sie steht zwar in Verbindungen mit den vorangegangenen, lebt aber aus einem eigenen kraftvollen Ursprung und entwickelt so wieder einen mächtigen Sog, der die_den Lesende_n nicht wieder freigeben will, ehe die letzte Seite mit einem Gefühl der Ohnmacht, des unterschwelligem Grauens - aber auch der Hoffnung auf Licht neben den Schatten umgeschlagen ist. Was bleibt ist das das unterschwellige Empfinden, es sei noch eine Rechnung offen und diese müsse auch beglichen werden.

Wie auch schon in seinen früheren Büchern gelingt es Carlos Ruiz Zafón, mit Worten eine Atmosphäre zu schaffen, wie sie nicht zugleich zauberhafter und verstörender sein könnte. Die Charaktere, die er erschaffen hat, wie auch die Orte, die er beschreibt, erwachen vor dem geistigen Auge zum Leben während man Seite um Seite umblättert um die Geschichten in sich aufzusaugen. Um es mit den Worten der „Washington Post“ zu sagen: „...ein Liebesbrief an den Roman“

Thomas Kuban - „Blut muss fließen“

Nicht erst seit „Frei.Wild“ durch die großen Hallen der Republik tourt, wird Rechtsrock in größeren Teilen der Gesellschaft wieder salonfähig. Der Journalist Thomas Kuban hat im Oktober mit dem Buch „Blut muss fließen – Undercover unter Nazis“ zum gleichnamigen Dokumentarfilm eine leicht verständliche und aufrüttelnde Beschreibung der Lebenswelt „Rechtsrock“ in Deutschland und ihrer internationalen Verbindungen geliefert.

Das Buch bietet durch Kubans intensive und über zehn Jahre andauernde Recherche fundierte Hintergrundinformationen zu der deutschsprachigen Rechtsrockszene und ihren Akteur_innen. Überzeugend wirkt es vor allem durch die in dieser Form bisher einmaligen Erlebnisberichte von einer Vielzahl neonazistischer Konzerte in ganz Europa, die der Journalist im Neonazi-Look und mit einer Knopfloch-Kamera ausgestattet, unter Lebensgefahr filmte.

Diese Ergebnisse werden gepaart mit einer umfassenden und deutlichen Kritik am Umgang bürgerlicher Medien und staatlicher Behörden mit der neonazistischen Rechten und ihrer Musik.

So reagierten fast alle bürgerlichen Medien verhalten auf von Kuban angebotene Filmaufzeichnungen von Konzerten und Hintergrundartikel zur Neonazi-Szene und niemand wollte den Journalisten in seiner Arbeit finanziell unterstützen. Das Themenfeld war vor der Aufdeckung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ einfach nicht interessant genug für den „Qualitätsjournalismus“.

Gerade in Zeiten verschleppter NSU-Aufklärung, immer neuer „Skandale“ in BKA & Verfassungsschutz, sowie der immer wie-

derkehrenden Gleichsetzung von „links“ und „rechts“, wird das Buch durch seine bisher so einmalige Konzeption so wichtig und notwendig.

„Blut muss fließen“ lässt sich auch als Aufruf lesen, sich jenseits von staatlichen Institutionen mit dem Themenfeld neonazistische Rechte zu beschäftigen und aktiv gegen Neonazis und reaktionäre Tendenzen in der „Mitte der Gesellschaft“ vorzugehen.

Es ist geplant, den Dokumentarfilm „Blut muss fließen“ von Peter Ohlendorf 2013 auch in der Uni Frankfurt zu zeigen. Weitere Informationen dazu, wird es auf der AStA-Website geben.

David Wedmann

campus

THOMAS KUBAN

BLUT MUSS FLIESSSEN

UNDERCOVER UNTER NAZIS

Mit dem Umzug auf den I.G. Farben-Campus im März 2013 sind viele Projekte, welche im Turm ihren Raum gefunden haben, in ihrer Existenz bedroht. Dies betrifft neben dem Frauencafé und dem Eltern-Kind Raum auch das TuCa [im Exil].

Das TuCa [im Exil] ist ein selbstverwaltetes Café im 5. Stock, das zunächst 1988 im von Studierenden besetzten Erdgeschoss gegründet wurde.

Sein Exil fand es nach der Räumung 2002 im Raum der Fachschaft 04.

Das TuCa ist ein unkommerzielles Café, mit für jede_n erschwinglichen Preisen.

Mit seinen Erlösen unterstützt es verschiedene politische Projekte, sowie von Repression betroffene Einzelpersonen. Zudem soll es hier auch möglich sein, vom Unialltag abzuschalten.

Es versucht einen Raum für Menschen zu schaffen, welcher nicht von Diskriminierung gekennzeichnet ist.

Auf dem I.G. Farben-Campus wird dem TuCa jedoch kein Platz zur Verfügung gestellt um einen alternativen, unkommerziellen Cafébetrieb weiter aufrecht erhalten zu können.

Im Kontrast dazu ist es für private Unternehmen (bspw. das "Sturm und Drang" im Hörsaalzentrum) möglich Raum auf dem Unigelände zu nutzen.

Dieser Raum könnte ansonsten studentischen Initiativen zur Verfügung gestellt werden. Dass dies vom Präsidium nicht gewollt ist, zeigt sich an der konsequenten Missachtung studentischer Bedürfnisse und fehlender Kooperationsbereitschaft – sei es mit dem TuCa, den Fachschaften oder dem Institut für vergleichende Irrelevanz.

Und so droht ein Projekt, dass sich in mehr als 20 Jahren durch autonome Selbstbestimmung etabliert hat, mit dem Umzug zu Ende zu gehen.

WIR IM TUCA GEBEN UNS MIT DIESER ENTWICKLUNG NICHT ZUFRIEDEN!

Wir fordern das Präsidium auf, Studierende nicht nur als Leistungsempfänger_innen zu behandeln, sondern als Akteur_innen an der Uni ernstzunehmen und ihr politisches und gesellschaftliches Engagement zu unterstützen.

Wir fordern alle Studierende auf, sich gegen diese Politik zu wehren!

Freiräume müssen erkämpft werden!

Für ein Tuca [im Exil]² auf dem I.G. Farben-Campus!

Adressen

AStA

Allgemeiner Studierendenausschuss

der Universität Frankfurt am Main
<http://www.asta-frankfurt.de>
Studierendenhaus, Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt
Telefon: 069 798-23181, Fax: 069 7020-39
E-Mail: info@asta.uni-frankfurt.de

Sekretariat

info@asta.uni-frankfurt.de
Regine Nicoleit (Studierendenhaus: Raum B2)
Telefon: 069 798-23181, Fax: 069 7020-39
Montag bis Freitag: 9:30 Uhr – 13:00 Uhr
Montag bis Donnerstag: 13:30 Uhr – 15:00 Uhr

AStA-Sozialberatung

soziales@asta.uni-frankfurt.de
Campus Bockenheim, Studierendenhaus: Raum B7
Mo + Do 13:00 Uhr – 15:00 Uhr
IG-Farben Campus, AStA-Kiosk (Bremer Str.)
Mo + Do 14:00 Uhr – 16:00 Uhr
Fr 10:00 Uhr – 12:00 Uhr
oder nach Vereinbarung per Mail

AStA-Rechts- und BAFöG-Hilfe

Campus Bockenheim, Studierendenhaus: Raum B7
Montag: 10:15 Uhr 11:00 Uhr
Dienstag: 8:00 Uhr 8:45 Uhr
Donnerstag: 17:45 Uhr 8:30 Uhr
Freitag: 15:30 Uhr 16:15 Uhr
IG-Farben Campus, AStA-Kiosk (Bremer Str.)
Mittwoch: 9:15 Uhr 10:00 Uhr

Studienbedingungen

studienbedingungen@asta.uni-frankfurt.de
Termine auf Anfrage

AStA-Projekt-/Kulturförderungsberatung

Campus Bockenheim, Studierendenhaus: Raum B4
Montag: 16:00 Uhr – 17:00 Uhr

Autonomes Ausländer_innenreferat

www.auslaenderinnenreferat.info

Autonomes FrauenLesben-Referat

<http://aflr.blogspot.de>

Autonomes Schwulenreferat

<http://www.frankfurter-schwule.de>

AStA-Vorstand

Daniel Katzenmaier, David Malcharczyk
vorstand@asta.uni-frankfurt.de

Sonstige

Studien-Service-Center Frankfurt am Main
Bockenheimer Landstr. 133, 60325 Frankfurt
Telefon: 069 798-7980
ssc@uni-frankfurt.de

Studentenwerk Frankfurt am Main
Bockenheimer Landstr. 133, 60325 Frankfurt
Telefon: 069 798-2301
<http://www.studentenwerkfrankfurt.de/>

AK Recht Uni Frankfurt am Main

c/o AStA Uni Frankfurt am Main
Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt
Telefon: 069 798-28095
akrechtunifrankfurt@yahoo.de
www.akrechtunifrankfurt.wordpress.com
Dienstag: 21.00 Uhr – 22.30 Uhr
EA begleitend zu den Protestaktionen

Studentische Initiativen und Cafés

Pupille e.V. - Kino in der Uni

Programm: www.pupille.org
Jeweils um 20:30 Uhr, Eintritt 2,50 €
Campus Bockenheim, Festsaal über dem KoZ

IG-Farben-Campus

Campus Trinkhalle (AStA-Kiosk)
Café Anna Blume IG 0.155
Philo-Café IG 3.451
Fachschaftscafé Jura & WiWi RuW 1.127

Campus Bockenheim

Café KOZ (Studierendenhaus)
TuCa (AfE-Turm: Raum 501)

FH-Campus

Café Profitratte Gleimstraße 2
Café Kurzschluss Kleiststraße 5 (Rotes Haus)
Neues Café Friedberger Landstraße (Gebäude 1)

Autonome Zentren

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz

Kettenhofweg 130
(Ecke Senckenberganlage)
60325 Frankfurt
www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!»

im ehemaligen Polizeigefängnis «Klapperfeld»
Klapperfeldstraße 5
60313 Frankfurt
www.faitesvotrejeu.tk
Zur Geschichte des ehemaligen Gefängnisses:
www.klapperfeld.de

Café ExZess

Leipziger Straße 91
60487 Frankfurt
www.cafe-exzess.tk

AU

In der Au 14-16
60489 Frankfurt
www.au-frankfurt.org

